

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

**Besondere Produkte,
besondere Förderung**

Außerdem:

- 180 Pferdeäpfel im Tank
- Jugendliche auf Vorschlags-Expedition
- Kooperativer Agrarumweltschutz auf Landschaftsebene



10

Im Fokus: Besondere Produkte, besondere Förderung

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) will die EU die europäische Landwirtschaft stärken. Für einige landwirtschaftliche Sektoren gibt es spezielle Förderprogramme: In Deutschland sind das die Bereiche Obst und Gemüse, außerdem Hopfen, Wein sowie Imkereierzeugnisse. Vor welchen Herausforderungen stehen die Sektoren und wie soll Förderung dabei helfen, sie zu bewältigen?

Für das Netzwerk

Inside

- 5 #ARIAwards24: Junge Menschen befähigen
- 5 DVS jetzt auch auf Instagram

Rückblick

- 6 Die GAP und die Umwelt
- 6 Klima schützen und sich anpassen!
- 7 Zwei deutsche EIP-Projekte gewinnen!

Ausblick

- 8 Eine Bürgerenergiegemeinschaft gründen – wie geht das?
- 8 Handwerkszeug für LEADER-Regionalmanagements
- 9 Neue Netzwerke aufbauen, Themen gemeinsam vertiefen – Interview

Im Fokus

- 10 Intro
- 12 Im besonderen Wettbewerb

Gemüse, Obst, Bienen und Honig

- 14 Gemeinsam stärker
- 16 Nachhaltiger werden am Beispiel Beeren
- 18 Biodiversität belohnt
- 20 Maja braucht Menschen
- 23 Bienenkundig?! – Interview

Hopfen, Wein und Genossenschaften

- 24 Unterstützung für Herkules
- 26 Für die Zukunft des Weinbaus
- 28 Kollektiv Weinreben umbauen
- 29 Effizient und mit Potenzial für Biodiversität

34



40



42

Aus der Praxis

- 30 Wandern und wundern
- 32 Zukunftsfähig weiterentwickeln
- 34 **180 Pferdeäpfel im Tank**
Die Idee der Bundesregierung, die steuerliche Begünstigung von Agrardiesel abzubauen, hat vielerorts Proteste hervorgerufen. Landwirt Daniel Königs aus Neuss ist nicht auf Diesel angewiesen, sondern fährt mit Bio-Methan aus Pferdemist. Damit schafft er neue Wirtschaftskreisläufe – das ist aber mit Aufwand verbunden.
- 36 Bio-Brot aus der Region

Forschung trifft Praxis

- 38 Auszubildende begegnen dem Klimawandel

Prozesse & Methoden

- 40 Jugendliche auf Vorschlags-Expedition

Perspektiven

Bildung & Forschung

- 42 **Kooperativer Agrarumweltschutz auf Landschaftsebene**
Agrarumweltmaßnahmen, die ganze Landschaften in den Blick nehmen, passen zu den Ansprüchen, die Arten an Lebensräume stellen. Dazu ist vor Ort Zusammenarbeit erforderlich. Das Projekt „Kooperativ“ nutzt dafür einen Bottom-up-Ansatz.

Politik & Gesellschaft

- 44 Kreativ und engagiert
- 46 Förderung der Daseinsvorsorge

Partner & Experten

- 48 Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen

Die Position

- 49 Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Streckenreaktivierung!

Service

- 50 angelesen
- 51 angekündigt
- 52 Termine



Liebe LandInForm-Lesende,

die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2023 brachte Deutschland nicht nur einen neuen Strategieplan, der auf Bundesebene die beiden Säulen der GAP zusammenschürt, sondern führte auch dazu, dass einige Förderprogramme für ausgewählte Agrarsektoren dort integriert wurden. Die in Deutschland teilweise seit Jahrzehnten speziell geförderten Sektoren Obst und Gemüse, Wein, Hopfen und Imkereierzeugnisse sind für uns in der DVS neu – und vielleicht auch vielen Akteuren aus dem Netzwerk Ländlicher Raum wenig bekannt.

In diesem Heft wollen wir die vier unterschiedlich strukturierten Sektoren und die entsprechend unterschiedliche Förderung einer breiteren Fachöffentlichkeit vorstellen.

Die Vielfalt in der Produktion von Apfel und Möhre über Wein und Hopfen bis zu Honig und ihrer Förderung macht die umfangreiche Darstellung zu einem Mammutwerk. Schon die Beschreibung der vier Sektoren und ihrer Besonderheiten füllt viele Bücher. Auch der Blick auf die Förderung erlaubt keine einheitliche Behandlung. Denn bei Obst und Gemüse werden ausschließlich relativ große Zusammenschlüsse von Erzeugern gefördert, während im Weinbau sowohl einzelne Betriebe als auch Genossenschaften zur Zielgruppe gehören; im Hopfen gibt es nur zwei Erzeugerorganisationen, die gefördert werden, und im Bereich der Bienenerzeugnisse wiederum Angebote, die sich direkt und indirekt auch an die vielen zehntausend Hobbybienenhalter richten. Zudem gliedern sich die „Sektoralen Interventionen“ in unterschiedliche Fördermaßnahmen auf, und die Länder haben erhebliche Spielräume bei der Gestaltung.

Erwarten Sie also von dieser Ausgabe keine umfassenden Sektorprogramm-Porträts, sondern begleiten Sie uns auf einen ersten Ausflug. Lernen Sie einige Akteure und Strukturen kennen und lesen Sie Artikel, die aus unterschiedlichen Blickrichtungen in vier spezielle Bereiche der Landwirtschaft und die mit ihnen verbundenen Herausforderungen schauen.

Dr. Jan Freese

Leiter des DVS-Fachbereichs Landwirtschaft, Naturschutz und Innovation



Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
(BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS),
Redaktion: Anja Rath, Andrea Birrenbach
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Arno Blaskowski, Isabella Mahler (DVS);
Klönstedt GmbH

Titelbild: Nestor GmbH

Rückseite: DVS

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume –
für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3461, -3435
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als
PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht die Meinung der Redaktion wieder.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und
Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.
Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in
Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die
Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und
Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen.
Deshalb investieren wir Zeit und Mühe,
um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten.
Wir wenden dabei die Regeln der deutschen
Sprache an.

LandInForm wird durch die Europäische Union
im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde:
Bundesministerium für Ernährung und
Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Iris Bahr: IBA, Andrea Birrenbach: ABB,
Arno Blaskowski: ABL, Sophia Drechsler: SDR,
Jan Freese: JAF, Leonie Göbel: LGÖ, Marie
Halbach: MHA, Paula Heyder: PHD, Markus
Hinskes: HIM, Stefan Kämper: STK, Moritz
Kirchesch: MOK, Felix Kupfernagel: FKU, Isabella
Mahler: IMA, Anja Rath: ARH, Nadine Rathofer:
NRH, Jens Reda: JRE, Jan Swoboda: JAS,
Dirk Thieves: DTH, Heike Zipper: HEZ



#ARIAwards24: Junge Menschen befähigen

Auch in diesem Jahr zeichnet das EU-GAP-Netzwerk Projekte aus, die sich auf lokaler Ebene für Umwelt, soziale Integration, Innovation und die Resilienz ländlicher Räume stark machen: Die Rede ist von der zweiten Auflage der „Agricultural and Rural Inspiration Awards“ (ARIA), die bis 2022 „Rural Inspiration Awards“ (RIA) hießen. Ein Schwerpunktthema ist 2024, die Selbstbestimmung junger Menschen auf dem Land zu fördern – daher das Motto „Empowering young people“.

Neben smarter und wettbewerbsstarker Landwirtschaft, Umweltschutz sowie Sozioökonomie ländlicher Regionen wurde deshalb eine eigene Kategorie für Projekte

geschaffen, die sich auf die ländliche Jugend fokussieren. Außerdem wird es 2024 erstmals einen Zusatzpreis für Geschlechtergerechtigkeit geben.

Das Einreichen der Projekte ist Aufgabe der Vernetzungsstellen der Mitgliedstaaten. Das Team der DVS hat in Absprache mit den Projektaktivisten eine Vorauswahl getroffen und wird sie nun mit Rat und Tat bei ihrer Bewerbung unterstützen. Sobald die Jury im Herbst die Finalisten bekanntgibt, darf die interessierte Öffentlichkeit online für ihre Favoriten stimmen. Die Sieger werden bei einer feierlichen Preisverleihung Ende des Jahres in Brüssel gekürt. **IBA**

SERVICE

Mehr zu ARIA: https://eu-cap-network.ec.europa.eu/campaign/agricultural-rural-inspiration-awards-aria-2024_de sowie #ARIAwards2024

KONTAKT

DVS Medien-Team
dvs_online@ble.de
www.dvs-gap-netzwerk.de

DVS jetzt auch auf Instagram

Anlässlich der diesjährigen Europawahl haben wir eine EU-Projekte-Aktion gestartet: Von März bis zur Wahl Anfang Juni stellen wir auf unserer Website und in den sozialen Medien Projekte vor, die mit Fördermitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) in Deutschland umgesetzt wurden. Wir haben unser Netzwerk außerdem

dazu aufgerufen, uns unter dem Hashtag #EuropaAufDemLand auf Bildern zu EU-geförderten Projekten aus ihrer ländlichen Umgebung zu verlinken, um eine möglichst große Projektvielfalt darstellen zu können. Im Rahmen dieser Aktion sind wir mit unserem neuen DVS-Instagram-Kanal online gegangen. **SDR**



SERVICE

Zu Instagram: www.instagram.com/dvs_land
Zu unserer Website: www.dvs-gap-netzwerk.de/europaaufdemland

KONTAKT

DVS-Online-Medienteam: dvs_online@ble.de

Dr. Jan Freese von der DVS im Gespräch mit Dr. Rainer Oppermann vom Institut für Agrarökologie und Biodiversität



Klima schützen und sich anpassen!

Die GAP und die Umwelt

Am 24. April 2024 beschloss das Europäische Parlament, Umweltstandards abzusenken, die Landwirte für den Erhalt von Geldern aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) erfüllen müssen. Zeitgleich machte die DVS mit einer Tagung die GAP und ihre Wirkung auf die Umwelt zum Thema.

In seinem Grußwort sagte Dr. Thomas Meier vom Bundeslandwirtschaftsministerium, dass momentan unklar sei, wohin sich die GAP entwickle. Ulrich Jasper vom Bundesumweltministerium sprach von einem Rückschritt. Unter den rund 100 Teilnehmenden war Enttäuschung spürbar. Statt der Verpflichtung, vier Prozent der Flächen dem Agrarnaturschutz zu widmen, gilt es nun weiterhin, Landwirte für Maßnahmen zu gewinnen.

Wie das gelingen kann, zeigt Sandra Mann von der Hochschule Anhalt: Sie berichtete von den „Mehrjährigen Blühstreifen“ in Sachsen-Anhalt, für die regionales Saatgut zu verwenden ist; es kostet bis zu 500 Euro je Hektar. Nach an-

fänglicher Skepsis haben Landwirte die Maßnahme angenommen, später aktiv ihre Beibehaltung nachgefragt. Das bedeutet: jährlich 850 Euro pro Hektar Förderung für bis zu fünf Jahre, eine intensive Vor- und Nachbereitung sowie Vor-Ort-Begehung und -Beratung durch die Hochschule plus Verwaltungsaufwand.

Dass sich die Förderpolitik mitunter ein Bein stellt, wurde im Workshop zum Agroforst deutlich. Das System hat Potenzial für Biodiversität, erste Länder fördern Investitionen: Doch Naturschutzbehörden lehnten Anträge ab – teils aus Unkenntnis oder weil die neue Gehölzstruktur mit Landschaftsschutzziele kollidiert. Es besteht also Kommunikationsbedarf zwischen Politik und Verwaltung. Nun bleibt zu hoffen, dass es gelingt, die GAP praxistauglich umweltwirksamer weiterzuentwickeln. Denn ungeachtet von Bauernprotesten und Verwaltungsprozessen nähert sich der Verlust der Biodiversität der Unwiederbringlichkeit.

ARH ■

Über 260 Teilnehmende interessierten sich bei unserer Online-Veranstaltung im April dafür, wie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels vor Ort gelingen kann. Die Botschaft des ersten Beitrags: Ein langer Atem ist nötig, zumal einzelne Anpassungsmaßnahmen mit dem strategischen Klimaschutz verzahnt werden müssen. Thema des zweiten Vortrags war das Schwammdorf: Das Konzept setzt auf Wasserspeicherung und Hochwasserschutz.

In der Lausitz wollen Aktive den Fluss Schwarze Elster wieder in einen ursprünglicheren Zustand versetzen. „Wir müssen weg von Wasserautobahnen hin zu mehr Tempo 30 in der Gestaltung von Fließgewässern“, sagt Andreas Claus vom Aktionsbündnis Schwarze Elster. Das Wasser länger in der Region zu halten, ist das Ziel angesichts extremer Trockenperioden und stark gesunkenem Grundwasserspiegel. Die Engagierten treffen sich in einer ehemaligen Brikettfabrik – heute als Leuchtturm Louise eine Plattform für den Austausch zur klimaangepassten Zukunft.

„Wir setzen auf grün und blau!“ Stefanie Gröne vom Klimaschutzmanagement der Stadt Oelde meint damit, dass Begrünung und innerstädtische Gewässer bei allen Aktivitäten der Kommune mitgedacht werden müssten. Besonders wichtig: das Thema zentral in der Verwaltung zu verankern und stets die Bürgerschaft zu beteiligen.

Ein weiterer Vortrag beschäftigte sich mit dem klimagerechten Umbau von Gewerbegebieten. Dabei sei es wichtig, den Nutzen der Maßnahmen für die Unternehmen in den Blick zu nehmen und sich Partner für Konzept und Umsetzung zu suchen. Zum Schluss gab es Informationen zu Fördermöglichkeiten für regionale und lokale Klimafolgenanpassungen. **STK** ■

SERVICE

Zur Dokumentation der Veranstaltung: www.dvs-gap-netzwerk.de/gap-umwelt

KONTAKT:

Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477
jan.freese@ble.de

SERVICE

Zur Dokumentation:
www.dvs-gap-netzwerk.de/klima

KONTAKT

Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Zwei deutsche EIP-Projekte gewinnen!

Das EU-GAP-Netzwerk würdigt die große Vielfalt der Projekte, die in den vergangenen acht Jahren im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) entstanden sind. Unter den 30 Nominierten bei den EIP-Agri Innovation Awards waren drei deutsche Projekte.

Von Leonie Göbel

Am 7. Mai war die Freude unter den deutschen Teilnehmenden bei der Preisverleihung der „EIP-Agri Innovation Awards“ groß: Gleich zwei Projekte erhielten eine Auszeichnung. In der Kategorie „Geschäftsmodelle in Lebensmittelversorgungsketten“ gewann das Projekt „Hanfanbauer Werra-Meißner“. Neun Landwirte haben sich in der Region zusammengetan, um den Hanfanbau in Nordhessen zu etablieren. Das Projekt beschäftigt sich mit der gesamten Wertschöpfungskette des Nutzhanfanbaus. „Vom Anbau als ressourcenschonende Hauptfrucht, über die Verarbeitung der verschiedenen Pflanzenteile bis zur Vermarktung der vielfältig gewonnenen Hanf-Produkte“, fasst Freya Fehr das Projekt zusammen. Seit dem Projektende arbeitet die im Rahmen von EIP-Agri gegründete Operationelle Gruppe (OG) als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) weiter.

Den Sieg in der Kategorie Digitalisierung errang das Projekt „Präzise Kalkung in Brandenburg“ (pH-BB): Es hat Tools entwickelt, um die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern und setzt dabei am pH-Wert, der sogenannten Bodenazidität, an. „Die Ergebnisse unse-

res Projekts sind vor allem für Landwirte von hoher Relevanz, da sie aufzeigen, wie durch gezielte Kalkung die Bodenfruchtbarkeit und damit das Ertragspotenzial verbessert werden kann“, sagt Ingmar Schröter, der die „OG pH-BB“ vertrat. Mithilfe mobiler Bodensensoren werden Eigenschaften von Ackerflächen wie pH-Wert, Humusgehalt und Bodenart erfasst. Ein digitaler Prozess unterstützt die Betriebe dabei, effektiver zu kalken.

Die ausgezeichneten und nominierten Projekte zeigen die Bandbreite von EIP-Agri: von klassischem Landbau bis zu innovativen Kulturen und Techniken. Unter den Nominierten war auch die hessische OG „Tierwohl Milchvieh“. „In unserem Projekt entwickeln wir basierend auf bestehenden Indikatoren ein Tool, das Landwirtinnen und Landwirten bei der betrieblichen Eigenkontrolle hilft. So können sie per App schnell und objektiv Schwachstellen erkennen und Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls ergreifen“, erläutert Johanna Krähling.

Große Bandbreite von EIP-Agri

Hauptziel der EIP-Agri-Awards war es, herausragende Projekte, die innovative Verfahren, Lösungen, Produkte und Pro-

zesse entwickelt haben, anzuerkennen und auszuzeichnen. Für die Teilnahme konnten sich OGs mit in Kürze abgeschlossenen und beendeten Projekten direkt beim EU-GAP-Netzwerk bewerben. Dies haben rund 240 OGs getan, 30 wurden in sechs Preiskategorien nominiert und von einer Jury ausgezeichnet. Zusätzlich gab es einen Publikumspreis. Die Preisverleihung war ein Teil der EIP-Agri-Konferenz in Portugal, an der 13 deutsche OGs teilnahmen und dem europäischen Netzwerk ihre Arbeit präsentierten.



Glückliche Gewinner: Aktive aus dem Projekt pH-BB und von den Hanfanbauern Werra-Meißner. An der EIP-Agri-Konferenz nahm eine große Gruppe aus Deutschland teil.

SERVICE

Zu den EIP-Agri Innovation Awards: https://eu-cap-network.ec.europa.eu/eip-agri-innovation-awards-2024_de

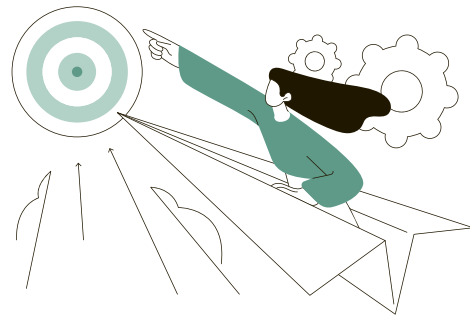
In der EIP-Projekt Datenbank der DVS gibt es weitere Informationen zu den EIP-Agri-Projekten: www.dvs-gap-netzwerk.de/eip-projekte

KONTAKT

Dr. Leonie Göbel, DVS
Telefon: 0228 6845-3998
leonie.goebel@ble.de



Handwerkszeug für LEADER-Regionalmanagements



Aufgrund der großen Nachfrage bieten wir eine weitere Schulung an: Vom 8. bis 11. Oktober 2024 beschäftigen wir uns wieder mit dem „Handwerkszeug für LEADER-Regionalmanagements“, diesmal in Darmstadt.

Die LEADER-Regionen stehen vor vielerlei Herausforderungen: Die Umsetzung der Entwicklungsstrategie, die agile Gestaltung von Beteiligungsprozessen und eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit sind nur einige der Aufgabenfelder. Hinzu kommen rechtliche Vorgaben im alltäglichen LEADER-Geschäft. Die Mitarbeitenden greifen dazu auf unterschiedliche Erfahrungsschätze zurück.

Mit den DVS-Schulungen, die wir in vier Module zu Moderation, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsstrukturen und Vergaberecht unterteilt haben, möchten wir unterstützen. Wir bieten dabei den Raum, Sicht- und Arbeitsweisen zu reflektieren und vorhandene Kompetenzen zu erweitern. Dieses Angebot nahmen im Dezember 2023 und März 2024 jeweils etwa 100 Teilnehmende wahr. Viele von ihnen sind erst seit Kurzem Teil der LEADER-Gemeinschaft und schätzten daher besonders die Möglichkeiten zum kollegialen Erfahrungsaustausch. Auch diejenigen, die bereits seit Längerem im LEADER-Kontext tätig sind, gaben uns die Rückmeldung, dass sie von dem kollaborativen Miteinander vor Ort profitieren konnten. **JRE**

SERVICE

Weitere Informationen zu Veranstaltung und Anmeldemodalitäten folgen in Kürze unter: www.dvs-gap-netzwerk.de/schulungen3

KONTAKT

Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Eine Bürgerenergiegemeinschaft gründen – wie geht das?

Mit dieser und anderen Fragen zur Bürgerenergie beschäftigt sich eine Online-Workshopreihe der DVS in Zusammenarbeit mit dem Bündnis Bürgerenergie e. V., die voraussichtlich im September 2024 beginnt. An drei Terminen bekommen Teilnehmende die Möglichkeit, sich in kleiner Runde darüber auszutauschen, wie es gelingt, Bürgerenergieprojekte anzustoßen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Bürgerenergiegemeinschaften im Gründungsprozess: Gemäß dem Motto „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“ bergen sie ein großes Potenzial, die Energiewende auf Basis vorhandener

Ressourcen dezentral und bedarfsgerecht vor Ort zu gestalten. Der Ansatz steht für eine gemeinschaftliche Erzeugung, Mitbestimmung und finanzielle Teilhabe von Privatpersonen beim Umbau des Energiesystems.

Bei den Treffen werden wir die zentralen Schritte eines Gründungsprozesses besprechen und die Methode der Stakeholder-Analyse auf die eigene Idee und das Projektumfeld anwenden. Abschließend geht es um mögliche Geschäftsmodelle und Rechtsformen. Wir werden bewährte Konzepte kennenlernen und uns dazu austauschen, welche möglicherweise zu den Plänen der Teilnehmenden passen. **MHA**

SERVICE

Termine, Anmeldeöglichkeiten und weitere Informationen veröffentlichen wir im Juni auf unserer Website: www.dvs-gap-netzwerk.de/buergerenergie

KONTAKT

Marie Halbach, DVS
Telefon: 0228 6845-2614
marie.halbach@ble.de



Neue Netzwerke aufbauen, Themen gemeinsam vertiefen

Die DVS startet im Juni ihr Jahresprogramm. Darin hat sie festgelegt, welche Themen sie in den Folgemonaten aufgreift. Was steht an, Herr Swoboda?

Dr. Jan Swoboda leitet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (DVS).
www.dvs-gap-netzwerk.de

„Ein Schwerpunkt der DVS ist es, Schnittstellen zu schaffen.“

„ Jan Swoboda, diese LandInForm-Ausgabe widmet 20 Seiten den Förderprogrammen für Imkereiprodukte, Hopfen, Wein sowie Obst und Gemüse. Wo gibt es Anknüpfungspunkte für die DVS?

Die Förderziele reichen von der Absatzförderung über die Unterstützung bei Investitionen bis hin zu Klimaschutz und Klimaanpassung. Außerdem soll die Forschung gestärkt werden. Häufig stehen Erzeugerorganisationen dahinter: Mal viele, wie bei Obst und Gemüse, mal nur zwei, wie beim Hopfen. Für die DVS geht es dieses und kommendes Jahr darum, ein Netzwerk innerhalb dieser Sektoren aufzubauen und in geeigneten Formaten mit den Akteuren in den Austausch zu kommen. Ein Schwerpunkt der DVS ist es, Schnittstellen zu schaffen: So zeichnet sich etwa auch im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen der Bedarf für einen Workshop ab.

Wie gelingt es, in den DVS-Veranstaltungen möglichst viele Perspektiven abzubilden?

Viele Veranstaltungen finden mit Kooperationspartnern statt, die ihr Spezialwissen einbringen. Bei der Online-Reihe „Erste Schritte zum Bürgerenergieprojekt“ (siehe dazu auch Seite 8) arbeiten wir mit dem Bündnis Bürgerenergie zusammen. Wir zeigen, wie Kommunen und Regionen größeren Nutzen aus der Energiewende ziehen können. In Workshops greifen wir Aspekte zur gemeinschaftlichen Erzeugung, stärkeren Mitbestimmung und finanziellen Teilhabe der Menschen vor Ort auf. Die Teilnehmenden fordern wir auf, eigene Projektideen mitzubringen und gemeinsam daran zu arbeiten. Auch der Workshop „LEADER meets Klimaschutzmanagement“ zielt auf die Energiewende: Wir stellen die Rollen und Aufgaben der beiden Akteursgruppen vor und zeigen, wie sie sich ergänzen und unterstützen können.

Was bietet die DVS noch im Bereich LEADER?

Zusammen mit den Partnernetzwerken aus Österreich und Luxemburg laden wir wieder mit dem Titel „Was machen die Nachbarn?“ zur LEADER-Studienreise nach Österreich ein. Die Teilnehmenden können sich über Strukturen und Projekte austauschen und nach transnationalen Kooperationsmöglichkeiten suchen. Bei Bedarf bieten wir ergänzend eine Online-Veranstaltung mit Kooperationsbörse an. Das gilt auch für andere Themen der Regional- und Dorfentwicklung: Auf Wunsch können wir verschiedene Formate zu Leerstand und Innenentwicklung in Dörfern, zu Schwammdörfern und ökologischem und klimagerechtem Bauen ermöglichen.

Die DVS vernetzt auch die Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“, kurz EIP-Agri.

Wer in einem EIP-Projekt arbeitet und sich mit Operationellen Gruppen, den sogenannten OGs, aus anderen Bundesländern zu einem Thema austauschen will, kann sich gerne an uns wenden. Wenn mindestens vier OGs aus zwei Bundesländern einen gemeinsamen Themenvorschlag haben, organisieren wir einen Workshop mit Transferbesuch zu guten Projekten. Ergänzend bieten wir Online-Veranstaltungen für den themenbezogenen Austausch von EIP-Projekten an. Ähnlich handhaben wir es bei unseren Angeboten wie dem „Regionaldialog Zusammenarbeit für Landwirtschaft und Umwelt“ und unseren Planspielen für die Entwicklung von Dörfern und Regionen: Wir bieten methodische und inhaltliche Unterstützung, setzen dabei aber die Initiative der Beteiligten und die Zusammenarbeit mit der DVS im Vorfeld voraus. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme bei unseren gemeinsamen Veranstaltungen.

Jan Swoboda, vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.

KONTAKT

Dr. Jan Swoboda, DVS
Telefon: 0228 6845-3956
dvs@ble.de

Besondere Produkte, besondere Förderung

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) will die EU die europäische Landwirtschaft stärken. Für einige landwirtschaftliche Sektoren gibt es spezielle Förderprogramme: In Deutschland sind das die Bereiche Obst und Gemüse, außerdem Hopfen, Wein sowie Imkereierzeugnisse. Vor welchen Herausforderungen stehen die Sektoren und wie soll Förderung dabei helfen, sie zu bewältigen?



Der Apfel ist mit deutlichem Abstand das meistangebauteste Obst in Deutschland. Das Hopfenpflanzen hat in der bayerischen Hallertau eine jahrhundertlange Tradition. Der Weinanbau ist Sache von Familienunternehmen, die Imkerei vor allem ein Hobby.



Im besonderen Wettbewerb

Hopfen, Wein, Obst und Gemüse sind auf weniger als fünf Prozent der deutschen Anbauflächen zu finden. Deutscher Honig stammt zum überwiegenden Teil von Hobbyimkern. Die Agrarförderung unterstützt die Produktion mit vier unterschiedlichen Sektorprogrammen.

Von Anja Rath und Andrea Birrenbach

In den Anfängen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in den 1960er-Jahren hat die EU Regeln für eine gemeinsame Marktorganisation eingeführt. Für bestimmte landwirtschaftliche Sektoren wurden nationale Stützungsprogramme geschaffen, etwa im Bereich Obst und Gemüse. Sie dienen als Absicherung für die Agrarmärkte und dafür, die Erzeuger mithilfe eigener Wettbewerbsregeln zu unterstützen. Die konkrete Ausgestaltung, also was, wo, wem, in welcher Form angeboten wird, ist in Deutschland meistens Ländersache. Seit 2023 sind die „Sektoralen Interventionen“ für Wein, Obst und Gemüse, Hopfen sowie Imkereierzeugnisse in den deutschen GAP-Strategieplan integriert. Welche Besonderheiten zeichnen die Sektoren aus?

Gemüse und Obst

In Deutschland wurde 2023 auf rund 123 000 Hektar Gemüse angebaut, der Bio-Anteil betrug etwa 15 Prozent. Es gibt

Anbaucuster: Über die Hälfte der Flächen liegen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Nähere Informationen dazu findet man beim Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (BZL). Etwa, dass sich Deutschland zu rund 36 Prozent selbst mit Gemüse versorgen kann. Beim Obst sind es etwa 23 Prozent. Die am häufigsten angebaute Frucht ist der Apfel: Die Plantagen messen rund 33 000 Hektar, die größten Erzeuger finden sich in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Etwa halb so groß, aber mit steigender Tendenz und vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg: Erdbeerbelder. Der Bio-Anteil bei Obst liegt bei knapp 18 Prozent.

Der Anteil der Anbaufläche von Obst und Gemüse an landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen ist gering. Das sagt aber nur wenig über die wirtschaftliche Bedeutung aus. Das Bundesministerium

für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beziffert im Bericht „Die Ertragslage im Garten- und Weinbau 2023“ den Produktionswert der gesamten Landwirtschaft für das Jahr 2022 mit rund 76 Milliarden Euro; Gemüse- und Obstanbau trugen mit rund 5,5 Milliarden dazu bei: Mit diesen Kulturen lässt sich eine höhere Wertschöpfung pro Hektar erzielen als etwa im Ackerbau, gleichzeitig sind sie arbeitsintensiver. Laut Statistischem Bundesamt bauen derzeit nahezu 6 000 Betriebe Gemüse im Freiland an, rund 1 600 im geschützten Anbau in Gewächshäusern oder unter Folien und etwa 9 500 Betriebe Obst. Es gibt einen Trend hin zu weniger und größeren Betrieben.

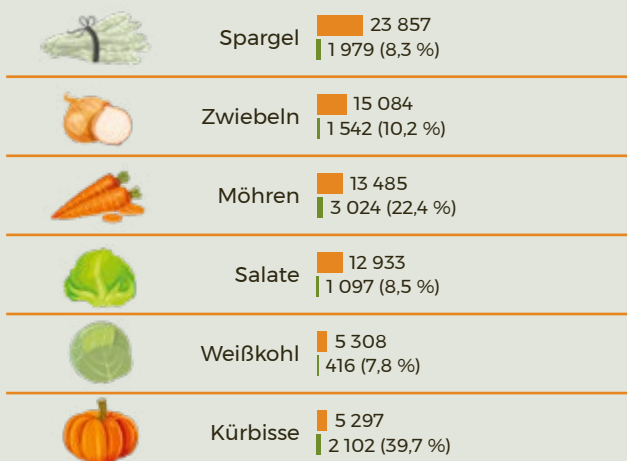
Markt- und Zukunftsfähigkeit fördern

Ein großer Teil der Obst- und Gemüseproduktion wird über sogenannte Erzeugerorganisationen (EO) vermarktet. Sie sind nach EU-Regelungen anerkannte Zusammenschlüsse und die Vorausset-

Gemüseanbau in Deutschland 2023

Angaben in Hektar

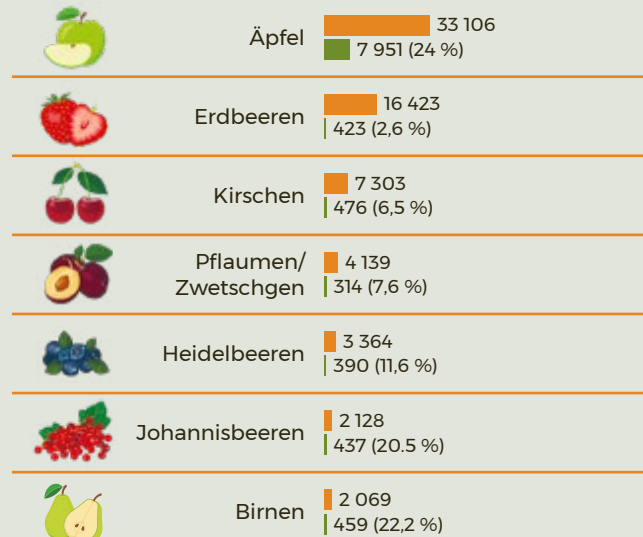
Gemüseanbaufläche insgesamt 122 812
Bio (Bio-Anteil) 18 431 (15 %)



Obstanbau in Deutschland 2022*

Angaben in Hektar

Obstanbaufläche insgesamt 75 066
Bio (Bio-Anteil) 13 456 (17,9 %)



*Die Angaben zu Erdbeeren und Strauchbeeren beziehen sich auf das Jahr 2021.



Die Imkerei ist vielfach ein Hobby – damit unterscheidet sich der Sektor deutlich von den anderen.

zung dafür, die sektorale Förderung in Anspruch zu nehmen. 2023 gab es 31 anerkannte EOs für Obst und Gemüse. Sie stehen vor Herausforderungen wie dem Klimawandel, sinkenden Preisen für die Erzeugung sowie steigenden Anforderungen im Bereich des Pflanzenschutzes: Die Zulassung neuer Wirkstoffe dauert lange und bestimmte Mittel sind schwer erhältlich.

Die Sektorförderung unterstützt sie etwa bei Investitionen, Forschung und Versuchs-anbau, innovativen Anbaumethoden, ökologischem Anbau oder Beratung. Eine Maßnahme dient Absatzförderung, Kommunikation und Vermarktung, eine fördert Ernteversicherungen. Zudem gibt es Unterstützung, um europaweite oder nationale Qualitätsregelungen umzusetzen. Jede EO erstellt ein „Operationelles Programm“, in dem sie die Maßnahmen festlegt, die sie umsetzen will.

Auch der Hopfenanbau wird via Erzeugerorganisationen gefördert, davon gibt es in Deutschland derzeit zwei. Hierzulande wächst rund ein Drittel des weltweiten Hopfens. Deutschland unterstützt die Qualitätsfeststellung von Rohhopfen und bezuschusst die Beratung und Fortbildung von Hopfenpflanzenden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hopfenwirtschaft gegenüber anderen EU- und Drittstaaten sicherzustellen. An Anbau und Qualität stellen Politik und Markt Ansprüche. Ein großer Teil der Förderung fließt laut BMEL in Forschungsvorhaben, etwa zur Züchtung von Hopfensorten, die widerstandsfähiger gegen

Krankheiten und Schädlinge oder auch besser an den Klimawandel angepasst, also trockenheits- und hitzeresistent, sind.

Weinanbau in Familienbetrieben

Der Klimawandel stellt auch den Weinbau vor Herausforderungen. In Deutschland liegen die nördlichsten zusammenhängenden Weinbaugebiete der Welt. Die Anbaufläche betrug 2022 laut BZL rund 100 000 Hektar. Der deutsche Weinbau ist durch eine familienbetriebene Struktur mit bäuerlicher Produktion und einem hohen Anteil an Direktvermarktung und Ab-Hof-Verkauf charakterisiert, so der GAP-Strategieplan. Gleichzeitig bedeuten Exporte vor allem in hochpreisige Absatzländer einen Imagegewinn und eine wirtschaftliche Absicherung. Mit rund 26 000 Hektar besitzt Deutschland die größte Rieslinganbaufläche der Welt: Insbesondere in den Steillagen von Rhein und Mosel gedeihen die weißen Weine, die weltweit geschätzt werden. Doch mittlerweile sind die Temperaturen dort teilweise höher, als die Reben vertragen. Für eine Umstrukturierung der Weinberge braucht es Zeit, denn im Durchschnitt sind Rebanlagen für 30 Jahre und länger angelegt. Die Sektorförderung will Winzerbetriebe ansprechen, damit sie ihre Rebflächen an sich wandelnde Bedingungen und Marktansprüche anpassen.

Seit 1999 fördert die EU die Umstrukturierung von Rebflächen. Seit 2008 gibt es Stützungsprogramme in den europäischen

Ländern, die Wein anbauen, etwa auch für Gebäude und Investitionen in die sogenannte Kellerwirtschaft, also die Weinproduktion, sowie Absatzförderung in Drittländer. Somit ist der deutsche Weinbau seit 25 Jahren Subventionsempfänger. Im aktuellen GAP-Strategieplan werden zudem Investitionen aufgeführt, die etwa zur Steigerung der Energieeffizienz beitragen. Unterstützt werden Winzergenossenschaften, Branchenverbände oder andere Wein vermarktende Unternehmen.

Summende Nutztiere

„Echter deutscher Honig“ ist ein Gütezeichen: Von den rund 80 000 Tonnen Honig, die die Deutschen jährlich konsumieren, stammen etwa 40 Prozent aus Deutschland. Die Bienenhaltung wird hierzulande zu 99 Prozent als Hobby betrieben, viele Aktive vernetzen sich in Imkerverbänden. Es gibt laut GAP-Strategieplan einen Trend, Bienen zu halten. Diese Entwicklung bedürfe begleitender Maßnahmen, etwa der Beratung, um imkerliches Wissen aufzubauen oder zu verbreiten. Einige Bundesländer fördern Investitionen, beispielsweise Honigschleudern oder die Neueinrichtung von Bienenständen. Auch Analysen sind förderfähig, zudem spielt die Bekämpfung von Bienenstockfeinden und -krankheiten eine wichtige Rolle. War die Förderung früher auf Vermarktung ausgerichtet, so sind die Hauptziele heute, Biodiversität zu erhalten und die Zahl der Bienenvölker zu steigern. Unterstützt wird dazu auch die angewandte Forschung. Im Bienen-sektor sind also private Erzeuger, Verbände sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv.

Die Fördertöpfe der GAP enthalten für Deutschland in der Förderperiode von 2023 bis 2027 laut GAP-Dashboard insgesamt rund 30,5 Milliarden Euro. Für die spezielle Förderung der vier Sektoren sind rund 470 Millionen vorgesehen, knapp 300 Millionen davon fließen in den Sektor Obst und Gemüse.

SERVICE

Zu den einzelnen Sektoren:
www.landwirtschaft.de >
 Landwirtschaft verstehen

Zu den Sektorprogrammen:
www.dvs-gap-netzwerk.de/agrar-umwelt/
 sektorale-interventionen

Zum politischen Rahmen:
www.bmel.de > Themen > Landwirtschaft >
 EU-Agrarpolitik

Gemeinsam stärker

In Deutschland wird auf rund 123 000 Hektar Gemüse im Freiland produziert. Vermarktung, Lagerung und Logistik übernehmen vor allem Erzeugerorganisationen. Wofür nutzen sie die Sektorförderung?

Von Andrea Birrenbach

Die Deutschen essen heute mehr Gemüse und Obst als noch vor einigen Jahrzehnten: jährlich 102,6 Kilogramm Gemüse pro Person, so die vorläufige Zahl der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung für 2022/23. Auch ist die Abwechslung auf dem Speiseplan größer geworden. Den heimischen Bedarf deckt das Gemüse, das hierzulande angebaut wird, zu knapp 40 Prozent, bei Obst ist es ein Fünftel. Was fehlt, keine Saison hat oder in hiesigen Breiten nicht gut gedeiht, wird aus dem Ausland eingeführt; gleichzeitig exportieren deutsche Erzeuger ins Ausland.

Die Zahl der Unternehmen, die hierzulande Gemüse erzeugen, hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Zwischen 2016 und 2023 sank sie nach Angaben des Statistischen Bundesamts um gut neun Prozent. 2016 waren es 6 583 Betriebe – im vergangenen Jahr gab es noch 5 973. Die Anbaufläche ist nahezu gleichgeblieben. Viele Obst und Gemüse anbauende Betriebe sind in sogenannten Erzeugerorganisationen zusammengeschlossen. Sie bündeln ihre Angebote und vermarkten gemeinsam oder sie organisieren die Lagerung der Produkte zusammen. Auch gemeinsame Lösungen für die Verpackung der Produkte sind denkbar.

Erzeugerorganisationen bündeln

Die Mecklenburger Ernte (EO ME) GmbH ist eine nach EU-Recht anerkannte Erzeugerorganisation für Obst und Gemüse mit Sitz in Gallin. Der Schwerpunkt der Produktion liegt auf Gemüsebau im Freiland. Die 27 Mitglieder sind wirtschaftlich eigenständige Unternehmen, die sich mit dem Ziel der gemeinsamen Vermarktung zusammengetan haben. Die Mitgliedsunternehmen wirtschaften in acht Bundesländern, zwei in Spanien. Die Erzeugnisse aller Mitglieder werden durch Unterstützung der EO ME in Deutschland und in großen Teilen Europas vertrieben. Die Betriebe, die zur EO ME gehören, vermarkten den Großteil ihrer Erzeugung

über die EO. Direktvermarktung spielt eine untergeordnete Rolle und ist von der EO nur in Ausnahmefällen gestattet. Oftmals sind die Betriebe schon lange vor Ort angesiedelt. „Gerade in Mecklenburg-Vorpommern haben wir sehr große Mitglieder im Freilandgemüseanbau und im Obstbau, die als Arbeitgeber und Wirtschaftsbetriebe vor Ort ihren Beitrag für die Regionen leisten“, so Hans-Jörg Elvers, Geschäftsführer der EO ME.

Ein Managementunternehmen berät die Erzeuger im Auftrag der EO ME bei der Sortimentsgestaltung, der Produktionsplanung, der Steuerung der Produktion und der Erntevorschau. Es überprüft das Verkaufsgeschehen und gibt Feedback an die Produktion. „Darüber hinaus unterstützt es unsere Landwirte bei allen Fragen des Qualitätsmanagements und der Rückstandskontrolle. Somit stellen wir einheitliche Standards bei unseren Mitgliedern, unseren Produkten und deren Qualität sicher“, sagt Elvers. Außer Freilandgemüse erzeugen sie Obst und Gemüse im geschützten Anbau, also unter Vlies, Folie und Glas; zudem haben

sich der EO ME Betriebe angeschlossen, die ausschließlich Kräuter oder andere Spezial-Kulturen anbauen. Um diese speziellen Produkte zu vermarkten, nutzt die EO ME das Modell der sogenannten Vertragsvermarktung: Dafür beauftragt sie spezialisierte Vermarkter mit Kontakten in die Märkte, um die Produkte möglichst rentabel an den Handel zu verkaufen – in Deutschland und der EU.

Die EO ME finanziert die Beratungsleistung mit einem Fonds, in den die Beiträ-



Kathrin und Dirk Beckedorf sind als Freilandgemüsebauern aus Hamburg Mitglieder der EO ME. Sie bauen auch Feldsalat an.

Foto: Andre Poling



ge der Mitglieder und die Fördermittel der EU für die „Sektoralen Interventionen Obst und Gemüse“ fließen. Diese Fördergelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) können anerkannte Erzeugerorganisationen beantragen. Die Anerkennung erteilt das Bundesland, in dem der jeweilige Unternehmenszusammenschluss seinen Sitz hat. Die Erzeugerorganisationen müssen dazu einen Kriterienkatalog erfüllen, beispielsweise eine Mindestanzahl an Mitgliedern aufweisen. Gleichzeitig müssen sie eine Mindestmenge an Produkten erzeugen oder einen Mindestwert der Erzeugnisse erreichen. Wollen Erzeugerorganisationen die Förderung beziehen, sind sie verpflichtet, sogenannte „Operationelle Programme“ zu erstellen, in denen sie sich Ziele wie die Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse, eine umweltgerechte Wirtschaftsweise oder die Einführung neuer Produkte setzen. Die Anerkennung von Erzeugerorganisationen im Sektor Obst und Gemüse ist in der EU-Verordnung 1308/2013 und in der nationalen Obst-Gemüse-Erzeugerorganisationendurchführungsverordnung geregelt. Die EO ME finanziert beispielsweise die Beratung ihrer Mitglieder über die Sektorförderung und investiert in Forschung und Entwicklung von Umweltmaßnahmen. „Die kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung der EO und ihrer Erzeuger und die qualitätsgerechte Befriedigung der Märkte stehen für uns im Vordergrund“, so Elvers.

„Beim Obst- und Gemüseanbau ist der Anteil an Handarbeit sehr hoch.“

Die Märkte in Deutschland, Europa und der Welt sind beim Gemüse auf Im- und Export ausgelegt. Bei vielen Gemüsearten ist die deutsche Saison – je nach Produkt – auf den Zeitraum März bis Oktober begrenzt. Deshalb kommen große Teile des Fruchtgemüses wie Tomaten, Gurken und Paprika aus anderen Ländern. „Außerhalb der Saison sind Ergänzungen durch Importe notwendig. Die Produktion im geschützten Anbau ist bei uns möglich, aber teurer als in anderen EU-Ländern“, so Lisa Kloke von der Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e. V. (BVEO). Dieser Verband ist eine Dachorganisation: er vertritt 40 Mitglieder, darunter 31 anerkannte Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse sowie weitere Einzelunternehmen. „Als Verband vertreten wir unsere Mitglieder in verschiedenen Bereichen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gegenüber Politik, Administration, Wirtschaftspartnern und Öffentlichkeit. Ziel ist die praxisgerechte

Gestaltung der wirtschafts- und agrarpolitischen Rahmenbedingungen für die Obst- und Gemüseerzeugerorganisationen“, so Kloke.

Herausforderung Arbeitskräfte

Der Anteil an Gemüse, der in Deutschland für den deutschen Markt produziert wird, lasse sich mit den jetzigen Strukturen von Anbau und Handel kaum steigern, sagt Kloke. Energiekosten seien hoch, Pflanzenschutzmittel nicht immer verfügbar und Arbeitskräfte fehlten. „Beim Obst- und Gemüseanbau ist der Anteil an Handarbeit sehr hoch“, sagt Elvers von der EO ME. „Feldsalat ist beispielsweise sehr klein, Unkraut muss man durch jäten oder hacken entfernen. Mit Maschinen würde man die Pflanzen beschädigen oder in ihrem Wachstum beeinträchtigen.“ Arbeitskräfte für diese körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten unter freiem Himmel – und damit dem Wetter ausgesetzt – zu finden, sei schwierig. Deutsche seien dazu selten bereit, und auch in vielen anderen Ländern habe sich der Anspruch an Arbeit geändert. Die Unternehmen der EO ME versuchen, mit gut ausgestatteten Unterkünften zu locken. Eines habe ein Hotel gebaut: mit Zimmern für jeweils zwei Saisonarbeitskräfte, eigener Küche und Bad, Putzservice, Volleyballplatz und Grillbereich.

Auch Fachkräfte zu finden, die die Unternehmen leiten, sei nicht leicht, schildert Elvers. Ein landwirtschaftlicher Betrieb erfordere von Mai bis November so viel zeitlichen Einsatz, etwa durchgehende Wochenendarbeit, dass junge gut ausgebildete Menschen zunehmend weniger Interesse zeigten. Es sei unumgänglich, mehr Personal einzustellen, um für mehr Freizeit zu sorgen. All das koste Geld. Elvers: „Dafür fehlt die Sensibilität, sowohl beim Handel als auch bei den Endverbrauchern.“

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: „Die Ertragslage im Garten- und Weinbau 2023. Daten und Analysen“

Zur Mecklenburger Ernte GmbH: www.eo-gmbh.de

Zur Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e. V.: www.bveo.de

Nachhaltiger werden am Beispiel Beeren

Nur ein Fünftel des Obsts, das die Deutschen kaufen, wächst hierzulande. Vor welchen Herausforderungen stehen Erzeuger und Erzeugergenossenschaften?

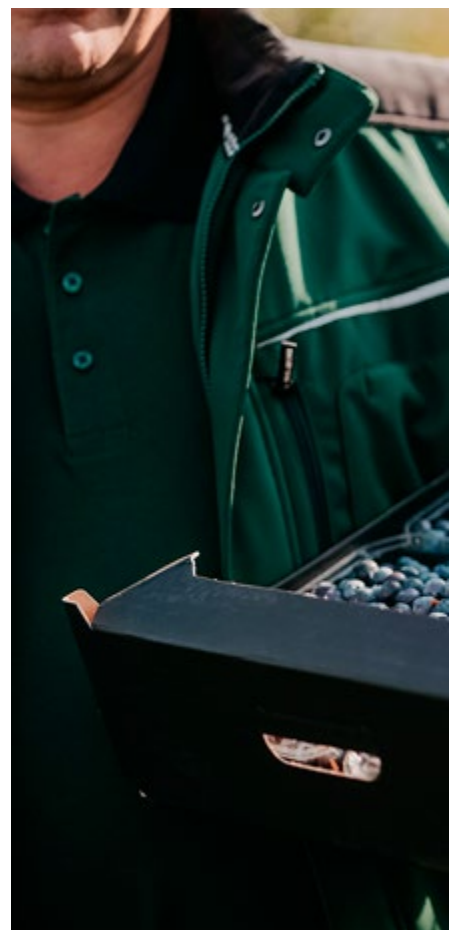
Von Andrea Birrenbach

Niedersachsen hat beim Anbau von Strauchbeeren die Nase vorn. Etwa 28 Prozent des deutschen Anbaus fand im Jahr 2022 dort statt. Einige der Erzeuger sind in der „Erzeugergroßmarkt Langförden-Oldenburg eG“ (ELO) organisiert. Diese Genossenschaft hat neben weiteren Partnern 26 Lebensmittelproduzierende Mitglieder. Sie bauen Obst und Gemüse vor allem in Niedersachsen an, die meisten im Umkreis von 30 Kilometern rund um den Sitz der ELO in Vechta.

Heidelbeeren zu Silvester?

In Deutschland werden laut Bundeslandwirtschaftsministerium zunehmend mehr Beeren konsumiert: im Jahr 2022 vor allem Kulturheidelbeeren. Deren Import nahm in den vergangenen Jahren zu – die ELO hat die gestiegene Nachfrage allerdings nicht gespürt. „Das ist mein Lieblingsobst, um zu erklären, wie Verbraucher uninformatiert etwas vermeintlich Nachhaltiges tun“, sagt Jens Wiele, Vorstandsvorsitzender der ELO. Heidelbeeren produziert die Erzeugerorganisation in Deutschland für den hiesigen Markt, somit nur während der Saison in den Sommermonaten. Aber: „Heidelbeeren werden im Einzelhandel kontinuierlich nachgefragt, im Hochsommer genauso wie zu Silvester. Diese Kultur ist komplett desaisonalisiert“, sagt Wiele. Er geht davon aus, dass den Kaufenden nicht klar sei, dass alles eine Saison hat – nur die Spargel- und die Grünkohlzeit seien allseits bekannt. Der Einzelhandel bietet während des ganzen Jahres frische Heidelbeeren an, im Winter etwa aus Südamerika in Bio-Qualität. „Viele Verbraucher setzen ‚bio‘ mit Nachhaltigkeit gleich. Solche Beeren sind sicherlich ein Bio-Produkt, aber es ist trotzdem nicht viel Nachhaltiges daran.“ Der lange Transportweg und die Arbeitssituation der Menschen vor Ort sollten bei der Kaufentscheidung mitbedacht werden, findet Wiele.

Mit dem Anbau in Tunneln oder unter Dächern aus Folien oder Glas lässt sich die Saison für Beeren in Deutschland leicht verlängern. Die Erzeuger der ELO nutzen diesen geschützten Anbau vor allem für einen Teil ihrer Erdbeeren. Insgesamt verkaufen sie pro Saison rund 24 Millionen Schalen. „Wir haben intern den Beweis längst erbracht, dass es durchaus nachhaltig ist, mit Tunnel oder im geschützten Anbau zu arbeiten“, sagt Wiele. 2023 gab es im Mai Hagel – die abgedeckten Erdbeeren nahmen keinen Schaden, die Ernte im Freiland wurde zum Teil vernichtet. Nach Erfahrung der ELO lehnen viele Menschen diesen Anbau ab, weil sie ihn unnatürlich finden. Deshalb hat es sich die Genossenschaft zur Aufgabe gemacht, die Erzeuger bei der Kommunikation zu unterstützen. Die ELO lädt Vereine und Schulklassen auf ihr Betriebsgelände und zu den Erzeugern ein und steht der Lokalpresse Rede und Antwort zu den Anbaumethoden. „Im geschützten Anbau arbeiten wir weitaus reduzierter mit Pflanzenschutzmitteln, das ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Außerdem können wir die



Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit ist, dass sich die Mitarbeitenden nicht bücken müssen, sondern im Stehen arbeiten können.

Fotos: ELO





Wasserversorgung deutlich besser steuern. Der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit ist zuträglich, dass sich die Mitarbeitenden nicht bücken müssen, sondern im Stehen arbeiten können, wenn wir die Kulturen erhöht auf Gestellen, den sogenannten Stellagen, anbauen.“

Förderung für Nachhaltigkeit

Betriebe auf einen Einklang von Ökologie, Ökonomie und Sozialem auszurichten, sei kostenintensiv. Dafür werde ein Teil der Förderung über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) für die „Sektoralen Interventionen“ für Obst und Gemüse ausgegeben. „Diese Förderung ist voll in unserem Sinne, denn wir sind sehr umtriebig, was Nachhaltigkeitsbestrebungen betrifft“, so Viele. „Eine große Herausforderung ist allerdings, dass nicht zu 100 Prozent definiert ist, was auf dieses Thema einzahlt. Wir haben in der Vergangenheit schon zahlreiche Umweltmaßnahmen umgesetzt. Es gab viele Rückfragen und wir hatten Beweise zu erbringen, was sehr bürokratisch war. Für unser nächstes operationelles Programm, das in den Startlöchern steht, sind noch viele Fragen zu klären – auch wie die niedersächsische Auslegung sein wird.“ Die Förderung beschäftigte mehrere ELO-Mit-

arbeitende, auch die Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse e. V. (BVEO) berate und begleite.

Um den Anbau nachhaltiger zu gestalten, lässt sich die ELO derzeit zertifizieren. Zudem möchte sie den Markt besser verstehen, um Anbau und Ernte zeitlich noch stärker auf die Nachfrage abzustimmen. Viele hat früher mit den Warengruppen Bier und Wurst gearbeitet, die sich besser planen ließen als Gemüse und Obst. „Wir sehen aber Potenzial. Es ist unser Ziel, weniger vernichten zu müssen.“ Auch durch Sonderaktionen im Handel könnten sich die Waren leichter vermarkten lassen, wenn beispielsweise große Erntemengen anfallen.

Handel und Marktwirtschaft

Der Handel hat Einfluss auf die Arbeit der Genossenschaften und ihrer Erzeuger – so muss die ELO zu bestimmten Zeiten bestimmte Produktmengen garantieren. „Wir standen 2023 durch das Wetter insbesondere bei den Obstsorten vor großen Herausforderungen“, sagt Viele. Da die gesamte Region demselben Wetter und dessen Kapriolen ausgesetzt ist, vergrößert die ELO ihr Einzugsgebiet: Ein Erzeuger aus der Pfalz sowie zwei Erzeuger,

die in Norddeutschland Kohlgemüse anbauen, sind Partner geworden. Insgesamt bauen die Mitgliedsunternehmen über 50 Kulturen an und sind von der Betriebsgröße unterschiedlich aufgestellt. Viele: „Wir haben Erzeuger unterschiedlicher Umsatzgrößen, die wir einerseits beraten und für die wir andererseits den Verkauf und die Logistik übernehmen.“ Die ELO nutzt dafür ein eigenes Lager und eine eigene LKW-Flotte, auch um den Export, vor allem nach Italien und Spanien, zu managen. Denn ein kleiner Teil des Ertrags geht in diese Länder, deren Gemüse- und Obstanbau im Sommer zunehmend unter Hitze und Dürre leiden.

Dass sich mit einer Optimierung von Erträgen der Grad der Selbstversorgung in Deutschland steigern lassen könnte, glaubt Viele nicht: Gut 20 Prozent des Obsts, das hierzulande gekauft wird, wird hier angebaut. Der Rest wird importiert, nicht nur Südfrüchte, die immer stärker nachgefragt werden und sich in Deutschland aufgrund des Klimas nicht erzeugen lassen. Auch Äpfel und anderes Obst, das traditionell in unseren Breiten beheimatet ist, wird teilweise aus dem Ausland eingeführt. „Wir bewegen uns in der Marktwirtschaft, und deshalb hat der Handel die Möglichkeit, dort zu kaufen, wo günstiger produziert wird. Der Handel möchte den deutschen Anbau protegieren – aber entscheidend ist letztlich der Preis.“ Die größten Argumente, die die deutschen Erzeugergenossenschaften hätten, seien die sozialen Rahmenbedingungen der Produktion und die Qualität der Produkte, findet Viele. „Wir müssen stärker in den Vordergrund stellen, dass die deutsche Ware anderen Gesetzmäßigkeiten unterstellt ist als Ware aus der EU und den Nicht-EU-Ländern. Wenn man sich anschaut, zu welchen Preisen der Einzelhandel manches anbietet, obwohl es rund um den Globus geflogen wurde, dann kann das nicht in Sinne der Verbraucher sein.“ Viele setzt darauf, dass nach und nach mehr Menschen klar wird, wie die Lebensmittelproduktion im Ausland aussieht. „Wir sind immer noch der Hoffnung, dass die Menschen, die sich mit bewusster Ernährung beschäftigen, erkennen, dass es die Produkte aus Deutschland sind, die vielen Aspekten der Nachhaltigkeit dienen.“

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Erzeugergroßmarkt Langförden-Oldenburg eG: www.elo-food.de

Biodiversität belohnt

Das meistangebaute Obst in Deutschland ist der Apfel. Fast jeder vierte stammt vom Bodensee: Dort setzen Betriebe in ihren Plantagen mit Erfolg biodiversitätsfördernde Maßnahmen um. Wie gelingt es, sie dazu zu motivieren?

Von Sabine Sommer und Anja Rath

Die Äpfel der „Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft“ ziert in REWE-Märkten ein „PRO PLANET“-Label. Damit zeichnet ein unabhängiger Beirat Produkte der REWE-Gruppe aus, die nachhaltig produziert werden. Hinter der Auszeichnung der Äpfel verbirgt sich ein eigenes Biodiversitätsprojekt.

Blüten und Bienenhotels helfen

Es startete 2010 in Kooperation mit der Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft und elf Obstbau-Betrieben am Bodensee. Im vergangenen Jahr nahmen bundesweit rund 470 Betriebe teil; am Bodensee sind mittlerweile 133 Betriebe und drei Erzeugerorganisationen darin aktiv. In der Obstbauregion an Bodensee und Neckar legten sie ein- und mehrjährige Blühflächen an, pflanzten seit dem Start über 14 400 Bäume, Sträucher und Hecken und installierten über 3 000 Nisthilfen für Vögel, Fledermäuse und Insekten. Die Maßnahmen zeigen Wirkung. Bei

einem Wildbienen-Monitoring im Jahr 2021 wurden in der Bodensee-Region 112 Arten gezählt, nahezu doppelt so viele wie im Startjahr.

Von Anfang an als regionale Partner dabei: der Kreisimkerverein Tettang-Friedrichshafen sowie die Bodensee-Stiftung. „Damit Biodiversität langfristig gestärkt wird, bedarf es einer großflächigen Förderung“, sagt Sabine Sommer, die das Pro-Planet-Projekt bei der Bodensee-Stiftung begleitet. Für seltene Wildbienenarten seien mehrjährige Blühflächen, die für bis zu fünf Jahre angelegt werden, besonders attraktiv. „Wir haben im vergangenen Jahr einen deutlichen Zuwachs von derartigen Flächen verzeichnet.“ In den Jahren zuvor überwogen einjährige Mischungen; 2023 wurde knapp die Hälfte der insgesamt auf rund 80 Hektar angelegten Blühflächen für mehrere Jahre eingesät. „Das Thema Wildbienen hat mittlerweile außerhalb des Erwerbsobst-Anbaus an Bedeutung gewonnen. Auch

auf privaten und kommunalen Flächen wurden Blühflächen angelegt“, sagt Sommer. In den Plantagen haben sowohl die Arten- als auch die Individuenzahlen der Wildbienen zugenommen, obwohl dort weiterhin Pflanzenschutzmittel eingesetzt wurden – das sei positiv zu werten.

Was motiviert?

Die naturschutzfachliche Begleitung der Bodensee-Stiftung im Pro-Planet-Biodiversitätsprojekt finanziert die REWE-Gruppe, ebenso das Saat- oder Pflanzgut sowie die Nisthilfen. Alle anderen Kosten, etwa für Etablierung und Pflege, tragen die Betriebe. Sie erzielen für Äpfel mit dem Pro-Planet-Label bislang keine höheren Abnahmepreise. „Für die Betriebe ist jedoch ein Imagegewinn damit verbunden – sie können ihre Leistungen für die Umwelt sichtbar machen“, so Sommer. Das langfristige Ziel ist, die Biodiversitätsleistungen über die Preise in Wert zu setzen.

Foto: Flächenagentur Baden-Württemberg



Modellhaft: Fahrgassen blühen lassen und ein Wildbienenhotel anbieten, fördert die biologische Vielfalt. Im Betriebsablauf ist es ein Mehraufwand.



„Für die Betriebe ist mit dem Pro-Planet-Label ein Imagegewinn verbunden – sie können ihre Leistungen für die Umwelt sichtbar machen.“

Die Obstanbauenden profitieren auch von einer höheren potenziellen Bestäubungsleistung. „Wildbienen fliegen bei niedrigeren Temperaturen als die Honigbiene. Die Förderung von blütenbesuchenden Insekten ist also ein aktives Bestäubungsmanagement“, sagt Sommer. Die Maßnahmen kommen vielen Tier- und Pflanzenarten zugute. Die entstehenden Lebensgemeinschaften können zu einer natürlichen Reduzierung von Kulturschädlingen beitragen. Das ist aber kein Selbstläufer. „Für die Betriebe bedeutet es einen Mehraufwand, Blühstreifen in den Fahrgassen anzulegen – für sie ist es einfacher, den Bewuchs niedrig zu halten und zu mulchen.“ In hohem Aufwuchs können sich zudem Mäuse ansiedeln und zum Problem werden. „Einige Betriebe legen Blühstreifen an, die sie vor dem Winter wieder entfernen, auch wenn es für den Naturschutz besser wäre, sie stehen zu lassen. Das ist immer eine Abwägungsentscheidung.“ Denn: Die Betriebe engagieren sich freiwillig und entscheiden selbst, welche Maßnahmen sie umsetzen.

Dass die Zahl der teilnehmenden Betriebe angestiegen ist, führt Sommer auch darauf zurück, dass es die Obstanbauenden motiviert, selbst etwas zur Biodiversität beizutragen. Die drei mittlerweile eingebundenen Erzeugerorganisationen Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft, Marktgemeinschaft Bodenseeobst und Württembergische Obstgenossenschaft Raiffeisen informieren ihre Mitgliedsbetriebe regelmäßig über das Projekt. Die Erzeugerorganisationen werden über die

Sektorförderung unterstützt. Die Grundlage dafür bildet jeweils ein eigenes operationelles Programm. Darin spielt Nachhaltigkeit zunehmend eine Rolle – den Apfelanbau also möglichst ökonomisch, ökologisch und sozial zu gestalten.

Obstanbau der Zukunft

Aus der Sicht der Bodensee-Stiftung hat sich die Biodiversität zu einem festen Bestandteil des Markenkerns von Obst vom Bodensee entwickelt und zu ambitionierteren eigenständigen Nachhaltigkeitsprojekten geführt. Seit 2021 werden diese Aktivitäten im Projekt „FAIRDI“ vom Obstregion Bodensee e. V. gebündelt und öffentlichkeitswirksam aufbereitet, das Land fördert das Projekt. Bislang wurde vor allem daran gearbeitet, bestehende Tafelobst-Produktionssysteme nachhaltiger und biodiversitätsfreundlicher zu machen.

Nun geht es darum, Systeme neu auszurichten und weiterzuentwickeln. Die Bodensee-Stiftung war am Projekt „Obstbau-Modellanlagen zur Förderung der Biologischen Vielfalt“ beteiligt, das Anregungen dazu liefert. Koordiniert hat das Projekt die Flächenagentur Baden-Württemberg, das Land hat es gefördert. Einer der wissenschaftlichen Partner war die Staatliche Lehranstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg (LVWO). „Die LVWO hat eine ‚Obstanlage der Zukunft‘ etabliert mit dem Ziel, die Biodiversität zu fördern und langfristig auf einen chemischen Pflanzenschutzmitteleinsatz zu verzichten.“ Zentrale

Bausteine: der Anbau verschiedener resistenter Apfelsorten nebeneinander, stärkere Unterlagen – also stärkere Bäume, denen die gewünschten Sorten aufgepfropft werden –, außerdem größere Reihenabstände sowie Biodiversitätsstreifen, beispielsweise Blüheinsaat und Totholzhaufen innerhalb der Anlage. Im Projekt wurden Führungen angeboten und Bildungsmodule entwickelt. „Wir wollen das erarbeitete Wissen an obstbauliche und naturschutznahe Akteure vermitteln“, sagt Sommer. Das Projekt ist im Oktober 2023 ausgelaufen, die Modellanlagen werden von den Lehr-, Forschungs- und privaten Betrieben, die beteiligt waren, weiterbewirtschaftet und stehen als Exkursionsflächen zur Verfügung – Infomaterialien gibt es kostenlos als Download. „Den Beteiligten war die biologische Vielfalt ein Anliegen. Durch die Förderung von Nützlingen sollen die Schäden durch Schädlinge reduziert werden. Damit sich die Biodiversität entwickeln kann, ist die Langfristigkeit wichtig.“ Die Betriebe erhielten eine Aufwandspauschale, die Kosten für Saat- oder Pflanzgut und Nisthilfen übernahm das Projekt.

Gesellschaftliche Ansprüche steigen

Die Modellanlagen sollen dazu beitragen, einen neuen Standard zu setzen. „Die Marktanforderungen hinsichtlich Biodiversitäts-Leistungen steigen. Der Anbauverband Bioland hat ein eigenes Bewertungssystem und Naturland hat eigene Leitlinien entwickelt.“ Blühstreifen und Nisthilfen bedeuten sowohl in Öko- als auch in konventionellen Obstplantagen einen Mehraufwand. „Die Finanzierung von Maßnahmen spielt eine nicht unwichtige Rolle dafür, dass sich Betriebe dafür entscheiden. Je nach Art und Umfang können Maßnahmen einen erheblichen Kostenfaktor darstellen, der über die bisherigen Erzeugerpreise nicht gedeckt wird.“

SERVICE

Zu den Projekten:

[www.bodensee-stiftung.org/
pro_planet-biodiversitaetsprojekt](http://www.bodensee-stiftung.org/pro_planet-biodiversitaetsprojekt)

www.obstbau-biodiv.de

www.fairdi.info

KONTAKT

Sabine Sommer
Bodensee-Stiftung
Telefon: 07732 9995-42
sabine.sommer@bodensee-stiftung.org
www.bodensee-stiftung.org

Maja braucht Menschen

Die Honigbiene ist beliebt und trägt durch Bestäubung zur Produktion von Lebensmitteln bei. Wie steht es um die Gesundheit der Völker, was kann ihnen helfen und wer wird dafür aktiv?

Von Anja Rath und Kirsten Traynor

Im Winter 2003/2004 kam es bei Honigbienenvölkern in Deutschland zu ungewöhnlich hohen Verlusten. Sie wurden auf etwa 30 Prozent geschätzt. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch kein offizielles Monitoring der Bienengesundheit. Es war deshalb unklar, wo die Ursachen lagen. Bundesweit schlossen sich damals viele Bienenforschungsinstitute zusammen und starteten 2004 das Deutsche Bienenmonitoring (DeBiMo), das seitdem die Gesundheit von Honigbienenvölkern dokumentiert. Dazu werden jährlich bei je zehn Völkern von rund 120 Bienenständen Daten zur Volksentwicklung, zu Bienenkrankheiten und Umweltbelastungen sowie zum imkerlichen Management systematisch erfasst und ausgewertet, um rückblickend Ursachen für Völkerverluste analysieren zu können. Die Ergebnisse dienen der Entwicklung angepasster Strategien zur Verbesserung der Bienengesundheit und Vermeidung von Völkerverlusten. Seit 2010 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Hälfte der jährlichen Gesamtkosten für das DeBiMo, den Rest tragen die sieben beteiligten Bieneninstitute der Länder.

Parasiten, Fressfeindin und Pflanzenschutz

Die größte Bedrohung für die Gesundheit der Honigbienen ist derzeit die in den 1970er-Jahren nach Deutschland eingewanderte parasitische Varroa-Milbe. Die Milbe saugt an erwachsenen Bienen. Schädlich ist aber vor allem, dass sich die Milben in der Bienenbrut vermehren, also der Nachwuchs, die sogenannte Bienenpuppe, parasitiert wird: Die wachsende Milbenfamilie ernährt sich von der Bienenpuppe; wenn die Milbe dabei Viren überträgt, kann das zum Tod der Puppe führen oder dazu, dass nicht lebensfähige Bienen mit verkrüppelten Flügeln schlüpfen. Bienenvölker mit hohem Varroa-Milbenbefall im Herbst weisen eine höhere Viruslast mit zwei Bienenviren auf und haben deutlich höhere Winterverluste.

Bereits bei drei Milben pro 100 Bienen in der Herbstprobe ist das Risiko, dass dieses Volk den Winter nicht überlebt, mehr als verdoppelt. Ohne imkerliche Varroabekämpfung stirbt ein Bienenvolk oft innerhalb von ein bis drei Jahren.

Seit 2014 breitet sich die invasive Hornisse mit dem wissenschaftlichen Namen „*Vespa velutina*“ in Deutschland aus. Im Jahr 2023 wurde eine starke Zunahme dokumentiert. Die großen Nester mit bis zu 13 000 Hornissen benötigen für die Aufzucht ihrer Brut viel Eiweiß und verzehren bis zu elf Kilogramm Insekten in der Saison. In Ländern, in denen sich die Hornisse etabliert hat, ist sie ein großer Fressfeind der Honigbienen. Das DeBiMo

arbeitet mit Imkereien aus ganz Deutschland zusammen: In Regionen, in denen *Vespa velutina* häufig beobachtet wird, ist es ein Ziel, die Schäden zu erkennen und Abwehrmaßnahmen zu etablieren. Eine weitere potenzielle Bedrohung, die in naher Zukunft ihren Weg nach Deutschland finden könnte, ist die aus Asien stammende *Tropilaelaps*-Milbe, die ähnliche Schäden wie die Varroa-Milbe hervorruft.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Bienenkrankheiten werden über die sektorale Unterstützung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) gefördert: Niedersachsen beteiligt sich mit bis zu zwei Euro pro Volk an Behand-



Die Varroamilbe saugt an Bienen und Larven. Schädlich ist sie vor allem, wenn sie Viren überträgt: Das kann zum Tod der Bienenvölker führen.



„Bee School“ auf einem Praxisbetrieb 2022: Die Imkerberater Ulrich Hampf und Mirko Lunau (links im Bild) demonstrieren verschiedene Behausungssysteme.

lungskosten gegen Varroose. Auch Analysen, etwa von Honig und Wachs, sind förderfähig. Untersuchungen, welche physikalisch-chemischen Merkmale der Honig aufweist und welche Pollen er enthält, bezuschusst Niedersachsen mit bis zu 55 Euro je Untersuchung. Baden-Württemberg unterstützt das Analyselabor der Landesanstalt für Bienenkunde (LAB) von 2023 bis 2027 jährlich mit rund 70 000 Euro im Rahmen einer Projektförderung.

Pflanzenschutzmittel-Rückstände in von den Bienen eingelagerten Pollen, dem sogenannten Bienenbrot, spiegeln Veränderungen in der landwirtschaftlichen Praxis wider. Wenn Insektizide ihre Zulassung verlieren und vom Markt genommen werden, erkennt die Bienenforschung das bei der Analyse am Rückgang der Rückstände im Bienenbrot. Seit einigen Jahren geht der Trend weg von Insektiziden hin zu Fungiziden und Herbiziden. Sie werden als nicht bienengefährlich eingestuft. Die Ergebnisse der DeBiMo-Rückstandsanalysen zeigen auch, welche Pflanzenschutzmittel (PSM) häufig gleichzeitig eingesetzt werden. Durch die Kombination kann sich die Wirkung

auf Bienen verändern. Das vom BMEL geförderte Forschungsprojekt NutriBee, das vom Julius Kühn-Institut in Braunschweig koordiniert wird, untersucht, wie sich die Kombinationen aus PSM und Stressfaktoren auf die Überwinterungsfähigkeit von Bienenvölkern auswirkt. Eine Ursache für Stress ist, wenn es rund um den Bienenstock an Nahrung mangelt.

Land(wirt)schaft durch die Bienenbrille sehen

In den 1940er-Jahren waren etwa 40 Prozent der Imker Landwirte. Heute ist das kaum noch der Fall, obwohl die Betriebe von Bestäubungsleistungen auf dem Feld profitieren. Wie Bienen auf die Höfe zurückkehren können, untersuchen der Forschungsring e. V. und der Demeter Beratung e. V. seit rund zwei Jahren auf zwölf Betrieben in zwei Regionen – südlich von Bremen und im Allgäu. Im Frühjahr 2022 hielten je drei Bienenvölker auf den Höfen Einzug.

Die Betriebsleitenden übernahmen die Verantwortung – und erlebten Überraschungen. „Die meisten von ihnen waren verblüfft, dass es im zeitigen Frühjahr so

wie im Sommer zu wenig Nektar in der Landschaft gab und sie reichlich zufüttern mussten“, sagt Tabea Meischner, die beim Forschungsring das Projekt „BienenHaltenHof“ betreut. Insbesondere während trockener Jahre sei das Nahrungsangebot nach der Hauptblüte etwa von Raps und Obst schlecht gewesen. „Das hängt auch davon ab, was in der Umgebung der Felder wächst. Die imkernden Betriebsleiterinnen und -leiter beobachteten, dass ihre Völker teilweise über drei Kilometer geflogen sein müssen, um an Nahrung zu kommen. Denn erst dort befanden sich die Kulturen zu dem im Honig nachgewiesenen Pollen.“ Nach dem ersten Projektjahr gaben alle Betriebe an, dass sich die Art und Weise, wie sie die Land(wirt)schaft wahrnehmen, verändert habe. „Sie begannen Maßnahmen umzusetzen, um das Nahrungsangebot für die Bienen zu steigern, etwa Blühstreifen anzulegen und Zwischenfrüchte auf dem Acker einzuführen oder sie passten die Mahd der Wiesen an den Rhythmus der Insekten an.“

Am Ende des Projekts soll ein Praxisleitfaden für Betriebe, die in die Imkerei ein-

steigen wollen, entstehen. Geplant ist, dass er Betriebsleitende bei ihrem jeweiligen Wissensstand und ihrer Betriebsstruktur abholt und zu gezielten Informationen führt – etwa dazu, welche Behausungen die Gesundheit der Bienen fördern, welcher Aufwand und Einsatz im Jahr kalkuliert werden sollte und was das finanziell bedeutet. Im Rahmen von BienenHaltenHof werden Behausungen kostenlos zur Verfügung gestellt. „Viele Betriebe haben bereits mit der Imkerei geliebäugelt. Wir haben ihnen sozusagen eine Art Startkapital geboten, denn eine Imkerei aufzubauen, ist kostenintensiv.“ Niedersachsen unterstützt aus eigener Tasche den Imker-Nachwuchs: Für die Neueinrichtung zahlt es bis zu 50 Euro je Volk. Baden-Württemberg fördert über die GAP Investitionen, die eine Standardausrüstung erweitern. Hilfreich dafür, Fördermaßnahmen für die Bienenhaltung in Anspruch zu nehmen, ist, Mitglied in einem Imkerverein zu sein. Dort ist Wissen gebündelt. Die richtigen Maßnahmen zu kennen, spielt eine große Rolle für die Bienengesundheit: Das Projekt bot den beteiligten Betrieben eine kostenlose Begleitung durch eine Imkerfachberatung sowie eine Biodiversitätsberatung. Derartige Beratungen sind auch über die GAP förderfähig. Die GAP unterstützt zudem Agrarumweltmaßnahmen, die Bienenweiden schaffen – sie unterscheiden sich von Land zu Land.

BienenHaltenHof wird bis Ende Oktober 2024 über das Bundesprogramm Ökologischer Landbau gefördert. Ziel der Beteiligten ist, die in der Landschaft angelegten Strukturen zu erhalten, weitere Betriebe zum Mitmachen zu bewegen und regionale Netzwerke zu etablieren. „Eine Idee ist, Akteure entlang der Wertschöpfungskette zu gewinnen: etwa Verarbeiter, die über Spenden oder Aufschläge auf den Abnahmepreis honorieren, dass ihre Erzeuger sich für Bienen und Biodiversität auf ihren Flächen einsetzen. Das Thema soll in der Gesellschaft ankommen.“ Denn: Die Kosten und Mühen für die Maßnahmen sollen nicht alleine die Betriebe tragen. Alle beteiligten Betriebe begeisterten sich für die Imkerei, doch bei einigen fehlten im Hofalltag die Kapazitäten, sagt Meischner. Andere hätten aus eigenen Mitteln aufgestockt und nun teilweise bis zu zehn Bienenvölker. „Für sie könnte mittelfristig auch Vermarktung ein Thema werden – bislang sind noch keine nennenswerten Mengen an Honig entstanden, aber an dem, der da ist, freuen sich alle.“



Bienenstand an einer der Bienenwald-Versuchsflächen

Honig, Bäume und Beeren

Eine neue Idee für die Honigerzeugung hat auch die hessische Operationelle Gruppe (OG) „Zukunftsfähiger Bienenwald“. Sie will kleinbäuerliche Waldbesitzende mit einem neuen Konzept ansprechen, das sie im Rahmen einer Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) erarbeitet hat: ein Dauerwaldsystem mit blühenden Laubbaumarten wie Robinie, Edelkastanie, Linde oder Vogelkirsche und Begleitern wie Weiden und Himbeeren. Die Blüten dienen als Bienenweiden. Im Zuge des Klimawandels sterben alte Baumbestände mitunter flächenhaft ab, und Eigentümer sind verpflichtet, sie aufzuforsten. „Unsere Idee ist, diese Flächen mit neuen Baumarten zu bestücken und gleichzeitig ein Habitat für Bienen zu schaffen“, sagt Judith Treis von der OG. Der Bienenwald ermögliche zudem, Produkte wie Nüsse und Beeren zu erzeugen.

Die OG hat drei Areale als Modell aufgeforstet und untersucht nun, was sie produzieren. Eine der Flächen ist auf die Holzproduktion fokussiert, eine auf Biodiversität und Waldprodukte. Forstökonominnen der Universität Göttingen haben die Wirtschaftlichkeit kalkuliert. „Im Vergleich zum reinen Laubwald macht der Bienenwald ein eindeutiges Plus“, so Treis. Denn es dauere rund 60 Jahre bis

erste Laubbäume schlagreif sind, wohingegen Nüsse, Beeren und Honig sich schon bald nach der Anlage ernten ließen. „In den zwei Jahren, seitdem wir unseren Wald angelegt haben, konnten wir eine gute Tracht Honig erzeugen.“ Das Konzept bietet also Perspektiven und die OG Führungen für Waldbesitzer. Allerdings sind mit dem Umbau zum „Bienenwald“ erhebliche Investitionen verbunden – eine gezielte Förderung bietet die GAP dafür nicht, denn für die meisten Waldmaßnahmen gibt es eigene Förderprogramme.

Aufgrund der Komplexität ist es zudem fraglich, ob sich eine übertragbare Fördermaßnahme für einen Bienenwald konzipieren lässt, die für die Verwaltung kontrollierbar ist, ohne dass der damit verbundene Vergabeaufwand den der eingesetzten Fördermittel übersteigt. Freifliegendes Insekt und gleichzeitig Nutztier: Die Honigbiene verbindet Welten – und zeigt beispielhaft auf, wo Förderpolitik endet und vielleicht andere Arten der Zusammenarbeit beginnen müssen, um die Biodiversität zu erhalten.

SERVICE

Mehr zu den genannten Projekten:
 Deutsches Bienen-Monitoring-Projekt:
www.debimo.de
 BienenHaltenHof:
www.forschungsring.de/de/projekte/projekt/BHH
www.bienenwald-hessen.de



Bienenkundig?!

Honigbienen werden heutzutage vor allem als Hobby gehalten. Dabei gilt es, stets auf dem Laufenden und mit der Landwirtschaft im Dialog zu sein. Welche Unterstützung bietet die Agrarförderung?

Dr. Jens Radtke ist Landwirtschaftslehrer, Imkermeister und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Länderinstitut für Bienenkunde in Hohen Neuendorf tätig, eine von Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Berlin getragene Forschungseinrichtung. Er leitet dort die Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung. www.honigbiene.de



Herr Dr. Radtke, wer kann dabei helfen, das Wissen zu erwerben, Bienen artgerecht zu halten?

Wer Bienen hält, muss das beim Veterinäramt anmelden, braucht aber keinen Nachweis über entsprechende Fähigkeiten. Doch der Klimawandel bringt ständig neue Herausforderungen mit sich und durch die Globalisierung wandern beispielsweise Parasiten ein. Daraus leiten sich Maßnahmen und Rechtsvorgaben ab, die man kennen muss. Die erste Adresse dafür sind die Bieneninstitute und Imkerfachberater. Sie bilden auch ehrenamtliche Sachverständige in den Imkervereinen aus, die gezielt Informationen weitergeben. Dadurch ist eine flächendeckende Schulung und Beratung möglich – am besten funktioniert das in Präsenz. Hier kann man anfassend, mit allen Sinnen „begreifen“.

„Seit 2008 steigt die Zahl der Bienen-völker wieder.“

Honigbienen sind auf Blüten in der Agrarlandschaft angewiesen. Wie gelingt die Kommunikation mit der Landwirtschaft?

Bienenkunde muss Teil der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung sein oder werden. Durch die Bestäubung tragen Bienen zur Ertrags- und Qualitätssiche-

rung insbesondere bei Obst, Raps und Sonnenblume bei. Sie benötigen im Gegenzug Pollen von bunt blühenden Pflanzen. Im Pollen von Windblütlern wie Mais fehlen notwendige Aminosäuren. Wenn Landwirten diese Zusammenhänge bewusst sind, motiviert sie das, beim Pflanzenschutz auf Bienen Rücksicht zu nehmen. Betriebsleiter und örtliche Imkervereine sollten sich jährlich über Anbaupläne, Pflanzenschutzmaßnahmen und Bienenstandorte austauschen, um, wenn es konkret wird, auf schnellem Weg zu kommunizieren. Sehr wichtig ist auch, dass Bauern- und Imkerverbände auf Landesebene besprechen, was notwendig, sinnvoll und möglich ist – gemeinsam mit Vertretern der Agrarförderung.

Welche Rolle spielt die Agrarförderung?

Kulturpflanzenvielfalt auf dem Acker fördert Artenvielfalt. Kleinkörnige Leguminosen sind weitgehend verschwunden, weil sie aktuell nicht so wirtschaftlich wie etwa Energiepflanzen sind. Sie könnten jedoch die Düngung reduzieren, da sie Stickstoff binden, als Eiweißpflanzen Soja-Importe ablösen. Und sie können zu flächendeckender Blütenvielfalt beitragen. Davon würden auch wildlebende Insekten und ökologische Kreisläufe profitieren. Hecken mit auf Dauer angelegten Blühstreifen als Saumbereich wären ideal. Doch der mit Feldgehölzen verbundene Aufwand wird nicht genügend honoriert

und der Schattenwurf verursacht Fehler bei den heutigen satellitenbasierten Kontrollen der Ackerflächen. Zudem verliert eine Fläche ihren Ackerstatus, wenn sie nicht alle fünf Jahre umgebrochen wird – das ist gelinde ausgedrückt suboptimal. Die Brut der angelockten Insekten kann nicht einfach umziehen.

Wie zielführend sind die speziellen Förderangebote für Bienenhaltende und Imkervereine?

Forschung und Wissenstransfer zu fördern, ist die Basis: Wir müssen flexibel sein und reagieren können, wenn sich Bedingungen verändern. Bei Einzelförderungen mit Kleinstsummen, etwa für Bekämpfungsmaßnahmen von Milben, ist fraglich, ob sie den bürokratischen Aufwand rechtfertigen. Wichtig sind geförderte Qualitätskontrollen, um heimischen Imkern zu ermöglichen, sich am Markt gegen billige Importe durchzusetzen. Außerdem braucht die Zucht Förderung: In den 1950er-Jahren gab es rund 2,5 Millionen Bienenvölker, in den 2000er-Jahren waren es noch etwa ein Drittel – seit 2008 steigt ihre Zahl wieder. Viele der neuen Imker haben nie unangenehme Bienen kennengelernt. Doch sanftmütige Bienen sind nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis züchterischer Arbeit.

Herr Dr. Radtke, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.



Unterstützung für Herkules

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Produzent von Hopfen. Damit das so bleibt, braucht es neue Bewirtschaftungsideen und Sorten.

Von Anja Rath

Wer sich erstmals mit Hopfen aus Deutschland beschäftigt, stößt bald und wiederholt auf den Ausdruck „weltweit“: Die weltweit größte zusammenhängende Anbaufläche liegt in der bayerischen Region Hallertau, die weltweit größte Hopfenveredelungsanlage ebenso. Und als weltweit erste ihrer Art ging in der Hallertau 1999 die Forschungsbrauerei St. Johann in Betrieb. Das liegt zum einen an der jahrhundertelangen Erfahrung: Der Anbau in der Hallertau lässt sich laut Verband Deutscher Hopfenpflanzer bis ins Jahr 860 zurückverfolgen. Zudem bot die Region bislang das, was die anspruchsvolle Pflanze braucht.

Tradition und Markt

Hopfen gedeiht auf lockeren, sich im Frühjahr schnell erwärmenden Böden, bei genügend Sonne sowie ausreichend, aber nicht zu viel Niederschlag. Dann rankt sich die Liane über mehrere Meter an Stützendem empor: Der Anbau prägt

Landstriche. Die Früchte enthalten die Stoffe, die dem Bier Geschmack verleihen, insbesondere die sogenannten Alphasäuren, sowie Aromastoffe.

Laut des „Jahresberichts 2023 Sonderkultur Hopfen“ der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und der Gesellschaft für Hopfenforschung (GfH) hat sich in den USA eine Craft-Bier-Szene etabliert, die mit fruchtig-blumigen Aromen experimentiert. In Deutschland sind die dafür verwendeten „Special-Flavour-Hops“ eine Nische. Hierzulande sind auf rund 50 Prozent der Flächen traditionelle Aromahopfensorten zu finden – Tendenz abnehmend. Denn auf nunmehr ebenfalls knapp 50 Prozent wachsen mittlerweile „Bitterhopfensorten“: Für einen guten Preis am globalen Markt ist ein hoher Gehalt an Alphasäuren von hoher Qualität wichtig, die für den bitteren Geschmack im Bier sorgen. Bitterhopfensorten mit kraftvoll klingenden Namen wie „Herkules“ sollen Wuchsleistung bringen sowie stabile Werte von Säure guter Qualität entwickeln. Die Anbaufläche von

Herkules hat sich von 2022 bis 2023 deutlich vergrößert – sie macht nun mit deutschlandweit rund 7 500 Hektar mehr als ein Drittel der insgesamt über 20 000 Hektar Hopfenflächen aus.

Zukunftsaufgabe: Klimawandel meistern

Allerdings hat Herkules 2023 nicht überall überzeugt: Der durchschnittliche Alphasäuregehalt der Ernte war der niedrigste je gemessene Wert, während andere Sorten das langjährige Mittel übertrafen. Als Besonderheit für das Jahr 2023 beschreiben LfL und GfH einen ausgeprägten Wechsel von intensiven Regenphasen und ausgedehnten Trockenperioden, was letztlich in weiten Teilen der Hallertau zu niedrigen Erträgen und insbesondere bei Herkules zu schlechten Säurewerten geführt habe. Noch schlechter war das trockene und heiße Jahr 2022.

Die klimatischen Bedingungen in der Hallertau haben sich deutlich verändert, und der Prozess wird sich fortsetzen, so der Jahresbericht. Der Hopfenbau muss sich auf mehr Hitzetage in Kombination mit zu geringer Wasserverfügbarkeit einstellen. Ein Ansatz zur Anpassung: Sorten, die den Markt bedienen und mit dem Klimawandel zurechtkommen. Ein Hoffnungsträger ist die Aromasorte „Tango“, deren Anbaufläche entgegen des Trends bei den Aromasorten um 30 Hektar auf 62 gewachsen ist. Sie wurde vom Hopfenforschungszentrum Hüll gezüchtet, einem Standort der LfL. Die 2021 für den Anbau freigegebene „Tango“ soll Brauqualität, Klimatoleranz sowie gute Anbau- und Resistenzeigenschaften vereinen.

Um zukunftsfähig zu sein, werde im Hopfenbau zudem eine Bewässerung mit Fertigation unverzichtbar, also eine Tropfbewässerung, über die gezielt und bedarfsgerecht gedüngt werden kann, so Erkenntnisse aus der Hopfenforschung. Von 2017 bis 2020 wurde die LfL dabei im Rahmen eines Projekts finanziell von der HVG Hopfenverwertungsgenossenschaft e. G. (HVG) mit Sitz in Wolnzach unterstützt. Die HVG ist Kostenträger weiterer Projekte, etwa Untersuchungen zur Bodenfeuchte und Bewässerungssteuerung; oder auch Forschung zu Hopfenkrankheiten, wie der von einem Pilz ausgelösten Hopfenwelke oder zum „Zitrusrin-denriss-Viroid“, das erstmals 2019 in der Hallertau nachgewiesen wurde.

Die HVG ist aus einer 1953 regional gegründeten Genossenschaft entstanden, in der sich mittlerweile neben Hopfenpflanzern aus der Hallertau auch Betriebe aus anderen Anbaugebieten wie Elbe-Saale und Tettngang in Baden-Württem-

Haus des Hopfens

Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft

- Entwicklung umweltgerechter Produktionssysteme
- Wissenstransfer von Forschungsergebnissen in die Praxis

Hopfenring, Selbsthilfeeinrichtung der bayerischen Hopfenpflanzer

- Beratung
- Boden-, Qualitäts- und Rückstandsuntersuchungen
- Nachhaltigkeits- und Managementsysteme
- Zertifizierungen

Hopfenverwertungsgenossenschaft in Wolnzach

- anerkannte Erzeugerorganisation
- Weiterverarbeitung des deutschen Hopfens
- Vermarktung
- Förderung zur Verbesserung der Produktion
- Unterstützung der Hopfenforschung und -züchtung

Organisation der Hopfenpflanzer der Hallertau

- Mitgliederberatung
- Absatzförderung
- Saisonarbeitskräfte
- Marktberichte, Ernteschätzungen
- Entschädigungen
- Pflanzenschutz

Organisation der Hopfenpflanzer in Deutschland

- Internationale Kontakte
- Interessenvertretung
- Öffentlichkeitsarbeit
- Werbung
- Qualitätssicherung
- Vertragswesen
- Pflanzenschutz

Im 1959 gegründeten Kompetenzzentrum teilen sich die beteiligten Organisationen die Aufgaben im Sektor Hopfen auf. Das „Haus des Hopfens“ ist damit ein Beispiel für ein AKIS, ein Agricultural Knowledge and Innovation System.

berg zusammengeschlossen haben. Die HVG ist eine der beiden deutschen nach EU-Recht anerkannten Erzeugerorganisation im Bereich Hopfen, die eine sektorale Förderung aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) erhält: im Jahr 2022 waren es rund zwei Millionen Euro. Voraussetzungen dafür sind ab 2023 ein operationelles Programm sowie ein Betriebsfonds, in den die Fördermittel fließen.

Vielfältige Maßnahmen

Der deutsche GAP-Strategieplan listet fünf Maßnahmenpakete auf, die über den Betriebsfonds der HVG unterstützt werden können. Einige der damit verbundenen Aufgaben teilen sich Institutionen und Organisationen, die im Kompetenzzentrum für Hopfen, dem „Haus des Hopfens“, zusammenarbeiten. Dazu gehört der Verband Deutscher Hopfenpflanzer, den der GAP-Strategieplan als möglichen Projektträger im Bereich der integrierten Produktion benennt, beispielsweise bei der Testung und Praxiseinführung vorbeugender Maßnahmen im Pflanzenschutz. Zum Kerngeschäft der HVG gehören Absatzförderung, Kommunikation und Vermarktung, außerdem Qualitätssicherung. Die HVG kann über den Betriebsfonds Aktivitäten zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung fördern. Dazu zählen die Züchtung sowie

die Einführung neuer Sorten: Die vom Hopfenforschungszentrum Hüll entwickelte „Herkules“ wurde 2006 zugelassen und ist laut HVG mittlerweile die weltweit am häufigsten angebaute Hopfensorte. Die LfL ist im Haus des Hopfens für Forschung und Entwicklung etwa von neuen Anbauverfahren zuständig. Das Hopfenforschungszentrum Hüll hatte 2012 fünf Aromasorten auf den Markt gebracht, die aufgrund ihrer vielseitigen Aromen nicht nur die Craft-Bier-Szene begeistern, sondern sich zudem als klimatolerant und krankheitsresistent behaupten und dabei weniger Dünger benötigen sollten. Doch die Anbauflächen der fünf Sorten sind zuletzt wieder zurückgegangen.

Die sektorale Förderung will die Modernisierung der Hopfenerzeugung unterstützen, beispielsweise durch die Entwicklung neuartiger Anbaumethoden. Gleichzeitig durchläuft der Hopfenanbau einen Strukturwandel. Die Zahl der Betriebe nimmt in Deutschland ab, die pro Betrieb bewirtschaftete Fläche steigt. Die Gesamtanbaufläche hingegen ist in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben. Hopfen wird für Jahrzehnte gepflanzt. Wenn Betriebe in Neuanlagen, Umstrukturierungen oder Bewässerungssysteme investieren, müssen sie finanz-

schwere Entscheidungen treffen. Gegebenenfalls müssen sie ihre Bewirtschaftungsweise überdenken. Die sektorale Förderung unterstützt die „Beratung der Hopfenpflanzer zur Nachhaltigkeit“. Als Beispiele werden etwa die LfL mit ihrem produktionsbegleitenden Beratungsservice zum Schaderreger Peronospora genannt sowie der „Hopfenring“. Diese Selbsthilfeeinrichtung der Hopfenpflanzer und Teil des Hauses des Hopfens könnte dazu beitragen, Nachhaltigkeitssysteme im deutschen Hopfenbau aufzubauen. Auch die Beratung zur Steigerung der Biodiversität in Hopfenanbaugebieten ist förderfähig. Die HVG trägt seit 2018 die Kosten für ein Projekt der LfL, das einen Maßnahmenkatalog dazu entwickeln will. Im Vordergrund steht, unproduktive oder Randbereiche der Anlagen dafür zu nutzen. ■

SERVICE

Zum Haus des Hopfens:
www.haus-des-hopfens.org
 Zur Hopfenforschung:
www.hopfenforschung.de
 Zur HVG:
www.hvg-germany.de

Für die Zukunft des Weinbaus

Der Weinbau prägt Regionen. Die fehlende Wirtschaftlichkeit steiler Lagen und der Klimawandel stellen ihn vor Herausforderungen. An praxisnahen Lösungen wird geforscht; bei deren Umsetzung kann Förderung helfen.

Von Anja Rath und Andrea Birrenbach

Weinreben mögen ein warmes Klima. In Deutschland finden sich Weinberge insbesondere an Rhein und Mosel: Laut Bundeslandwirtschaftsministerium liegen 63 Prozent der Rebflächen in Rheinland-Pfalz, 26 Prozent in Baden-Württemberg. Insgesamt gibt es hierzulande 13 Weinbaugebiete, in denen etwa 15 000 Betriebe wirtschaften. Die Zahl kleiner Unternehmen hat sich seit 2010 von rund 6 000 auf 3 600 im Jahr 2020 verringert, während die Zahl sehr großer Betriebe ab 20 Hektar zunahm; die Anbaufläche ist um rund 3 000 auf knapp 100 000 Hektar gewachsen. Im Jahr 2022 wurden auf insgesamt rund 103 000 Hektar Trauben für die Weinproduktion angebaut: Aus zwei Dritteln wurde Weißwein, aus einem Drittel Rotwein hergestellt.

Der Weinanbau ist arbeitsintensiv und auf gutes Wetter angewiesen. Ist es zu feucht, sind viele Rebsorten anfällig für Pilzkrankheiten – es besteht ein hoher Bedarf an Pflanzenschutz (siehe dazu auch Seite 23). Im Zuge des Klimawandels ist damit zu rechnen, dass langanhaltend ungünstige Wetterlagen oder Extremwetterereignisse zunehmen, die die Pflanzen schädigen. Gleichzeitig werden Weinanbauende nicht umhinkommen, sich mit dem Klimaschutz und dem Erhalt der biologischen Vielfalt auseinanderzusetzen. Wie gelingt es, den traditionellen Anbau zukunftsfähig weiterzuentwickeln?

Wieder quer anbauen

Noch bis in die 1950er-Jahre prägten kleine Weinfelder, viele in Terrassen angelegt, das Mittelrheintal. Im Zuge der Flurneueordnung richtete man sie in Falllinien, also entlang des Gefälles, aus, um die Effizienz zu erhöhen. Der Anbau an Steilla-

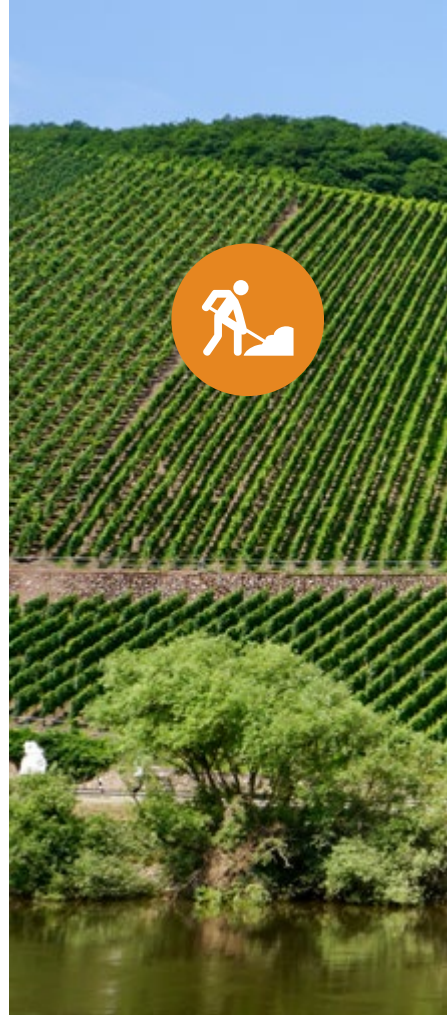
gen bleibt dennoch aufwendig: In den vergangenen 35 Jahren seien rund 40 Prozent der kleinen Weinberge am Mittelrhein aufgegeben worden, schreibt die Hochschule Geisenheim. Sie hat in dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderten Projekt „Biodiversität durch Querterrassierung im Steillagenweinbau“ (BioQuiS) Falllinien-Rebflächen von drei Weingütern in Querterrassen umstrukturiert und die ökologischen wie sozio-ökonomischen Auswirkungen untersucht. Für die teilnehmenden Betriebe habe sich die Umgestaltung gerechnet: Die Reben zu bearbeiten, ist leichter, egal ob per Hand oder Maschine, der Arbeitsschutz besser. Zudem konnten Folgen von Wetterereignissen abgemildert werden, etwa Erosion, Sonnenbrand oder Trockenstress. Ein weiteres Ergebnis: Terrassierte Steillagen sind zwar weniger rentabel als Hang- und Flachlagen, aber wirtschaftlich – und somit eine Perspektive für die Winzerfamilien. Mit dem Umbau sind Investitionen verbunden, die gefördert werden können. Rheinland-Pfalz unterstützt in der Sektorförderung die Querterrassierung mit bis zu 24 000 Euro je Hektar als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel und für den Schutz der Umwelt. Die im Rahmen von BioQuiS entstandenen, mit regionalem Saatgut begrüntem Böschungen entwickelten sich zu großflächigen und artenreichen Lebensräumen. Eine Schautafel aus dem Projekt macht am Rheinsteig auf die Bedeutung des Weinbaus für die Biodiversität aufmerksam.

Aufgabe für Kommunen

Auch an der Mosel gibt es einen Wanderweg – mit Schautafeln zum „Weinbau im Klimawandel“. Sie sind ein Ergebnis des kommunalen Leuchtturmprojekts „Mosel-AdaptiV“, das im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung an den

Klimawandel“ unterstützt wurde. Für viele kleine Städte in Weinbaugebieten stand Traben-Trarbach Modell. Die Stadt ist wirtschaftlich vom Weinbau und dem damit verbundenen Tourismus abhängig. Die Universität Trier hat die Verwundbarkeit des Weinbaus in der Region untersucht: Dort seien vor allem kleine, oft familiengeführte Betriebe tätig. Aufgrund unwirtschaftlicher Lagen und Personalmangels fehle vielen eine Entwicklungsperspektive. Klimaanpassung sei oft eine belastende Zusatzaufgabe: Auf Klimaereignisse oder neue Vorgaben reagierten viele Weinanbauende vor allem mit kurzfristigen technischen Anpassungen, scheuten aber vor einer strategischen Neuausrichtung und Investitionen zurück. Die Winzer der Mosel wollen den Rieslinganbau erhalten, doch die Wohlfühltemperatur dieser bislang dominierenden Weißweinsorte wird in vielen Lagen bereits überschritten. Trockenheit und Starkregen können neben den Reben auch touristische Infrastrukturen zerstören, was negative Folgen auf die Direktvermarktung der Weine haben kann.

Ein Ansatz und Fazit von MoselAdaptiV ist: Die strategische Klimaanpassung von Weinbauregionen ist eine kommunale Aufgabe. Sie ist allerdings bislang freiwillig





Was tun, um Falllinien-Rebflächen zukunftsfähig zu machen: in Terrassen umstrukturieren, neu bepflanzen oder in neuartige Technik investieren?

lig und stellt insbesondere kleine finanzschwache Kommunen vor Probleme. Das Projekt will mit übertragbaren Handlungsempfehlungen unterstützen. Ein Maßnahmenkatalog stellt steckbriefartig Optionen vor: von Zulassung und Anbau klimaangepasster Weißweinsorten sowie innovativer Bewirtschaftung etwa als solidarische Weinwirtschaft über die Verankerung von Klimaanpassung in der Bauleitplanung bis zu einem kommunalen Klima- und Fördermittelmanagement. Es werden Praxisbeispiele benannt sowie potenzielle Fördertöpfe, darunter auch LEADER.

Innovative Technik

Aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) fördert Rheinland-Pfalz Lohnunternehmen und Maschinenringe, die in Drohnen für den überbetrieblichen Einsatz in Weinbergs-teillagen investieren. Kosten von 10 000 bis 200 000 Euro werden zu 40 Prozent übernommen. Das Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Mosel hat im Sommer 2023 dazu eingeladen, eines der steuerbaren Flugobjekte bei seinem Einsatz zu erleben: Automatisch oder ferngesteuert kann es Pflanzenschutzmittel gezielt applizieren und Handarbeit oder

den Hubschrauber ersetzen, der großflächig und damit mehr sprüht. Eine Hürde: Die Genehmigung für eine Drohne zu erhalten, sei noch aufwendig.

Mit der Universität Koblenz und weiteren Partnern sucht das DLR im Projekt „Smarter Weinberg – 5G-Anwendungen in Europas steilsten Weinbergen“ nach technischen Wegen, um die Bewirtschaftung der landschaftlich wertvollen Weinberge bei Cochem an der Mosel zu erhalten. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr gefördert. Mithilfe des Mobilfunkstandards 5G sollen Robotik, künstliche Intelligenz und Sensortechnik die arbeits- und zeitintensive Handarbeit erleichtern. Die Vision: Daten etwa zu Temperatur, Luft- und Blattfeuchte werden vor Ort erfasst, in Echtzeit digitalisiert und vom klugen System verwaltet – für die Winzer sind alle Betriebsdaten ortsungebunden abrufbar; zur Pflege der Reben ist neben der Spritzdrohne ein Roboter unterwegs. Eine grundlegende Herausforderung wurde bereits deutlich: 5G ist in den Steillagen nicht überall verfügbar.

Viele Wege

Die „smarter Weinberg“-Prototypen müssen sich erst noch entwickeln, um zu förderfähigen Systemen zu werden. Die Bewässerung von Weinbergen wird bereits gefördert, denn der Bedarf steigt. Dabei gilt es, den Wasserhaushalt regional zu managen. Dynamisch ist zudem die Rebenzüchtung: Durch gezieltes Einkreuzen von Genen wenig schmackhafter, aber pilzresistenter amerikanischer Wildweine könnten europäische Weine widerstandsfähiger werden. Sie müssen aber ihren typischen Geschmack behalten, damit der Anbau eine Chance hat.

SERVICE

Zu den Projekten:

www.bioquis.de

www.mosel-adaptiv.uni-trier.de

www.smarter-weinberg.de

Zur Förderung in Rheinland-Pfalz

www.mwvlw.rlp.de/themen/weinbau/foerderung

www.dlr.rlp.de/Foerderung

Kollektiv Weinreben umbauen

Baden-Württemberg fördert die Anpflanzung von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten. Was es damit auf sich hat, weiß das „Piwi Kollektiv“, das den Kaiserstuhl zur europäischen Modellregion im Öko-Weinbau revolutionieren will.

Von Philipp Rottmann und Anja Rath

In Baden-Württemberg gibt es das „Biodiversitätsstärkungsgesetz“: Bis 2030 soll der chemisch-synthetische Pflanzenschutz um bis zu 50 Prozent reduziert werden. Das betrifft auch den Weinbau. Die politischen Ziele werden nur mit dem Anbau von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten (Piwi) erreichbar sein: Ihr Bedarf an Pflanzenschutz ist um bis zu 80 Prozent geringer als der etablierter Rebsorten.

Widerstandsfähigere Rebflächen

Piwi-Rebsorten züchtet etwa das Weinbauinstitut in Freiburg. Es forscht gemeinsam mit dem Piwi Kollektiv im Rahmen einer Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) an einer Methode, bestehende Rebflächen anzupassen. Die Neuanlage, also alte durch neue Reben zu ersetzen, ist in der Regel mit mehrjährigen Ertragsausfällen und Kosten von bis zu 60 000 Euro pro Hektar verbunden. Eine Umveredelung der vorhandenen Reben mittels des „Rösch-Verfahrens“ verspricht, nur ein Fünftel der Kosten zu verursachen. Winzer Dieter



„NOU Crémant“ und „NOU Secco“ im Handel: Weine aus Piwis

Rösch hat bisherige Veredelungsverfahren auf seinem Betrieb weiterentwickelt, das EIP-Projekt daraus einen Standard abgeleitet: Die neue Sorte wird während des Wachsens und Reifens der Vorsorte auf deren Rebstock gepfropft – im Folgejahr macht die neue Sorte bis zu 85 Prozent des Ertrags aus. Die Piwi-Rebsorten erleichtern zudem die Umstellung auf biologischen Weinanbau.

Umstellungshilfen

Der Großteil der Weinbaubetriebe Baden-Württembergs gibt die Trauben an Genossenschaften oder Kellereien ab. Zudem bewirtschaften rund 84 Prozent lediglich höchstens einen Hektar. Obwohl sie dafür aufgeschlossen sind, ist für diese Betriebe in der Bio-Bewegung kaum Platz, denn die Bio-Förderung gibt es erst ab einem Hektar Größe. Außerdem müssen alle Flächen eines Betriebs zertifiziert sein. Kosten und Aufwand dafür stehen in keinem Verhältnis zur Ernte. Die rund sechs Prozent der Bio-Flächen werden bislang hauptsächlich von Weingütern bewirtschaftet, die keltern und eigene Weine vermarkten. Das Piwi Kollektiv will Traubenerzeugenden mit kleinen Flächen am Kaiserstuhl, in der Ortenau und im Markgräflerland die Arbeit der Zertifizierung abnehmen.

Um für die Betriebe und deren Genossenschaften eine formale Grundlage zu schaffen, soll ein Verein gegründet werden, der die Piwi-Flächen bündelt, sich um Auditierung und Dokumentation kümmert und die Zertifizierungs-Kosten für kleine Betriebe übernimmt. Mittlerweile beteiligen sich mehr als 20 Weinanbauende. Das Ziel: Bis 2026 sollen über 50 Hektar Bio-Piwi-Rebfläche entstehen. So soll sich die erste Region Europas entwickeln, in der es kleinen Betrieben möglich ist, mit Teilflächen an der Bio-Bewegung teilzuhaben.

Vermarkten und beraten

Nach dem Vorbild von und in Kooperation mit Genossenschaften vermarktet das Piwi Kollektiv die Trauben als Schaumweine unter anderem über den Biofachhandel. Darüber hinaus berät es bei der Umstellung auf bio, der betrieblichen Neuausrichtung und der Anwendung der Umveredelungsmethode. Oder bei Neuanlagen – dafür wirft es auch einen Blick auf Fördergelder: Baden-Württemberg honoriert die Anpflanzung von Piwis im Rahmen einer Umstrukturierung. Wer beispielsweise Rebflächen mit Fahrbreiten von 1,80 Metern schafft, erhält dafür bis zu 19 000 Euro je Hektar – plus 1 000 Euro, wenn es Piwi-Reben sind.

KONTAKT

Philipp Rottmann
Piwi Kollektiv GmbH
Telefon: 0176 24688686
philipp@piwi-kollektiv.de
www.piwi-kollektiv.de



Effizient und mit Potenzial für Biodiversität

Die Universität Hohenheim hat untersucht, welche Vorteile die Struktur landwirtschaftlicher Genossenschaften mit sich bringt. Die Forschenden sehen Potenziale für Biodiversität.

Franziska Mittag arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Agrarmärkte an der Universität Hohenheim. Sie hat an einer Studie zur Bedeutung der baden-württembergischen Genossenschaften in Bezug auf Nachhaltigkeit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit im Agrar- und Ernährungssektor mitgewirkt. <https://marktlehre.uni-hohenheim.de>

„Landwirte wünschen sich einen langfristigen Planungshorizont.“

„Frau Mittag, wie sinnvoll ist es für die Förderung der Sektoren Obst und Gemüse, Wein und Hopfen, dass viele Betriebe in Genossenschaften zusammengeschlossen sind?“

Wenn etwas für einen einzelnen Landwirt zu aufwendig oder zu teuer ist, dann kann eine gemeinschaftliche Herangehensweise eine Lösung sein. Die Sektorförderung zielt auf die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen sowie auf eine Förderung des Produktabsatzes und der Absatzkommunikation ab – das sind ebenfalls die Kernziele genossenschaftlicher Kooperation. Die Sektorförderung will zudem bewirken, dass Beratung, Forschung und Entwicklung unterstützt werden. Auch da lassen sich Gemeinsamkeiten zu genossenschaftlichen Zielen erkennen: Die Genossenschaften sind daran interessiert, Wissensaustausch zwischen ihren Mitgliedern zu fördern und Innovationen voranzutreiben. So zeigt sich, dass die Sektorförderung gerade die stark genossenschaftlich organisierten Sektoren Obst, Gemüse, Wein und Hopfen stärken kann. Die Genossenschaft kann dabei als übergeordnete Institution, also als administrative Einheit, fungieren. Dadurch sind weniger Akteure in den Verwaltungsprozess eingebunden, was die Mittelvergabe für die Verwaltungsbehörden effizienter macht.

Teil der europäischen Förderpolitik ist, die biologische Vielfalt zu erhalten. Sie sehen dafür in der Struktur der Genossenschaften zusätzliches Potenzial. Worin?

Genossenschaften und ihre Betriebe könnten zu mehr Vielfalt beitragen. In Baden-Württemberg organisieren sich vor allem kleine landwirtschaftliche Betriebe genossenschaftlich, die ihre Flächen mit vielen verschiedenen Kulturen bewirtschaften, was an sich schon die Biodiversität fördert. Sie finden jedoch, dass ihre Bemühungen nicht ausreichend honoriert werden. Deshalb haben wir anhand eines Punktesystems der Bodenseestiftung untersucht, wie eine marktorientierte Honorierung aussehen könnte: Ein Einzelbetrieb bekommt für Biodiversitätsmaßnahmen Punkte und wird zertifiziert, sodass seine Produkte am Markt einen höheren Preis erzielen können. Wenn alle Erzeuger einer Genossenschaft in einer Region ihre Flächen aggregieren, können so ausgedehnte biodiversere Naturverbundräume entstehen, ähnlich wie Biotop-Verbünde. Eine andere Möglichkeit ist die Gründung von Biodiversitäts-Genossenschaften: Landwirte schließen sich darin mit dem Ziel zusammen, für mehr ökologische Vielfalt zu sorgen und produzieren so Biodiversität als Gut.

Wie stehen landwirtschaftliche Betriebe und Genossenschaften zur Idee, sich für mehr biologische Vielfalt zu engagieren?

Die landwirtschaftlichen Betriebe sehen Potenziale in einer stärker auf Biodiversität ausgerichteten Erzeugung, sagen aber, sie brauchen einen langfristigen Planungshorizont, damit sie wissen, welche Maßnahmen sie in ihren Betriebsablauf integrieren sollen. Die derzeitigen Vorgaben der Politik zur Umsetzung biodiversitätsfördernder Maßnahmen finden sie zu schwammig. Bei der von uns durchgeführten Studie zeigten sich vor allem kleinstrukturierte Nebenerwerbsbetriebe vom marktorientierten Punktesystem begeistert. Auch die Geschäftsleitungen der befragten Genossenschaften waren offen dafür. Hingegen äußerten sich große Marktfruchtbetriebe und Betriebe mit intensiver Viehhaltung kritisch. Sie befürchteten, dass sich eine Konkurrenz zwischen den Flächen für Marktfrüchte und den für die Futterproduktion entwickelt, weil sich für Futter auf dem Markt auch bei nachhaltiger Wirtschaftsweise keine höheren Preise erzielen lassen. Ich denke dennoch, dass die Sektorförderung die Potenziale genossenschaftlicher Strukturen hinsichtlich der Thematik Biodiversität stärker fokussieren und nutzen könnte.

Frau Mittag, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Andrea Birrenbach.

Wandern und wundern

Durch den Naturpark Hoher Fläming im Südwesten Brandenburgs erstreckt sich ein Kunstwanderweg. Seit vergangenem Jahr können Wandernde dort auch virtuelle Werke erleben.

Von Stefan Ratering

Mit seinen in die sanfte Landschaft integrierten Kunstwerken gehört der „Internationale Kunstwanderweg“ zu den touristischen Hauptattraktionen des Naturparks Hoher Fläming. Seit 2007 verbindet die Route auf rund 37 Kilometern den Heil- und Kurort Bad Belzig mit dem beschaulichen Wiesenburg/Mark. Dort führt sie jeweils an den Bahnhöfen vorbei, sodass Touristen aus Berlin und Dessau, die mit dem Zug anreisen, direkt auf den gut ausgeschilderten Kunstwanderweg gelangen.

Die Idee zu dieser Kunstroute stammt aus einer Diplomarbeit im Fach Landschaftsarchitektur. Mit LEADER-Mitteln und Fördergeldern des Landkreises Potsdam-Mittelmark setzte der Naturparkverein Hoher Fläming sie in mehreren Förderprojekten schrittweise um: Im Jahr 2007 wurden im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs zehn Kunstwerke aufgestellt, gefolgt von zwölf weiteren, die 2010 nach einem internationalen Aufruf entstanden. Der erste Wettbewerb galt der nördlichen Route und forderte die Teilnehmenden dazu auf, Werke zu gestalten, die sich mit der Natur oder Kultur des Flämings auseinandersetzen. Der zweite Wettbewerb rief im 850. Jubiläumsjahr der Besiedlung des Flämings durch Menschen aus Flandern und Norddeutschland Kunstschaffende aus dem historischen Gebiet der Flamen, heute Belgien und Niederlande, sowie dem heutigen deutschen Fläming auf, die Südroute zu gestalten.

Neue digitale Möglichkeiten

Seitdem erfreut sich der Kunstwanderweg wachsender Beliebtheit und weitere einzelne Kunstwerke kamen über die Jahre hinzu. Vor allem in der zweiten Hälfte der 2010er-Jahre wurde eine neue Kunstsparte, die sich mit digitalen Medien beschäftigt, präsentiert. „Kunst ist schon längst nicht mehr nur analog, sondern zunehmend digital“, so Micaela Cecchinato, Kuratorin des Kunstwander-



„Synthesis“: Das dynamische Kunstwerk wird beim Blick aufs Smartphone sichtbar – inklusive derjenigen, die sich gerade auf der Wiese befinden.

wegs XR. Während der „Kreativsaure Hoher Fläming“, einem Wissensfestival, das jährlich direkt am Kunstwanderweg stattfindet, entstand die Idee, diese „neue“ Kunst auch auf den Kunstwanderweg zu bringen: Eine rein digitale Route mit dem Namen „Kunstwanderweg XR“ sollte ihn erweitern. Auf diesem Abschnitt sollte Kunst zu sehen sein, die mit der Technik der Augmented Reality (AR), englisch für „Erweiterte Wirklichkeit“, arbeitet. Auf den Kunstwanderweg übertragen heißt das, dass beim Blick durch die Kamera des Smartphones oder des Tablets nicht nur die natürliche Umgebung zu sehen ist, sondern zusätzlich ein digitales Kunstwerk. „Diese digitale Kunst eröffnet neue Möglichkeiten des Kunst-erlebens: Das Kunstwerk muss nicht statisch sein, sondern kann sich bewegen und verändern“, so Cecchinato.

Dank einer Förderung des brandenburgischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) als Teil der Reaktion der EU auf die Corona-Pandemie konnte 2023 diese Idee umgesetzt werden. Im Rahmen eines internationalen Wettbewerbs wurden fünf Kunstschaffende aus Deutschland, Schweden und dem Iran von einer Jury ausgewählt. Neben einem Preisgeld erhielten die ausgezeichneten Personen die Möglichkeit eines vierwöchigen Arbeitsaufenthalts, um vor Ort ihr Kunstwerk zu entwickeln. Während dieser Zeit lebten die fünf Kunstschaffenden in einem Coworking-Gutshaus direkt am Kunstwanderweg, konnten die vorgesehene zehn Kilometer lange Route erwandern, sich von der Natur und Kultur des Hohen Flämings inspirieren lassen und

eine passende Stelle für ihr Kunstwerk aussuchen. Um die Wettbewerbsgewinner mit dem Hohen Fläming vertraut zu machen, wurden thematische Fachexkursionen, Vorträge und Workshops mit regionalen Fachleuten organisiert. So fanden zum Beispiel botanische Wanderungen statt, da sich eine Künstlerin mit dem Thema invasive Pflanzen beschäftigte. Weil sich eine andere Künstlerin den Schlosspark Wiesenburg als Standort aussuchte, gab es außerdem historische Führungen.

Nach dieser Inspirationsphase folgten weitere sechs Monate, in denen die Kunstschaffenden ihre Ideen digital umsetzten. Entstanden sind dabei fünf Kunstwerke. Allen ist gemeinsam, dass sie sich bewegen und man sie von allen Seiten betrachten kann, indem man um sie herumläuft oder auch durch sie hindurchgehen kann. Einige sind zusätzlich akustisch.

Eines der Kunstwerke ist das fußballplatzgroße Werk „Synthesis“ auf einer riesigen Wiese, auf der sich beim Blick durch das Display eine monumentale, sich ständig bewegende und verändernde Traumlandschaft entfaltet, die begehbar ist. Ein anderes Werk mit dem krypti-

schen Namen „SOBH“ verändert sich bei jedem neuen Gast. Immer wenn es durch ein Handydisplay zum Leben erweckt wird, wächst es, neue Details kommen hinzu und es wird bunter und größer. Irrendwann kehrt es wieder in seinen Ausgangszustand zurück und der Prozess beginnt von vorn. Macht man sich auf den Weg zu diesem Kunstwerk, kann man also nie wissen, in welchem Stadium das Werk sich gerade befindet.

Da der Kunstwanderweg XR auf einer Route verläuft, auf der bereits sechs analoge, also reale Kunstwerke stehen, sollten auch diese Werke in die digitale Welt integriert werden. Die sechs Kunstschaffenden, die die analogen Werke geschaffen haben, wurden deshalb zu Hause besucht und gescannt, um von ihnen Avatare herzustellen. Diese lebensgroßen Avatare sind nun dank der AR-Technologie direkt neben den Werken am Wanderweg zu sehen und berichten über sie. Einige Künstlerinnen aus Belgien wurden synchronisiert, von anderen ist die Originalstimme zu hören.

Wie die Technik funktioniert

Um den Kunstwanderweg XR virtuell erleben zu können, ist die kostenlose Bad Belzig App nötig. Darin lädt man die

Kunstwerke und Avatare als Dateien herunter und kann sich auf den Weg begeben. Die App navigiert von Kunstwerk zu Kunstwerk. An den Kunst-Standorten stehen kleine Holzpfosten mit QR-Codes und Markern zum Scannen, wodurch die Kunstobjekte und Avatare automatisch starten. An den Startpunkten des Wegs, dem Bahnhof Wiesenburg/Mark und dem Ort Klein Glien, stehen große Holzportale, auf denen die Technik erklärt wird. Die Portale haben kleine Photovoltaikanlagen, die Strom für ein WLAN erzeugen, damit die kostenlose App und die Kunstwerk-Dateien leichter vor Ort heruntergeladen werden können, beides geht genauso von zu Hause aus.

Die Resonanz der Gäste auf die neue Route ist sehr positiv. Auch in der touristischen Fachwelt stößt das Projekt auf großes Interesse, gab es doch bislang in Brandenburg kein derartiges Angebot. Man kennt virtuelle Kunst zwar aus der Stadt, aber im ländlichen Raum gibt es sie kaum – für viele Gäste auf der Route ist sie ein neues Erlebnis. Dabei kann es auch interessant sein, anderen beim Betrachten der virtuellen Kunst zuzusehen: Ein Gast berichtete, wie amüsant er es fand, seine Begleitung mit dem Handy vor den Augen über eine scheinbar leere Wiese hin und her laufen zu sehen. Es gibt auch Kritik an der Technik: Wenn das eigene Smartphonemodell oder die darauf laufende Software zu alt ist, kann die neue AR-Technologie nicht verarbeitet werden. Auf der Projektwebsite gibt es deswegen eine Liste, die aufzeigt, welche Handys geeignet sind.

Der Naturparkverein Hoher Fläming hat Ideen für die Zukunft: Einige analoge Kunstwerke erreichen demnächst ihr natürliches Ende und müssen abgebaut werden. Dank AR-Technologie könnten sie digitalisiert werden und virtuell wieder auferstehen. ■



Die Künstlerin Silke de Bolle erklärt als Avatar ihr Kunstwerk.

SERVICE

Zu den Kunstwanderwegen:
www.kunstwanderweg.de

KONTAKT

Stefan Ratering
Naturparkverein Hoher Fläming e. V.
Naturparkzentrum Hoher Fläming
Telefon: 033848 60361
info@flaeming.net
www.flaeming.net

Zukunftsfähig weiterentwickeln

In der LEADER-Region Bocholter Aa wird das Miteinander großgeschrieben. Hier liegt sprichwörtlich an jeder Milchkanne Glasfaser, die Orte sind ländlich, die Wege weit.

Von Anja Rath

Acker, Wiesen, Weiden und Gewässer, eingebettet Orte mit Häusern aus rotem Backstein – willkommen im Münsterland: In seinem Westen liegt die LEADER-Region Bocholter Aa. Benannt ist sie nach dem Flüsschen Aa, das die fünf Kommunen Isselburg, Bocholt, Rhede, Borken und Velen verbindet. Die urbane Kernstadt Bocholts ausgenommen, arbeiten die Kommunen seit 2007 über LEADER zusammen. „Wir sind jetzt so lange dabei, dass wir wissen, wie das funktioniert“, sagt Mechtild Schulze Hessing. Sie ist die Bürgermeisterin der Stadt Borken und derzeitige Vorsitzende der Lokalen Aktionsgruppe (LAG). Die Kommunen haben sich darauf verständigt, dass stets eine von ihnen den Vorsitz innehat. „LEADER bietet eine gute Grundlage, um unsere Region nach vorne zu bringen.“

Nicht stehen bleiben

Ein Beispiel ist das „Schaufenster der Wirtschaft“ in Rhede: In einer wiederhergerichteten und mittlerweile als Ausgangspunkt für Stadtführungen betriebenen alten Remise gibt es Produkte lokaler Erzeuger zu kaufen, die die Region repräsentieren. Das Geschäft über LEADER ins Leben zu rufen, war 2019 eine Aktion zur Revitalisierung der Innenstadt. Betrieben wird es von der Verkehrs- und Werbegemeinschaft, die dazu als zentraler Ansprechpartner für Bürgeranliegen mit ihren Geschäftsräumen in das alte Gebäude umgezogen ist.

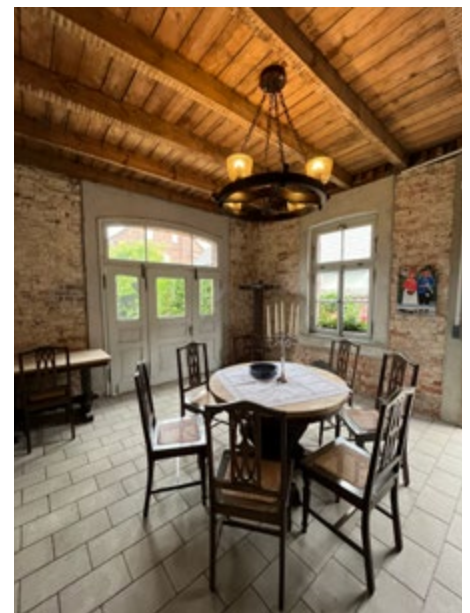
Um lebenswert zu bleiben, muss die Region Schritt halten können mit gesellschaftlichen Veränderungen, so steht es in der Regionalen Entwicklungsstrategie für die Jahre 2023 bis 2029. Und auch, dass die Menschen vor Ort mit Offenheit, Gestaltungsfreudigkeit, einem hohen privaten Engagement und ausgeprägtem Willen für Veränderungen dazu beitragen.

Nachbarschaften und Vereine unterstützen

„Bescheidene Kleinprojekte sind typisch für unsere Region – wie Bänke vor Vereinen oder Museen aufzustellen, um dazu einzuladen, zu verweilen und sich zu begegnen“, sagt Celina Bomers, die Regionalmanagerin. Zum Miteinander tragen auch die multifunktionalen Schutzhütten bei, die Nachbarschaften und Vereine vielerorts an Knotenpunkten von Wegen aufgestellt haben. Derartige Infrastrukturmaßnahmen unterstützt die LAG mit bis zu 20 000 Euro aus dem Programm „Kleinprojekte“ mit Mitteln ihres Regionalbudgets, das im Rahmen der Gemeinschaftsausgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes aus Bundes- und Landesmitteln gefördert wird. Das Angebot werde rege wahrgenommen. „Ich finde es sehr gut, dass das Programm aufgelegt wurde. Denn so können wir mit einem beherrschbaren bürokratischen Aufwand Menschen dabei unterstützen, ehrenamtlich etwas zu bewegen“, sagt Schulze Hessing.

Wie die Jugendgruppe des Fischereivereins Gemen-Burlo-Gelsenkirchen e. V.: Sie hat das Umfeld des von der Kommune errichteten Regenrückhaltebeckens ökologisch vielfältig gestaltet. Mithilfe der Kleinprojektförderung wurden Lehrtafeln und Hinweisschilder angeschafft, die nun auf sich ansiedelnde Arten wie Molche hinweisen. „Das Engagement der Jugendlichen war für mich ein Highlight. Die Gruppe hat dafür einen Preis beim ZDF gewonnen und das Preisgeld dann in Obstbäume investiert“, sagt die Bürgermeisterin. Das Thema „Junge Menschen einbinden“ ist der LAG wichtig.

Orte zum Zusammenkommen: im Rahmen eines Kleinprojekts gebaute Hütte im Bürgerpark Bocholt-Biemenhorst, Innenraum der revitalisierten Remise in Rhede





„Wir wollen die Lebensqualität erhalten und weiterentwickeln. LEADER hilft uns, Veränderungen bewusst zu machen und Menschen zu mobilisieren.“

Mechtild Schulze Hessing,
Bürgermeisterin der Stadt Borken

Bunter, vielfältiger

Aus EU-Töpfen stehen für die kommenden Jahre insgesamt 2,7 Millionen Euro zur Verfügung. Sie sollen dazu beitragen, den Wandel von Klima, Umwelt, Technologien und Gesellschaft in eine regionale Dynamik und ein starkes Miteinander umzusetzen. Die Basis dafür ist gut: Sowohl bei den Themen Wohnen und Arbeiten als auch Versorgung ist die Region solide aufgestellt. Der Anteil der Beschäftigten ist von 2016 bis 2020 um 25 Prozent gestiegen. Das Thema Fachkräftesicherung war und ist für die regionale Wirtschaft allerdings ein dringliches. Die einst von der Textilindustrie geprägte Region hat einen Strukturwandel durchlaufen. Heute sind dort viele kleine, mittelständische und oft von Familien geführte Unternehmen ansässig. „Das Münsterland wird wegen seiner Branchenvielfalt als Tausendfüßler bezeichnet“, so Schulze Hessing. Auch die Gesellschaft werde etwa durch den Zuzug von Geflüchteten bunter, Familienbilder seien heute vielfältiger. „Es gibt viele Veränderungen, etwa auch die Digitalisierung: Wir sind flächendeckend mit Glasfaser ausgestattet. Wir haben hier zudem eine der höchsten Kinder-Betreuungsquoten in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen die Lebensqualität erhalten und weiterentwickeln. LEADER hilft uns, Veränderungen bewusst zu machen und Menschen zu mobilisieren.“

Zukunftsfähige Orte

Im Fokus dieser Förderperiode stehen die Orte als Wohn- und Lebensmittelpunkte. „Bei uns sind die Wege weit. Wir wollen die Mobilitätswende voranbringen und dafür sorgen, dass Menschen in den Orten altwerden können“, sagt Schulze Hessing. Regionalmanagerin Bomers ist aufgefallen, dass es Älteren, die mit Projektideen zum Regionalmanagement kommen, wichtig sei, Orte so zu entwickeln, dass sie auch für Junge attraktiv sind, um Bleibeperspektiven zu schaffen. „In der Region Bocholter Aa spielen Kooperation und regionale Zusammenarbeit eine große Rolle“, sagt die Regionalmanagerin. Die LAG achte darauf, dass die Förderung gut auf die Region verteilt wird, ergänzt Schulze Hessing. „Wir dürfen auch ausdrücklich abgucken, wenn jemand eine gute Idee hat.“ Und es gibt Gemeinschaftsprojekte: Eins davon ist, Veränderungen der Landwirtschaft zu begleiten.

Transformationsbedarf

Über 80 Prozent der Landschaft in der Region sind Nutzflächen. „Die Landwirtschaft befindet sich weiterhin im Strukturwandel. Das ist ein mittel- bis langfristiger Prozess und wir unterstützen mit LEADER“, so Schulze Hessing. Etwa

mit einem Projekt im Spinat-Vertragsanbau, der in der Region intensiv betrieben wird. „Die Landwirtschaftskammer hat mit dem Konzern, für den der Spinat angebaut wird, nach optimierten Düngungsverfahren gesucht, um die Einträge von Nitrat zu reduzieren.“ Ein Schwerpunkt der LEADER-Region ist die Biodiversität. „Wir haben Landwirtschaft, Naturschutz und andere Beteiligte zusammengebracht, um Verständnis füreinander zu schaffen und dies mit Aktivitäten für Biodiversität zu verknüpfen.“

In der vergangenen Förderperiode waren Landwirte als „Bauernhofbotschafter“ in Schulen unterwegs, um am Image der Branche zu arbeiten. Die LAG will nun verstärkt dazu beitragen, dass sie sich ökologischer ausrichtet. Dabei sollen Kooperationen helfen, etwa die in der „Regionalwert AG Münsterland“: 2021 wurde sie von der LEADER-Region Bocholter Aa mit weiteren vier LEADER- und drei VITAL-Regionen, die Nordrhein-Westfalen damals aus Landesmitteln förderte, gegründet. Seit 2022 ist das Münsterland zudem als „Ökomodellregion“ anerkannt. Die LAG an der Aa will über die Zusammenarbeit Absatzmöglichkeiten für regional erzeugte Bio-Produkte erschließen und so die Betriebe zur Umstellung motivieren.

Nachhaltig wirtschaften

Klima- und Ressourcenschutz, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden, ist eines der großen Ziele der Region. Sie baut dabei auf Erfolge von Projekten auf, wie dem „E-Carsharing für Wohngebiete“, einem Beratungskonzept Klimafolgenanpassung für Eigentümer und dem von den Kommunen gemeinschaftlich geschaffenen grünen Korridor zum Schutz der Biodiversität. Um zukunftsfähig zu sein, dürfen Kultur und Freizeit nicht fehlen: Das westliche Münsterland ist Radfahrland. Es gibt vielfältige touristische Angebote, zu denen auch die LEADER-Region beigetragen hat. Auch wer sich für das Wandern interessiert, findet eine Broschüre – und im Downloadbereich der Website zudem Handreichungen und Hilfestellungen dazu, wie die LAG die LEADER-Prozesse umsetzt. ■

KONTAKT

Celina Bomers
LEADER-Region Bocholter Aa – Geschäftsstelle
Telefon: 02561 917169-2
regionalmanagement@leader-bocholter-aa.de
www.region-bocholter-aa.de

180 Pferdeäpfel im Tank



Flüssiggas-Tankstelle und CNG-Traktor der Familie Königs

Die Idee der Bundesregierung, die steuerliche Begünstigung von Agrardiesel abzubauen, hat vielerorts Proteste hervorgerufen. Landwirt Daniel Königs aus Neuss ist nicht auf Diesel angewiesen, sondern fährt mit Bio-Methan aus Pferdemit. Damit schafft er neue Wirtschaftskreisläufe – das ist aber mit Aufwand verbunden.

Von Anja Rath

Seit drei Generationen bewirtschaftet die Familie Königs den Schelmrather Hof in der Region Neuss in Nordrhein-Westfalen. Auf rund 110 Hektar baut sie Getreide, Zuckerrüben und Gemüse an; seit 2006 zudem Silomais: als Substrat für ihre Biogasanlage, die nach dem damaligen technischen Standard auf die Vergärung von nachwachsenden Rohstoffen ausgerichtet war. Über zehn Jahre speisten Betriebsleiter Herbert Königs und ein Berufskollege ihr Biomethan in das Erdgasnetz der Stadt Neuss ein; deren Blockheizkraftwerk versorgt die Bäder der Stadt, die Eissporthalle sowie eine industrielle Mühle mit Strom und Wärme. „Die Stadtwerke haben bei den Gesprächen über eine Verlängerung der

Vereinbarung eine niedrigere Vergütung angeboten. Deshalb haben wir einen neuen Abnehmer gesucht“, sagt Daniel Königs.

Neues Konzept

Er hat im Jahr 2021 die Nachfolge auf dem Schelmrather Hof angetreten, im Folgejahr die des geschäftsführenden Gesellschafters beim Biogasbetrieb. „Seitdem entwickle ich gemeinsam mit meinem Vater die Biogasanlage weiter.“ Mit der Königs Pflanzenergie GmbH & Co. KG erzeugen Herbert und Daniel Königs nun ein neues Produkt. In der Biogasanlage werden organische Materialien zu Rohbiogas vergoren; scheidet man Stoffe wie CO₂, Wasser und Schwefel davon ab, lässt sich Biomethan erzeugen. „Damit kann

man nicht nur Erdgas ersetzen, sondern auch Fahrzeuge antreiben“, sagt Daniel Königs. An der betriebseigenen Tankstelle wird durch Komprimieren aus dem Biomethan der Kraftstoff „Compressed Natural Gas“ (CNG). Der ist in Deutschland noch nicht weit verbreitet. Laut Branchennetzwerk Zukunft Gas gab es Ende 2023 etwa 700 CNG-Tankstellen. „Es gibt nur wenige CNG-Tankstellen in Deutschland. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, selbst die Infrastruktur auszubauen“, sagt Königs. Auf dem Schelmrather Hof stehen zwei Schlepper mit CNG-Antrieb der Firma New Holland, die bislang als einziger Landmaschinenhersteller einen Traktor serienmäßig damit ausrüstet. Sie sind in der Anschaffung teurer als vergleichbare Maschinen

mit Dieselantrieb. Aus Königs Sicht geht die Rechnung dennoch auf, weil ihn die CNG-Traktoren mit ihrem Verbrauch und der Klimabilanz überzeugen. Ausschlaggebend sei für ihn der Umweltschutz gewesen. Eine Gegenüberstellung gibt es online: Für den YouTube-Kanal „Land schafft“ der WDR-Lokalzeit hat Königs mit Berufskollegin Marie Hoffmann ein CNG- versus Dieseltrecker-Rennen veranstaltet.

Weil die alte Biogasanlage für nachwachsende Rohstoffe ausgelegt war, benötigt sie pflanzliche Fasern. Die Königs nutzen dafür zu etwa einem Drittel Silomais und arbeiten kontinuierlich daran, den Prozess technisch weiterzuentwickeln. „Wir wollen den Betrieb von Anbaubiomasse auf Abfallbiomasse umstellen.“ Mit Erfolg: Königs füttert die Anlage mittlerweile zu 60 Prozent mit Pferdmist. Davon gibt es in der Region Neuss viel. „Im Umkreis rund um unseren Hof stehen rund 1 000 Pferde und es fällt kontinuierlich Pferdmist an. Wir wollen Stoffe verwerten, die eh da sind.“ Ein Land.schafft-Video stellt das Konzept vor: Pro Tier und Tag fielen zwischen 20 und 40 Kilogramm Mist an. Daraus lasse sich genug CNG produzieren, um mit einem Kleinwagen rund 50 Kilometer weit zu fahren, rechnet Königs. Der Motor seines Traktors hat 180 Pferdestärken: Um ihn vollzutanken, benötigt er den Mist von etwa 40 Pferden, insgesamt etwa 1,7 Tonnen. Daraus lassen sich rund 80 Kilogramm CNG erzeugen und er kann damit bis zu fünf Stunden aufs Feld. Pro Jahr vergärt Königs rund 14 000 Tonnen.

Bedingt übertragbar

Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) sieht in der energetischen Verwertung von Wirtschaftsdüngern ein großes Potenzial. Im Jahr 2022 gab es etwa 8 600 Biogasanlagen in Deutschland. Knapp 50 Prozent machten tierische Exkrememente am Substrat aus. 75 Prozent des Biomethans wurden für die Erzeugung von Strom und etwa zehn Prozent für die von Kraftstoff genutzt. Die FNR listet Mengenanteile der Wirtschaftsdünger auf, die bislang vergoren werden: Pferdemist liegt unter einem Prozent. Ihn zu vergären, stellt Königs vor technische Herausforderungen. „Pferdemist ist viel trockener als etwa Mais und er kann viele Störstoffe wie Kordeln, Halfter, Hufeisen, Folien, Werkzeug und Steine enthalten.“ Um ein ausgewogenes Gärsubstrat zu erhalten, fügt Königs bis zu zehn Prozent Hühnermist und Gülle hinzu.

Für das CNG braucht er Speicher. Laut Branchenplattform www.erneuerbar-tanken.de benötigt man für CNG etwa das Fünffache des Tankvolumens von Flüssigkraftstoffen – einer der Gründe, warum in den vergangenen Jahren Bio-CNG in der Landwirtschaft eher eine geringe Rolle gespielt habe. Die Biogasanlage der Königs hat mittlerweile eine Kapazität von rund 1,3 Megawatt elektrischer Leistung, das entspricht etwa 1,8 Millionen Liter Dieseläquivalenten pro Jahr. Mit dem Speichervolumen sind Auflagen und Pflichten verbunden: „Ab einer bestimmten Größe benötigt man eine Sondergebietsausweisung, das ist mit einem eigenen Mini-Gewerbegebiet vergleichbar.“ Anwohnende erhalten dann etwa Einspruchsrechte. „Überschreitet man die Grenze von 10 000 Kilogramm brennbarer Gase, fällt der Betrieb in die sogenannte Störfallordnung. Man wird mit Industrieanlagen wie Bayer oder BASF gleichgestellt. Das zieht ent-

sprechend hohe Auflagen, regelmäßige Prüfungen und enorm viele Unterlagen und Dokumente nach sich.“ Die Königs lassen sich davon nicht abschrecken. „Wir stehen quasi noch am Anfang und entwickeln uns permanent weiter.“ Bislang wird das in der Anlage abgespaltene CO₂ an die Atmosphäre abgegeben. Verflüssigt könnte Königs es an die Lebensmittelindustrie liefern. „Wir planen deshalb aktuell eine CO₂-Verflüssigungsanlage. Das ist ein neuer Bereich, der sich in die Wertschöpfung integrieren lässt.“ Was aus Investitionssicht richtig oder falsch ist, könne er erst in zehn Jahren beurteilen. „Es gibt ja nicht nur den einen Weg, sondern viele verschiedene, die ich noch nicht alle kenne.“

Wertschöpfung rund um Schelmrath

Den Mist für seine Biogasanlage holt Königs via Wechselcontainer vom Pferdehof. Mit jedem Betrieb trifft er individuelle Vereinbarungen. „Ohne eigene Landwirtschaft müssen die Höfe den Pferdemist im Grunde entsorgen.“ Da Pferdemist sehr heterogen sei, sei er als Wirtschaftsdünger schlecht geeignet. Durch die Vergärung ändere sich das. „Der Gärrest ist homogen, zerkleinert und sehr gut dosierbar, im Grunde ist der Prozess eine Düngeaufbereitung.“ Damit schließen sich Kreisläufe: Den Gärrest, den er nicht auf seinen eigenen Feldern ausbringt, stellt Königs den Pferdehöfen und anderen Abnehmenden aus der Umgebung zur Verfügung. Überschüssiges Gas gehe über das öffentliche Gasnetz in die Versorgungskreisläufe. Primär diene das CNG aber dafür, die Tankstelle zu speisen. Sie werde gut angenommen – vom Schwerlastverkehr. „Die Produktion von CNG-PKWs wurde nahezu eingestellt. Bisher gibt es nur meine beiden zwei CNG-Traktoren in Nordrhein-Westfalen, aber in Zukunft werden es mehr werden.“

Ausgezeichnet:
Der Fachverband Biogas hat die Biogasanlage der Königs zur Anlage des Jahres 2023 gekürt – Daniel Königs präsentiert die Urkunde.



SERVICE

Zu den YouTube-Beiträgen der WDR-Lokalzeit: www.youtube.com/@wdrlokalzeitlandschaft > Suche: Marie Hoffmann CNG

KONTAKT

Daniel Königs
Königs Pflanzenenergie GmbH & Co. KG
info@koenigs-biogas.de
www.koenigs-biogas.de



Bio-Brot aus der Region

Bäckermeister
Nils Müller

Im Harz hat sich eine Genossenschaft rund um Brot gegründet. Das in der Region angebaute Bio-Getreide wird auch dort gemahlen und von einem Bäcker zu Brot verarbeitet. Mittlerweile gibt es zahlreiche Verkaufsstellen in der Region.

Von Detlef Vollheyde und Antje Radcke

September 2019. Im Kreishaus des Landkreises Goslar tagt die Arbeitsgruppe „Öko-Modellregion“ und brütet über dem Bewerbungskonzept, das demnächst beim Land Niedersachsen eingereicht werden soll. Konkrete Projekte sind gefragt – Projekte, die den Landkreis ökologisch nach vorn bringen, Wertschöpfungsketten für Produkte aus ökologischer Landwirtschaft schaffen und die Menschen für die Bio-Landwirtschaft begeistern.

Gerade wird an der Ausformulierung des Projekts „Regionales Bio-Mehl für regionale Backwaren“ gefeilt. Man einigt sich auf: „Künftig soll mehr ökologisch erzeugtes Getreide in der Region verarbeitet und vermarktet werden. Dazu soll das Mehl in einer der regionalen Mühlen gemahlen und durch lokale Bäckereien weiterverarbeitet werden.“ Dieser Ansatz im Rahmen des Gesamtkonzepts überzeugt auch das Niedersächsische Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung: Der Landkreis Goslar erhält ab 2020 eine Förderzusage für drei Jahre als Öko-Modellregion, inzwischen wurde sie bis 2025 verlängert.

Als mit Antje Radcke eine Projektmanagerin für die Öko-Modellregion an Bord ist, trifft sich die Arbeitsgruppe „Regionales Bio-Mehl für regionale Backwaren“. Die Stimmung ist verhalten. Erste Gespräche mit den konventionellen Bäckereien vor Ort verlaufen nicht erfolgversprechend: Die Bäckerei auf bio umstellen? Bio zusätzlich anbieten? Das wäre zu aufwendig.

Detlef Vollheyde, ein seit Jahrzehnten überzeugter Bioland-Landwirt, stellt der Runde schließlich eine einfache Frage, die einen Stein ins Rollen bringt: „Warum gründen wir nicht selbst eine Bio-Bäckerei?“ Zunächst überwiegt die Skepsis: Eine Nummer zu groß, die Mühle ist nicht bio-zertifiziert, wer soll das finanzieren, wo sollen wir einen geeigneten Bäckermeister oder eine -meisterin herzaubern? Letztlich aber überzeugt Vollheydes Vision die Gruppe und die Planung beginnt.

Landwirtschaft ist schnell im Boot

Die Bio-Landwirte aus dem Harz sind schnell gewonnen. Die Aussicht darauf, einen Teil ihres Getreides als hochwertige Backwaren auf den Tellern in der Region wiederzufinden, besticht. Um die Planung auf eine solide Basis zu stellen, gibt der Landkreis zunächst eine Machbarkeitsstudie, finanziert aus Sachmitteln der Öko-Modellregion, in Auftrag. Bäckermeisterin Anke Kähler vom Verein „Die



Vielfältiges Brot
aus dem Harz

Freien Bäcker“ gewinnt die Ausschreibung und erarbeitet die Rahmenbedingungen als Voraussetzung für die Gründung einer Bio-Bäckerei. Dabei wird auch die Idee zur Gründung einer Bürgergenossenschaft geboren. Denn: Einen einzelnen Investor zu finden, erscheint angesichts des fortschreitenden Bäckerei-Sterbens nahezu unmöglich.

Danach gewinnt das Projekt an Fahrt. Die Projektmanagerin ruft in der Öffentlichkeit dazu auf, Absichtserklärungen zu unterzeichnen: Wer ist bereit, im Falle einer Gründung wie viele Genossenschaftsanteile à 200 Euro zu erwerben? „Die Resonanz war überwältigend. 250 Bürgerinnen und Bürger und die meisten Bio-Betriebe aus dem Landkreis erklärten sich bereit, insgesamt 170 000 Euro einzubringen“, sagt Radcke. Die Öko-Modellregion hat offensichtlich den richtigen Nerv getroffen – mit einem zukunftsfähigen Konzept, das auf lebensfreundlichen Arbeitszeiten, der Verwendung ausschließlich regionaler Bio-Zutaten und Handwerk basiert.

Die Arbeitsgruppe findet in der Betreiberin der Getreidemühle Sack, Anke Dege, eine Verbündete – sie lässt ihre Mühle bio-zertifizieren. Ein Bäckermeister wird gesucht, ein sehr junger wird gefunden. Die Gründung der Genossenschaft wird vorbereitet. Potenzielle Aufsichtsratsmitglieder und eine Kandidatin für den kaufmännischen Vorstand treffen sich mehrmals. Schließlich ist auch eine Backstube gefunden – eine größere konventionelle Bäckerei, die eine separierte Fläche und den Vorteil bietet, dass die Öfen heiß übergeben werden können: Die Bio-Bäckerei beginnt mit dem Backen dann, wenn die konventionelle Bäckerei den frühmorgendlichen Feierabend einläutet. Die Bio-Zertifizierungsstelle stimmt zu,

weil alle Prozesse sauber getrennt voneinander ablaufen. Das Engagement mündet schließlich in der offiziellen Gründung der Genossenschaft Harzbrot eG im Juni 2022. Aus den Absichtserklärungen werden Genossenschaftsanteile. Der Backbetrieb startet im Oktober 2022.

Und nun wird's ernst. Ernster, als den Beteiligten lieb ist: Der Vorstand muss nach wenigen Monaten ersetzt werden. Der junge Bäckermeister ändert seine Pläne und geht als Bäcker nach Spanien. Die kaufmännische Vorständin kündigt ebenfalls. Nicht zuletzt wegen des Modells „Tagesbäckerei“ mit backfreien Samstagen und Sonntagen gelingt es aber, mit Nils Müller einen erfahrenen Bio-Bäckermeister zu gewinnen: „Mich hat begeistert, mit wie viel Engagement diese Bio-Bäckerei gegründet wurde. Außerdem bin ich ein Familienmensch und deshalb gefallen mir natürlich die familienfreundlichen Arbeitszeiten besonders.“ Beim kaufmännischen Vorstand braucht es insgesamt drei Anläufe, bis mit Norbert Drave alles passt und das Vorstandsduo als Team zusammenarbeitet. Längst arbeitet in der Backstube zusätzlich ein junger Bäcker Geselle, der nicht zuletzt wegen der attraktiven Arbeitszeiten zur Harzbrot eG gewechselt ist.

Zahl der Abholstellen muss reduziert werden

Die Bäckerei befindet sich mittlerweile auf Erfolgskurs: Die Premium-Bio-Backwaren überzeugen geschmacklich, die Bäckerei ist flexibel, entwickelt gemeinsam mit Kunden, etwa aus der Gastronomie, exklusive Backwaren und hat kürzlich auf Initiative von Museumsverein und Öko-Mo-

dellregion das historisch und regional einst bedeutsame „Dreitimpfenbrot“ aus Dinkelmehl wiederbelebt – jetzt in bio.

Das ursprünglich angedachte Direktvertriebskonzept über zahlreiche Abholpunkte ist in der Realität wirtschaftlich nicht umsetzbar: Es bringt zu wenig Absatz an zu vielen Orten quer über den Landkreis verteilt. Stattdessen beliefert die Bäckerei mittlerweile Bioläden, Reformhäuser, Restaurants, mehrere REWE-Märkte, ein Sanatorium, drei Klöster und auch eine konventionelle Bäckerei. Per Online-Shop kann das Bio-Brot an einigen Orten zusätzlich vorbestellt werden.

Die soziale Komponente der Genossenschaft kommt im Laden einer ehemaligen Bäckerei zum Tragen: Zweimal wöchentlich von 16 bis 18 Uhr wird in einem von Leerstand geprägten Stadtkern einer Kleinstadt das gesamte Harzbrot-Sortiment verkauft. Bereichert wird der Laden durch weitere regionale Bio-Produkte. Radcke steht während der Verkaufszeiten als Ansprechpartnerin zur Verfügung: „Ich freue mich jedes Mal sehr, wenn sich im Laden plötzlich Menschen aus dem Ort wiederbegegnen, ins Gespräch kommen und auch nach dem Einkauf vor dem Laden weiterklönen.“

Das Zwischenfazit: Engagement, Durchhaltevermögen und der unbedingte Wille, das Projekt zum Erfolg zu führen, haben sich gelohnt. Der Zuspruch der Menschen gibt allen Aktiven recht. Ohne die unterstützende Struktur der Öko-Modellregion mit einer jährlichen Förderung in Höhe von 80 000 Euro – 75 Prozent vom Land Niedersachsen, 25 Prozent vom Landkreis – wäre ein solches Ergebnis jedoch schwer realisierbar. Die wichtigste Voraussetzung aber sind Menschen, die von der Idee überzeugt sind und andere mit ihrer Begeisterung anstecken können. ■

KONTAKT

Detlef Vollheyde
Öko-Modellregion Landkreis Goslar
Telefon: 0163 3247900
vollheyde@gmx.de
www.biovonuns.de

Norbert Drave
Harzbrot eG
Telefon: 0172 6660574
norbert.drave@harzbrot.jetzt
www.harzbrot.jetzt

Auszubildende begegnen dem Klimawandel

In einem Projekt der Pädagogischen Hochschule Heidelberg haben sich Auszubildende verschiedener Berufe mit den Folgen des Klimawandels auseinandergesetzt. Die Erkenntnisse nehmen sie in ihre Ausbildungsbetriebe aus unterschiedlichen Branchen mit.

Von Simone Fischer und Christina Fiene

Die regionalen Auswirkungen des Klimawandels werden inzwischen auf vielfältige Weise auch in Deutschland sichtbar und spürbar. Die klimatischen Veränderungen wirken sich negativ auf nahezu alle Lebensbereiche aus – sie betreffen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Viele Wirtschaftsbranchen sind direkt oder indirekt beeinträchtigt: durch Hoch- oder Niedrigwasser der Schifffahrtswege, Hitze- und Trockenperioden in Ackerbau und Forstwirtschaft oder Schäden an Infrastruktur, an Straßen und Schienen, durch Temperaturschwankungen. Außerdem ist mit höheren Kosten durch Extremwetter, Elementarschäden und durch erhöhten Energiebedarf für Kühlinfrastruktur zu rechnen.

Die jungen Menschen von heute sind einerseits zukünftig Betroffene, andererseits Handelnde, Richtungsweisende und Agierende von morgen. Die Themen Klimawandel und vor allem Klimaanpassung haben bisher in den Rahmenlehrplänen und Ausbildungsordnungen vieler Ausbildungsberufe kaum Einzug gefunden; größtenteils verfügen weder diejenigen, die in den Betrieben ausbilden noch die Berufsschullehrkräfte über entsprechendes Fachwissen.

Projekt zur Bewusstseinsbildung

Im Teilprojekt „Climate Change Education“ des Projekts „Transfer Together“ der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und im Vorläufer-Projekt „KlimAZUBI“ hat die Abteilung Geographie – Research Group for Earth Observation (rgeo) Workshops speziell für Auszubildende verschiedener Branchen entwickelt und mit ihnen durchgeführt. Sie wurden mit den Folgen des Klimawandels auf die natürliche und betriebliche Umwelt vertraut gemacht. Der Fokus lag auf der Bewusst-

seinsbildung und der Förderung von Handlungskompetenz zur betrieblichen Anpassung an Klimawandelfolgen in der Metropolregion Rhein-Neckar. Neben der Sensibilisierung für regionale und branchenspezifische Folgen des Klimawandels war es das zentrale Ziel, Kompetenzen im Umgang mit klimabedingten Risiken, Unsicherheiten und Anpassungsmöglichkeiten zu fördern.

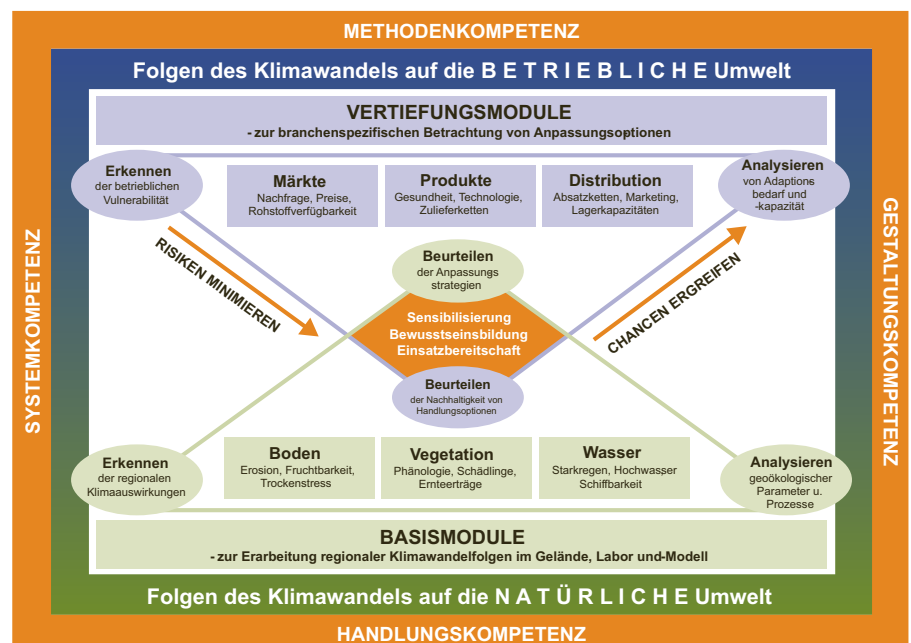
Dem Klimawandel auf der Spur

Die Workshops und die Unterrichtsmaterialien wurden in Zusammenarbeit mit Unternehmensvertretern entwickelt und auf die teilnehmenden Unternehmen abgestimmt. Die Auszubildenden kamen unter anderem aus dem Einzelhandel, der Lebensmittelproduktion, der Baustoffindustrie und dem Bereich Energie und Automatisierung. Die Inhalte der

Workshops sind für den praktischen Einsatz in der betrieblichen Ausbildung konzipiert und beruhen auf einem doppelten methodisch-didaktischen Ansatz (siehe Abbildung). Mithilfe der Methoden Szenariotechnik und Design Thinking können branchenspezifische Schwachpunkte identifiziert, die spezifische Widerstandsfähigkeit einzelner Unternehmen analysiert und die Nachhaltigkeit von Anpassungsmaßnahmen und Handlungsoptionen bewertet werden. Dabei gilt: Je konkreter und greifbarer die jeweilige Fragestellung ist, desto nachhaltiger wird der Erfolg der Maßnahme sein. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Förderung von Methoden-, System-, Handlungs- und Gestaltungskompetenzen sowie auf der Betrachtung von Problemen aus den drei Perspektiven der nachhaltigen Entwicklung: Ökonomie, Ökologie und Soziales.

Workshop mit Azubis der Südzucker AG

Der für die Azubis der Südzucker AG entwickelte Workshop setzte sich aus einem Basis- und einem Vertiefungsmodul zusammen. Das Basismodul umfasste einen praktischen Teil im Gelände sowie im Labor und behandelte die regionalen und allgemeinen Auswirkungen des Klimawandels mit besonderem Fokus auf den Zuckerrübenanbau. Die Auszubildenden



Methodisch-didaktischer Ansatz des Projekts Climate Change Education

Tests im Zuckerrübenfeld



Eine unbehandelte und eine mit Tonerde bestäubte Apfelhälfte: Azubis von REWE testeten, was Äpfel vor Sonnenbrand schützt.

untersuchten verschiedene Fragestellungen; sie beobachteten, kartierten, nahmen Messungen vor Ort vor und vertieften ihr Verständnis im Labor durch Experimente, Modellierung oder Computersimulationen.

Verschiedene digitale Werkzeuge wie das Portal www.klimafolgenonline-bildung.de des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) e. V. oder die Dienstleistungen der WetterOnline Meteorologische Dienstleistungen GmbH ermöglichen eigenständige Untersuchungen zu den aktuellen und zukünftigen regional differenzierten Auswirkungen des Klimawandels unter verschiedenen Emissionsszenarien.

Das Vertiefungsmodul widmete sich den spezifischen Chancen und Risiken des Klimawandels für die Südzucker AG. Dabei lag der Schwerpunkt darauf, dass die Auszubildenden mithilfe der Szenariotechnik und des Design Thinkings Lösungsvorschläge zur betrieblichen Anpassung an den Klimawandel erarbeiteten. Szenariotechnik ist eine mehrstufige Methode, die es ermöglicht, potenzielle Zukünfte unter Berücksichtigung verschiedener Entwicklungspfade, auch als Szenarien bezeichnet, zu erkunden. Diese Vorgehensweise bildete die Grundlage für die Ausarbeitung von Best-Case- und Worst-Case-Szenarien, welche die verschiedenen Alternativen der Unternehmensentwicklung unter veränderten Klimabedingungen beleuchten. Die Auszubildenden untersuchten die klimatischen Veränderungen und deren Bedeutung für die Zuckerrüben im Anbau, etwa Trockenstress, Hitze und Schädlingsbefall. Auch auf die Mitarbeitenden hat Extremwetter Einfluss, sie

können beispielsweise gesundheitliche Probleme durch Hitze bekommen.

Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden mithilfe des Design Thinkings innovative, problemzentrierte Lösungsansätze im Bereich der Klimaanpassung. Zur Veranschaulichung entwickelten und präsentierten sie Prototypen für innovative Bewässerungstechniken und Abkühlmöglichkeiten für Mitarbeitende.

Gegen Sonnenbrand bei Äpfeln

Analog zu den Zuckerrüben beschäftigten sich die Auszubildenden der REWE Markt GmbH mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Apfelanbau. Die Teilnehmenden untersuchten anhand von zwei Methoden, wie sich Sonnenschäden an Äpfeln minimieren lassen. Dazu bestäubten sie eine Apfelhälfte mit Kaolin-Pulver aus weißer Tonerde oder besprühten sie mit Wasser, die andere Hälfte blieb unbehandelt. Die Apfelhälften ohne Schutz wurden bräunlich und weich, während die anderen wenig bis gar keinen Schaden nahmen. Im Folgen-

den diskutierten die Auszubildenden die verschiedenen Anwendungsmethoden in der Landwirtschaft. Sie erkannten, dass der Umgang mit den Folgen des Klimawandels jeweils spezifisch auf die lokal-klimatischen und betrieblichen Gegebenheiten angepasst werden muss.

Weiterführung erwünscht

In der betrieblichen Umgebung gewinnen der Klimawandel und seine Konsequenzen zunehmend an ökonomischer Bedeutung. Es ist entscheidend, nachhaltige Anpassungsstrategien für regionale und branchenspezifische Anforderungen zu entwickeln. In diesem Kontext wirken die Auszubildenden als Multiplikatoren in die Unternehmen und ihre Arbeitsbereiche hinein. Dadurch werden nicht zuletzt der wirtschaftliche Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen gesteigert. Eine Weiterführung des Projekts wünschen sich zwei der Unternehmen, deren Auszubildenden bereits teilgenommen haben. Sie möchten die erfolgreiche Zusammenarbeit auch in den kommenden Jahren fortführen. ■

KONTAKT

Dr. Simone Fischer, Dr. Christina Fiene, Prof. Dr. Alexander Siegmund
Abteilung Geographie – Research Group for Earth Observation (rgeo)
UNESCO-Lehrstuhl für Erdbeobachtung und Geokommunikation von
Welterbestätten und Biosphärenreservaten
Pädagogische Hochschule Heidelberg
Telefon: 06221 477-772, -773, -770
fischer@ph-heidelberg.de
fiene@ph-heidelberg.de
siegmund@ph-heidelberg.de
www.rgeo.de



Jugendliche auf Vorschlags-Expedition

In Nuthetal haben Jugendliche das Bürgerbudget der Kommune für ein eigenes Projekt eingesetzt. Der Prozess ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie junge Menschen in ländlichen Räumen demokratisch mitwirken können.

Von Carsten Herzberg und Katrin Wolschke

Derzeit steht die Demokratie unter Druck. Die Politikverdrossenheit ist hoch. Nach Umfragen des „ARD-DeutschlandTrends“ waren 2023 mit dem Funktionieren der Demokratie nur 44 Prozent der Menschen zufrieden. Wie können insbesondere junge Menschen Demokratie – auch außerhalb von Wahlterminen – erleben? Diese Frage stellten sich die Beteiligten im Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“. JUBU ist ein Projekt des „mitMachen e. V.“, welches im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums durchgeführt wird. Spannend fand das Projektteam dafür den Ansatz der Bürgerbudgets, einem fondsorientierten Beteiligungsverfahren.

Bürgerbudgets für eigene Ideen

Für Bürgerbudgets stellt die Kommune einen Geldbetrag zur Verfügung. Die Höhe variiert von Ort zu Ort zwischen wenigen tausend und mehreren hunderttausend Euro. Anders als bei Verfügungs-

fonds bezieht sich das Bürgerbudget nicht auf einzelne Quartiere, sondern auf das Gebiet der Gesamtkommune. Die eingereichten Vorschläge müssen der Allgemeinheit dienen. Das Besondere an Bürgerbudgets ist, dass die Menschen, die in der Gemeinde wohnen, durch Abstimmung entscheiden, welche Vorschläge umgesetzt werden. Eine Beteiligung ist je nach Regeln vor Ort ab zwölf, 14 oder 16 Jahren möglich – in manchen Fällen gibt es gar keine Altersbegrenzung. Anders als bei Jugendbudgets und „SchülerInnen-Haushalten“ haben die jungen Menschen keine Garantie, dass ihre Vorschläge berücksichtigt werden. In der Projektregion in Brandenburg leben 40 Prozent der Menschen in einer Kommune mit einem Bürgerbudget. Vielerorts wissen junge Menschen aber gar nichts von dieser Beteiligungsmöglichkeit.

Aus diesem Anlass hat der Verein mitMachen in Pilotkommunen pädagogische Formate und Spiele erarbeitet, für JUBU-Publikationen aufbereitet und Fachkräften der Jugendarbeit zur Verfügung ge-

stellt. Eine besondere Rolle spielt der ländliche Raum. In der brandenburgischen Gemeinde Nuthetal hat das Team mit der sogenannten Vorschlags-Expedition ein eigenes Format entwickelt.

Mangel an Treffpunkten

Die ländlich geprägte Gemeinde befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Landeshauptstadt Potsdam. In Nuthetal wohnen rund 9 000 Menschen, die sich auf mehrere Ortsteile verteilen, in einigen leben nur wenige hundert Menschen. Dies ist auch im Ortsteil Saarmund der Fall, in dem junge Menschen die Angebote für Jugendliche während eines Interviews für eine JUBU-Publikation als insgesamt „sehr begrenzt“ einstufen. Seit längerem bestand der Wunsch nach einem Pavillon als Jugend-Treffpunkt. Den jungen Menschen ging es darum, die „Jugendlichen aus den Bushaltestellen zu holen“, wie die Auszubildende Sarah Schlüfter betont, die sich im örtlichen Jugendparlament engagiert. Der Vorschlag galt im Rathaus als schwer umsetzbar, da es keine geeigneten Standor-

te zu geben schien. Im Jahr 2021 haben die Jugendlichen ihn dennoch mit Erfolg für das Bürgerbudget eingereicht: Bei der Abstimmung kam der Treffpunkt auf den zweiten Platz und erhielt eine Finanzierung. Wie kam es dazu?

Die Phasen der Vorschlags-Expedition

Die Jugendlichen aus Saarmund hatten an einem Prozess teilgenommen, aus dem später die Vorschlags-Expedition abgeleitet wurde: Dies ist ein Format, bei dem innerhalb eines Workshop-Fahrplans Themen oder Inhalte frei gewählt werden können. Den Auftakt bildet eine Ideenwerkstatt, während der die Jugendlichen mit der sogenannten Landkartenmethode die für sie wichtigen Orte näher betrachten. In Nuthetal wurde der Pavillon als Idee eingebracht. Zu der folgenden Serie weiterer Workshop-Treffen kamen neue Jugendliche hinzu. Ihr Ziel war, die Idee des Pavillons antragsreif für das Bürgerbudget zu formulieren und Unterstützung für die Abstimmung zu gewinnen.

Das Format Vorschlags-Expedition bietet nach der Ideenwerkstatt folgende Elemente: die „Weiterentwicklung der Ideen“, „Besuch aus dem Rathaus“ für Rückmeldungen zu Zulassungskriterien, die formale „Einreichung des Vorschlags“, „Entwicklung einer Werbekampagne“ und die „Teilnahme an der Abstimmung“. Die Reihenfolge kann dabei je nach Interessen vor Ort variieren, so haben die Jugendlichen in Saarmund erst intensive Gespräche mit dem Rathaus geführt, als es um die konkrete Standortsuche ging.

Als kritischer Moment hat sich die Phase „Weiterentwicklung der Ideen“ gezeigt: Während dieser ist es wichtig, die für einzelne Vorschläge zulässige Kostenobergrenze einzuhalten. Sie variiert von Ort zu Ort. In Nuthetal beträgt sie 10 000 Euro bei einem Gesamtbudget von 50 000 Euro. Doch was bekommt man eigentlich für 10 000 Euro? Eine Frage, die nicht leicht zu beantworten ist, und oft gehen die Vorstellungen darüber weit auseinander. Zu diesem Zweck hat das Team von mitMachen im Rahmen des JUBU-Projekts das „Schätzspiel“ entwickelt. Das Spiel besteht insgesamt aus 30 Spielkarten: 15 Karten zeigen Motive von Gegenständen aus dem öffentlichen Raum, beispielsweise eine Graffitiwand, Sitzbänke oder Straßenlaternen, 15 Karten bilden Geldbeträge ab. Im Spielverlauf müssen sich die Teilnehmenden beraten, welche Beträge und Motive zusammengehören. Neben der Sensibilisierung für Kosten kann das Spiel genutzt werden, um Anregungen für Vorschläge hinsichtlich des Bürgerbudgets zu bekommen.



Ergebnis der Beteiligung von Jugendlichen: Sie haben mithilfe des Bürgerbudgets einen Pavillon als Treffpunkt geschaffen.

Stellschrauben für die Verwaltung

Die Erfahrung zeigt, dass für eine erfolgreiche Beteiligung junger Menschen nicht nur das pädagogische Format maßgeblich ist, sondern auch die Verwaltung, die in der Regel die Bürgerbudgets organisiert. Wichtig sind eine jugendgerechte Ansprache und Kommunikation. In den Treffen zur Auswertung der Erfahrungen meldeten die Jugendlichen beispielsweise zurück, dass Bürgerbudgets über Social Media bekannt gemacht werden sollten. Auch die Kommunikation nach erfolgreicher Abstimmung ist grundlegend für eine erfolgreiche Beteiligung. In Saarmund hat die Umsetzung des Pavillons einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen als ursprünglich gedacht. Eine Empfehlung für zukünftige Projekte ist, dass die Verwaltung und die Jugendlichen gemeinsam einen Projektumsetzungsplan erstellen sollten, der Zeiträume und Etappen beinhaltet. Empfehlens-

wert ist zudem, die Jugendkoordination in das Vorhaben einzubinden, um etwa die Kommunikation zwischen Verwaltung und Jugendlichen aufrechtzuerhalten, damit das Vorhaben nicht in der Planungsphase stecken bleibt und am Ende unter Umständen nicht umgesetzt wird.

Mehraufwand lohnt sich

Eine altersgemäße Ansprache bedeutet einen gewissen Mehraufwand für die Verwaltung. Die Mühe kann sich letztlich lohnen, wie die Äußerung einer Jugendlichen zeigt. Schülerin Jana Beeskow, die sich für den Pavillon in Saarmund eingesetzt hat, sagt im JUBU-Band IV: „Es wäre schön, wenn wir damit erreicht haben, dass sich andere Jugendliche trauen, mitzumachen und selber ‚ihr Ding‘ zu machen. Vielleicht haben sie durch uns mitbekommen, dass sie eine Stimme haben und sie erheben können, zum Beispiel im Jugendbeirat.“

SERVICE

Das Buch zur Vorschlags-Expedition, „JUBU-Band IV“, und das Schätzspiel können auf der Projekt-Website kostenlos bestellt oder heruntergeladen werden.

KONTAKT

mitMachen e. V./ JUBU-Jugendbeteiligung
bei Bürgerbudgets
Telefon: 0331 23149270
kontakt@jugend-budget.de
www.jugend-budget.de

Kooperativer Agrarumweltschutz auf Landschaftsebene

Agrarumweltmaßnahmen, die nicht nur einzelne Felder, sondern ganze Landschaften in den Blick nehmen, passen besser zu den Ansprüchen, die Arten an Lebensräume stellen. Dazu ist vor Ort Zusammenarbeit erforderlich. Das Projekt „Kooperativ“ im Bundesprogramm Biologische Vielfalt nutzt dafür in Niedersachsen einen Bottom-up-Ansatz.

Von Stefan Schüler

Im „Kooperativ“-Verbundprojekt arbeiten die Universitäten Göttingen und Rostock sowie der Kreisbauernverband „Landvolk Northeim-Osteroode“ gemeinsam daran, im Landkreis Northeim landschaftsbezogene Agrarumweltmaßnahmen zu etablieren. „Wir nutzen mehrjährige Blühflächen, die aufgrund ihrer regionalzertifizierten Saatgutmischung aus 33 Wildarten wichtige Potenziale für die Förderung der Biodiversität aufweisen“, sagt Prof. Catrin Westphal, die Leiterin des Projekts sowie der Abteilung Funktionelle Agrobiodiversität und Agrarökologie an der Universität Göttingen. Die in der Region vorkommenden Tierarten hätten sich über viele Jahre an die dort heimischen Pflanzenarten angepasst und profitierten von einer auf die Region zugeschnittenen Saatgutmischung. „Zudem können sich in mehrjährigen Blühflächen Artengemeinschaften etablieren, die empfindlich gegenüber häufigen Störungen sind, wie sie in Äckern und auf einjährigen Brachen oder Blühflächen vorkommen.“ Die Effekte der

Projektmaßnahmen auf Biodiversität und Ökosystemleistungen, die ökonomischen Auswirkungen auf die beteiligten Betriebe sowie die erforderlichen Organisations- und Steuerungsstrukturen werden im Projekt wissenschaftlich untersucht. „Kooperativ“ wird dazu seit 2021 im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesumweltministerium gefördert. Das Projekt endet im Sommer 2028.

Starkes regionales Netzwerk

Die mehrjährigen Blühflächen wurden gemeinschaftlich von mehreren landwirtschaftlichen Betrieben angelegt. Die Entscheidung über das Wie und Wo fiel bottom-up: Der Impuls dafür kam vom „Runden Tisch Artenvielfalt“ der Stadt Uslar. Der Zusammenschluss von Kommunalverwaltung, Naturschutz und Landwirtschaft versteht die Förderung der Biodiversität als gesellschaftliche Aufgabe und hat zum Ziel, gemeinsam Lösungen umzusetzen. Durch persönliche Gespräche, Workshops und Infoveranstaltungen wurde der Kreis schrittweise er-

weitert. Auf diese Weise gelang es, ein landkreisweites Netzwerk aus 41 landwirtschaftlichen Betrieben und neun Gemeinden sowie mehreren Naturschutzorganisationen zu etablieren. Mithilfe dieses Netzwerks können nun rund 250 Hektar Fläche für mehrjährige Blühflächen genutzt und diese optimal verteilt werden.

Die jeweilige Blühfläche können sich die Landwirte als Agrarumweltmaßnahme im Rahmen der Regelförderung fördern lassen. Weder die dafür zuständigen Behörden noch die teilnehmenden Betriebe müssen etwas an der Antragstellung ändern. Um für die Betriebe den projektbezogenen Aufwand möglichst gering zu halten, ermöglichte eine Vor-Ort-Beratung bei der Maßnahmenanmeldung und -umsetzung, Fragen direkt zu klären. Die Flächenauswahl erfolgte – oft in Kleingruppen – mit den Betrieben. Das Saatgut wurde über den örtlichen Maschinering im Rahmen einer Sammelbestellung bezogen, der damit verbun-

dene Preisnachlass kam den Betrieben zugute. „Durch Runde Tische und Vernetzungsabende besteht die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch. Infoveranstaltungen vor Ort ermöglichen einen engeren Kontakt zwischen Landwirtschaft und Bevölkerung, was wir sehr begrüßen“, sagt Manuel Bartens, Geschäftsführer beim Landvolk Northeim-Osterode. Infoschilder an jeder Blühfläche, die mit Unterstützung der Gemeinden des Landkreises finanziert wurden, dienen der Öffentlichkeitsarbeit.

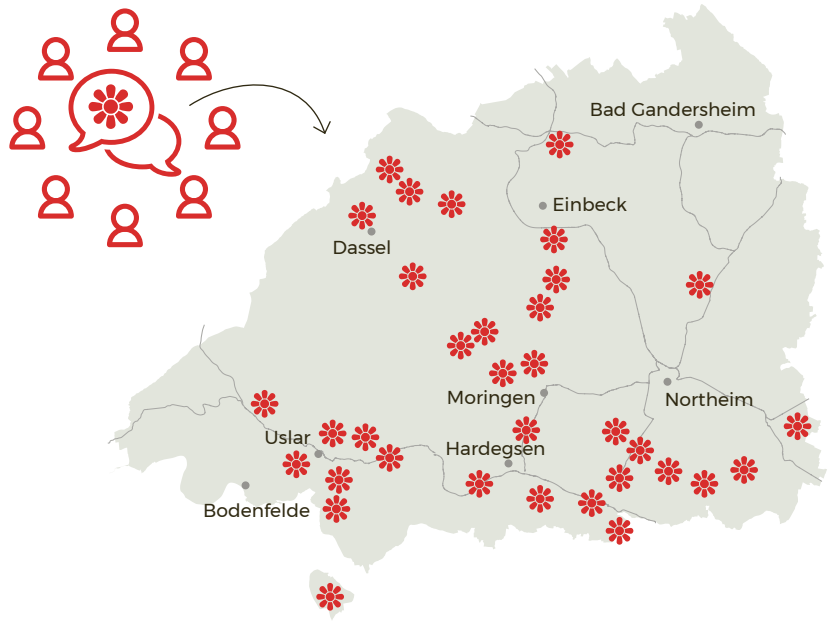
Viele Projektbausteine

Öffentliche Wahrnehmung und Wissensvermittlung sind wichtige Bausteine des Projekts. So organisierten die Verbundpartner gemeinsam mit drei Kommunen des Landkreises und mehreren Verbänden, etwa dem Naturschutzbund NABU, Imkereien und Jägerschaften im Jahr 2023 eine „Tour de Flur“ – eine Fahrradtour entlang mehrerer Blühflächen mit Infoständen zu „Kooperativ“ sowie zur Arbeit der Beteiligten. Auf einem Workshop erhielten Kommunen und Naturschutzverbände Tipps zur Anlage und Pflege von Blühflächen im kommunalen Raum. Es wurde angeregt, beim Straßenbegleitgrün Regiosaatgut zu verwenden.

Die Lage der kooperativen Projektblühflächen orientiert sich an einem Landschaftsdiversitätsgradienten, der den vorhandenen Anteil naturnaher Lebensräume wie Hecken, Baumreihen oder bereits etablierte Blühstreifen abbildet. Dazu wurden ein Quadratkilometer große Untersuchungsräume ausgewählt, die im Projekt als „Landschaften“ bezeichnet werden: Sie repräsentieren nun sowohl strukturreiche als auch strukturarme Ausschnitte aus dem Landkreis Northeim. Der Landkreis bot dafür geeignete Bedingungen, da er aufgrund seiner Vielfalt aus Ackerflächen, Grünland, naturnahen Lebensräumen und Wäldern eine typische mitteleuropäische Agrarlandschaft repräsentiert. Die Projektblühflächen wurden im Herbst 2022 oder im Frühjahr 2023 angelegt: Nach einer ersten intensiven Klatschmohnblüte waren im Verlauf der Vegetationsperiode 2023 mehrjährige Wildarten wie Wilde Möhre, Gewöhnliche Schafgarbe, Moschus-Malve sowie Weiße und Rote Lichtnelke bestandsbildend.

Bei regelmäßigen Feldbesichtigungen begutachtete das Projektteam gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben die Flächen. Anfängliche Zweifel hinsichtlich eines unzureichenden Aufgehens der Saat oder einer Dominanz unerwünschter Unkräuter konnten hierdurch ausgeräumt werden. Positive Erfahrungen können dazu beitragen, Betei-

Darüber, wie und wo Landwirte im Landkreis Northeim mehrjährige Blühflächen anlegen, wird am Runden Tisch gemeinsam entschieden.



ligte langfristig dafür zu gewinnen, Maßnahmen umzusetzen. Das wissenschaftliche Projektteam befragt die Teilnehmenden regelmäßig danach, wie sie den „Kooperativ“-Ansatz sehen. In der ersten Befragung 2022 schienen die Zusammenarbeit, der Umweltnutzen und das Maßnahmendesign relevante Gründe für die Teilnahme darzustellen. Ein Zitat: „Wenn es nur einer macht und nur auf seinen Flächen, dann wäre es vielleicht aus Gründen der Biotopvernetzung nicht so günstig, es wäre besser, es würde auf anderen Flächen auch stattfinden.“ Es wurde auch betont, „dass man hier nicht auf sich alleine gestellt ist, sondern mit anderen Betrieben kooperieren kann“. Als Einschränkungen wurde genannt, dass ein grundsätzliches Interesse an der Vernetzung mit anderen gegeben sein und der für die Abstimmungen zusätzliche Zeitaufwand einkalkuliert werden sollte.

Was nun passiert

Das Forschungsteam erfasste 2022 vor der Anlage der Blühflächen den Zustand der vorkommenden bestäubenden Insekten sowie Nützlinge und Schädlinge. Auch die benachbarten Getreideschläge wurden untersucht. Auf strukturreichen Flächen waren die Individuenzahlen von Hummeln sowie Wild- und Honigbienen höher als auf strukturarmen. Weitere Forschungsarbeiten werden die Wir-

kungen der Blühflächen erfassen und untersuchen, inwiefern das kooperative Vorgehen die Bereitschaft zur langfristigen Maßnahmenumsetzung fördern kann. Es soll an weiteren Runden Tischen Austausch auf Augenhöhe geben: Vernetzung, Gemeinschaftsgefühl und Vertrauen haben sich bereits als wichtige Faktoren für den kooperativen Ansatz erwiesen. Es bedarf zudem einer regional verankerten Institution, welche die landschaftsbezogene Umsetzung plant, den Kontakt zu Betrieben herstellt und sie bei Fragen unterstützt – also personeller und finanzieller Kapazitäten. Wichtig ist außerdem, dass Förderprogramme mit entsprechenden Mitteln ausgestattet sind, um Maßnahmen zu unterstützen.

SERVICE

Weitere Informationen zum „Kooperativ“-Projekt:
www.uni-goettingen.de/kooperativ/projekt

KONTAKT

Dr. Stefan Schüler
 Universität Göttingen, Funktionelle Agrobiodiversität & Agrarökologie
 Telefon: 0551 3925942
stefan.schueler@uni-goettingen.de

Illustration: Eigene Gestaltung, Quelle: Schlussbericht Kooperativ 2021-2023; Karte: openstreetmap.org/copyright

Kreativ und engagiert

Mit der Fördermaßnahme „LandKULTUR“ des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung wurden zwischen 2018 und 2022 etwa 255 Projekte umgesetzt. Sie sollten die kulturelle Teilhabe auf dem Land stärken und einen Beitrag zu einem aktiven kulturellen Leben leisten.

Von Sabine Conrad und Alexandra Karnaoukh

Die Bandbreite kultureller Angebote in ländlichen Räumen reicht von Theaterstücken auf Marktplätzen und mobilen Kunstschulen über Austauschformate in alten Fabriken bis hin zu kulturtouristischen Themenwegen. Allen Projekten, die über LandKULTUR gefördert wurden, ist gemeinsam: Sie setzen Impulse, auch für die Ortsentwicklung, und stärken die Gemeinschaft. Zum Erfolg der Projekte trägt bei, wenn die Menschen vor Ort vielfältige Möglichkeiten bekommen, sich einzubringen. Auch die Unterstützung der Kommunen ist von Bedeutung.

Auf gute Partnerschaft mit den Kommunen

Kommunen sind in vielerlei Hinsicht Schlüsselakteure für die Kulturarbeit in ländlichen Räumen, denn sie sind in erster Linie für die Kulturförderung zuständig. Sie können Kulturschaffende bei der Finanzierung laufender Kosten entlasten, zum Beispiel durch die Übernahme von Mieten oder Unterstützung bei der Vermarktung der Kulturangebote. Kommunen können Räumlichkeiten und Technik bereitstellen oder den Zugang dazu ermöglichen, indem sie kommunale Einrichtungen zur Verfügung stellen oder bei Genehmigungen für die Nutzung öf-

fentlicher Räume unterstützen. Sie können außerdem Kontakte vermitteln sowie wichtige Partner bei der Beantragung von Fördermitteln sein.

Auch für die Ilser Webstube in Petershagen in Nordrhein-Westfalen war die dauerhafte Unterstützung der Stadt sowie des Kreises Minden-Lübbecke von zentraler Bedeutung. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Vereins Webgemeinschaft Ilse e. V. setzen sich dafür ein, das traditionelle Handwerk des Webens und Spinnens zu bewahren und ihr Wissen in Kursen an Kinder und Erwachsene weiterzugeben. Kreis und Stadt erkannten die Besonderheit der Webstube und sagten eine dauerhafte Unterstützung zu. Sie übernehmen nun jeweils ein Drittel der Mietkosten für die Räumlichkeiten. Durch die finanzielle Unterstützung ist Planungssicherheit gegeben und der Verein kann das Projekt erfolgreich fortführen. Den Rest der laufenden Kosten trägt der Verein durch Kursgebühren, Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge selbst.

Oft gibt es nicht eine einzige Finanzierungsart, mit der sich eine Projektidee umsetzen lässt. Vielmehr haben die LandKULTUR-Projekte gezeigt, dass es hilfreich ist, unterschiedliche Quellen heranzuziehen. Neben öffentlichen Förderprogrammen von Kommunen, Land, Bund oder EU können auch Mittel von Stiftungen, Sponsoring, Crowdfunding, Sach- oder Geldspenden zum Finanzierungsmix beitragen. Auch kann es interessant sein, Kooperationspartner zu gewinnen, die finanziell, materiell oder personell unterstützen.

Ehrenamt ist unerlässlich

In vielen Orten gäbe es ohne Vereine und engagierte Einzelpersonen kein Kulturangebot. Sie sind von der Bedeutung der Kultur für die Gesellschaft und das Miteinander überzeugt und entwickeln aus einer persönlichen Motivation heraus Projektideen. Die selbstständig durch Kulturinteressierte organisierte Kulturarbeit spielt eine besondere Rolle, gerade für ländliche



Echte Handarbeit: In der Ilser Webstube lernen Erwachsene und Kinder das Weben.



Hinter und vor der Kamera aktiv:
Im Rahmen des Projekts FUSO haben
Jugendliche mehrere Filme gedreht.

Räume. Denn: Häufig fehlen den Kommunen Mittel und Möglichkeiten für ein kontinuierliches Kulturangebot.

Wie kann es gelingen, das Ehrenamt attraktiv zu halten, neue Mitwirkende zu gewinnen und deren Motivation zu stärken? Allem voran sollte die Freude an der Arbeit stehen. Gemeinsame Erlebnisse und Erfolge schweißen Gruppen zusammen und stärken die Gemeinschaft, das hat sich bei den LandKULTUR-Projekten gezeigt. Die meisten Ehrenamtlichen tun dies aus Überzeugung, wünschen sich jedoch, in ihrem Engagement wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden.

Mit Hilfe der LandKULTUR-Förderung konnte der Verein der Ilser Webstube sein Kursangebot ausbauen und sich professionalisieren: Die Internetpräsenz des Vereins wurde modernisiert, Vereinsmitglieder nahmen an Qualifizierungsangeboten teil, auch um selbst Kurse anzubieten. Dadurch gelang es, neue Vereinsaktive und Kursteilnehmende zu gewinnen, die Webstube in der Region bekannter zu machen und so den Kreis und die Stadt als Unterstützer zu gewinnen.

Mitmachen und mitgestalten

Junge Menschen für Kulturprojekte zu gewinnen, kann eine Herausforderung sein. Ihre starke zeitliche Einbindung in

Schule, Ausbildung, Arbeit oder Freizeitaktivitäten sowie die eingeschränkte eigenständige Mobilität müssen berücksichtigt werden.

Junge Menschen können selbst eine Multiplikatorfunktion haben. Die Projekte haben gezeigt: Kommen die ersten jungen Menschen zu den Angeboten, locken sie weitere an. Außerdem ist es in der Kommunikation wichtig, beispielsweise beim Bespielen von Social-Media-Kanälen, die Sprache der Jugend zu treffen oder sie selbst sprechen zu lassen. Die aktive Mitgestaltung und der Spaß am Projekt haben eine besondere Relevanz für junge Menschen. Wichtig ist es, ihnen Verantwortung zu übertragen und sie gleichzeitig vor Überforderung zu schützen. Dazu kann es hilfreich sein, wenn ihnen eine erwachsene feste Ansprechperson zur Seite steht.

Im LandKULTUR-Projekt „Jugend – aktiv auf dem Land“ übernahmen Jugendliche aus der Uecker-Randow-Region die Organisation, Gestaltung und Durchführung eines Ferienprogramms für Gleichaltrige. Sie waren

zentrale Akteure in der Projektumsetzung. Die Verwaltungsaufgaben wurden von der Projektleitung übernommen, die den Jugendlichen auch bei Fragen zur Verfügung stand. Ein Teil des Programms war der Filmworkshop „FUSO“ („Film und so“) mit Schwerpunkt auf dem Thema Nachhaltigkeit. Über zwei Wochen konzipierten und drehten die Teilnehmenden einen Film nach ihren eigenen Vorstellungen. Die Jugendlichen übernahmen neben der inhaltlichen Gestaltung und der Rolle vor der Kamera auch Aufnahmeleitung, Kameraführung und Ton in Eigenregie. Auch bei der weiteren Projektorganisation bringen sich die Jugendlichen mit ein und schreiben beispielsweise Förderanträge mit. So haben sie die Fortführung von „FUSO“ über das Programm „Kultur macht stark“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gesichert.

Kulturarbeit ist Beziehungsarbeit

Eine wichtige Erkenntnis aus LandKULTUR ist: Ein Projekt kann noch so verrückt sein, steht dahinter eine Person, der die Menschen vertrauen, lassen sie sich leichter davon überzeugen, mitzumachen oder es zu besuchen. Dem Aufbau einer Vertrauensbasis kommt daher gerade in ländlichen Räumen eine besondere Bedeutung zu. Direkte Kontakte, Mundpropaganda und die richtigen Beziehungen im Ort sind oftmals noch wichtiger als eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Kulturarbeit bedeutet also – neben der eigentlichen Arbeit im Projekt – vor allem Beziehungsarbeit. Diese ist aufwendig und bedarf Zeit und Engagement, doch der Aufwand lohnt sich langfristig. Denn gelingt es, eine Bindung zu den Zielgruppen aufzubauen, so kann sich dies auch positiv auf die Motivation auswirken, sich einzubringen oder langfristig mitzumachen.

SERVICE

Zum Weiterlesen:

Praxisleitfaden und Fachbericht LandKULTUR:
www.bmel.de/landkultur

Zur Ilser Webstube: www.webstube-ilse.de

Zum Projekt „Jugend – aktiv auf dem Land“:
www.nave-randow.de

KONTAKT

Sabine Conrad
Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Telefon: 0228 6845-3835
sabine.conrad@ble.de
www.ble.de/komle



Förderung der Daseinsvorsorge

Vor über 50 Jahren wurde die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) eingeführt. Seit 2022 können auch Maßnahmen zur regionalen Daseinsvorsorge gefördert werden. Brandenburg hat als Erstes davon Gebrauch gemacht.

Von **Andrea Birrenbach**

In der Stadt Schwedt/Oder profitiert die Feuerwehr durch die GRW: Ein Standort wird gesichert, ein weiterer kommt hinzu. Da in Schwedt eine Raffinerie betrieben wird, kommt die Förderung gleichzeitig dem ostbrandenburgischen Wirtschaftsstandort zugute. „Die Ertüchtigung der wirtschaftsnahen Feuerwehrinfrastruktur unterstützt den sicheren Betrieb einer Raffinerie und die industrielle Basis des Standorts“, sagt Dr. Alexandra Bläsche vom brandenburgischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie. Mit dieser Begründung ist die GRW-Förderung möglich.

Voraussetzung: Wirtschaftlicher Nutzen

Ein konkreter Wirtschaftsbezug ist Voraussetzung, damit eine Investition durch die GRW gefördert werden kann. Seit 1969 gibt es das Instrument – 2022 hat es die Bundesregierung zusammen mit den Ländern reformiert. Zuvor war es das Hauptziel der GRW, in strukturschwachen Regionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern. Dieses Ziel wurde im Zuge der Reform ergänzt: Die Wirtschaft soll wachsen, Standortnachteile sollen ausgeglichen und der Wohlstand der Menschen vergrößert werden. Darüber hinaus zielt die

GRW darauf ab, Transformationsprozesse hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu beschleunigen.

„In Brandenburg ist der Bereich der GRW mit Maßnahmen zum Ausbau der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur, kurz GRW-I, ein Kernelement der regionalen Strukturpolitik“, sagt Bläsche. Die Förderung diene in den Landkreisen, Städten und Regionen dazu, kommunale Investitionen in die Infrastruktur, etwa über sogenannte GRW-Regionalmanagement- oder GRW-Regionalbudgetvorhaben, direkt zu unterstützen. So werden Industrie- und Gewerbegebiete weiterentwickelt, Unternehmen an das überregionale Verkehrs- und Mediennetz angebunden sowie Technologie- und Gründerzentren errichtet.

Neu: Förderung der regionalen Daseinsvorsorge

Auch Investitionen in die regionale Daseinsvorsorge sind seit 2023 förderfähig, wenn sie einen Wirtschaftsbezug aufweisen. Sie müssen dazu aus einem regionalen Entwicklungskonzept hervorgehen, die Standortattraktivität steigern und die Wirtschaftsstruktur stärken. Die Förder-

„Die Ertüchtigung der wirtschaftsnahen Feuerwehrinfrastruktur unterstützt den sicheren Betrieb einer Raffinerie und die industrielle Basis des Standorts.“

Dr. Alexandra Bläsche,
brandenburgisches Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie

mittel sind auf zehn Prozent des Mittelanteils eines Bundeslandes am gesamten GRW-Budget begrenzt; sie dürfen höchstens zehn Millionen Euro umfassen. Dieser neue Förderbereich wird modellhaft bis Mitte 2027 erprobt. Mögliche Vorhaben werden vorab von Bund und Ländern im sogenannten GRW-Unterausschuss erörtert und votiert. „Das Land Brandenburg war in diesem Punkt bundesweiter Vorreiter und konnte im Jahr 2023 das Einvernehmen mit dem Bund und den Bundesländern über die Förderung von zwei Feuerwehrstandorten in der Stadt Schwedt/Oder erreichen“, sagt Bläsche. Die Zuschüsse in Höhe von rund fünf Millionen Euro für die geförderten Baukosten der Feuerwehrinfrastruktur gehen in die strukturschwache Uckermark. Für das Vorhaben wird das GRW-Sonderprogramm zur Transformation der Raffineriestandorte Leuna und Schwedt genutzt.

Mit GRW-Mitteln werden auch gewerbliche Investitionen gefördert. Vor der Reform profitierten von der GRW-Förderung nur Betriebe, die ihre Produkte oder Dienstleistungen überwiegend überregional, also in mindestens 50 Kilometer Entfernung, absetzten. Mittlerweile können auch Betriebe eine Förderung erhalten, die vornehmlich regional aktiv sind. Diese Änderung soll dazu beitragen, regionale Wertschöpfungsketten zu stärken. Gefördert werden insbesondere Branchen, denen ein Effekt auf die regionale Wirtschaft attestiert wird. Auch andere Branchen erhalten Unterstützung, wenn sie beispielsweise einer Tarifbindung unterliegen oder tarifgleiche Löhne zahlen. Damit sollen Arbeitgeber belohnt werden, die zu fairen Bedingungen beschäftigen und hochwertige Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen bieten. Forschungsstarke Unternehmen und solche, die in den Umwelt- und Klimaschutz investieren, müssen weniger Anforderungen erfüllen.

Für die Weiterentwicklung der Region Infrastrukturmaßnahmen in Kommunen werden dann gefördert, wenn sie im Einklang mit einer regionalen Entwicklungsstrategie stehen. Das soll zu einer konsistenten Gesamtentwicklung der Regionen beitragen. Auch die Erstellung integrierter regionaler Entwicklungskonzepte kann mit GRW-Mitteln unterstützt werden. Eine der Voraussetzungen ist die Beteiligung der Menschen vor Ort sowie zentraler regionaler Akteure und Institutionen.

Zudem bietet die reformierte GRW mehr Anreize für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen in Kommunen. Beispielsweise wird künftig die Weiternutzung oder Umgestaltung bereits bestehender Industrie- und Gewerbegebäude stärker gefördert als die Erschließung neuer Flächen. Gleiches gilt für die Eigenherzeugung erneuerbarer Energien. Bei Maßnahmen für die touristische Infrastruktur und in Industriegebieten werden umfassende Kosten für ökologische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und den Schutz vor Naturkatastrophen übernommen.

Auch regionale Vernetzung und Kooperation werden unterstützt. Investitionen in Gebäude und Infrastrukturen sowie in sogenannte nicht-investive Maßnahmen wie Cluster, Netzwerke und Regionalbudgets sind denkbar. Außerdem können Machbarkeitsstudien und die Entwicklung von strategischen Konzepten gefördert werden. Regionalmanagements erhalten eine zeitlich begrenzte Unterstützung, wenn es in der Region seit mehreren Jahren kein gefördertes Management gab. Hintergrund ist, dass der Bund nur den Aufbau einer solchen Struktur finanzieren möchte. Konzepte zur Verstärkung müssen von Beginn an mitgedacht werden.

Die grundsätzlichen Instrumente sowie die Förderregeln und -sätze sind im sogenannten Koordinierungsrahmen festgelegt, der von Bund und Ländern gemein-

sam beschlossen wird. Welche Fördermaßnahmen die Länder tatsächlich anbieten und wie sie diese ausgestalten, bleibt ihnen innerhalb dieses Rahmens vorbehalten. Für die Durchführung der GRW-Förderung sind die Länder zuständig. Der Bund trägt die Hälfte der Kosten, die Aufteilung der GRW-Bundsmittel auf die einzelnen Länder ist bis Ende 2027 festgelegt. In welchen Regionen gefördert werden kann, ist auf einer Fördergebietskarte festgehalten. Diese Gebiete sind je nach Grad ihrer Strukturschwäche kategorisiert, eingeflossen sind die regionale Produktivität, die Unterbeschäftigungsquote, die demografische Entwicklung und die Infrastrukturausstattung. Die Höhe der Förderquoten variiert je nach Region, Unternehmensgröße und Art der Maßnahme.

Die GRW und andere Fördertöpfe

Um Konkurrenz zwischen der GRW und anderen Förderprogrammen zu vermeiden, gilt der sogenannte Subsidiaritätsgrundsatz. Bevor die GRW in Anspruch genommen wird, sollen andere Finanzierungsmöglichkeiten, etwa die der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), genutzt werden. Überschneidungen gibt es beispielsweise zwischen der Investitionsförderung für die gewerbliche Wirtschaft nach der GRW und der Investitionsförderung im Rahmen der GAK für kleine bis mittelgroße Unternehmen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeiten und vermarkten. Allerdings unterscheiden sich die Programme in ihren Zielsetzungen und den damit verbundenen Fördervoraussetzungen: Die Förderung über die GRW soll einen Effekt auf die regionale Wirtschaft haben – die GAK zielt auf die Wettbewerbsfähigkeit des Zuwendungsempfängers; er soll mithilfe der Förderung den Absatz seiner Produkte sichern. Zudem fördert die GAK im Gegensatz zur GRW in einigen Bereichen keine öffentlichen Träger. Kofinanzierung durch eine Kumulierung der Förderungen ist aber grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Sie findet in der Praxis bislang kaum statt, weil die Kombination aufwendig für Antragsteller und Bewilligungsstelle ist. So wird die GRW mit dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) nur in Einzelfällen kombiniert. ■

SERVICE

Zur GRW auf der Website des BMWK:
www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-der-regionalen-wirtschaftsstruktur.html

Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen

Das „Netzwerk Zukunftsorte“ unterstützt und berät Gruppen, die aufs Land ziehen und dort leerstehende Immobilien wiederbeleben möchten. Nun richtet es sich auch an Kommunen.

Von Andrea Birrenbach



Julia Paaß hat den Prozess selbst durchgemacht. Sie lebte in Berlin, als der Wunsch aufkam, ländlicher zu leben und zu arbeiten. Zusammen mit Philipp Hentschel initiierte sie die Umnutzung von Hof Prädikow im brandenburgischen Prötzel: Aus einem ehemals landwirtschaftlichen Gebäudekomplex mit Wohnhaus, Stallungen, Scheune und Brennerei auf neun Hektar Fläche entwickelten sie einen Wohn- und Arbeitsort für eine Gruppe mit bis zu 75 Erwachsenen und Kindern. Gleichzeitig soll er dem Dorf mit rund 300 Einwohnenden als Treffpunkt dienen. „Um so ein Projekt genossenschaftlich aufzubauen, braucht es sehr viel Wissen“, sagt Paaß. „Wir haben uns gefragt: Es gibt schon einige dieser Projekte – wieso muss man immer wieder von Neuem anfangen?“ Die Idee des Netzwerks Zukunftsorte war geboren. Das war 2018. Paaß und Hentschel begannen mit einem wachsenden Team, zunächst Wohn- und Arbeitsprojekte in Branden-

burg, dann bundesweit anzusprechen und so das Netzwerk aufzubauen.

Mittlerweile gehören über 80 Orte dazu, die sich in unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung befinden. Mehr als die Hälfte stehen am Anfang ihrer Aktivitäten. Die Engagierten in diesen Orten tauschen sich über ihre Erfahrungen aus, begleitet von einem Team aus acht Personen. „Es ist ein erklärtes Praxisnetzwerk. Wir sind weder Wissenschaftler noch Regionalentwickler, sondern es geht uns darum, dass das Wissen aus der Praxis geteilt wird, man sich gegenseitig unterstützt und berät“, sagt Paaß. Einer der Ratschläge, der Paaß besonders wichtig ist: Die Gruppen sollten Austausch im Dorf suchen, in dem sie leben und arbeiten möchten. Sie rät Neuankömmlingen, in Vereine einzutreten, an Dorfveranstaltungen teilzunehmen und selbst Feste auszurichten. Nur so gelinge eine Integration, von der alle Seiten profitierten.

Vernetzung von Kommunen

Im Frühjahr wurde zudem ein Netzwerk für Kommunen eingerichtet: das „Starke Orte Netzwerk“. Kommunen zahlen einen Mitgliedsbeitrag, können sich vernetzen und erhalten Beratung dabei, gemeinschaftliche Projekte in Leerständen anzusiedeln. Der Austausch im „Starke Orte Netzwerk“ soll Verantwortlichen in Kommunen bei ihrer Argumentation gegenüber Vorbehalten helfen. Paaß hat die Erfahrung gemacht, dass Bürgermeister mitunter kritisiert werden, wenn sie genossenschaftliche Wohnprojekte unterstützen und sich dafür einsetzen, dass die Kommune ihre leerstehenden Gebäude an Gruppen verpachtet, statt sie möglichst gewinnbringend zu verkaufen. Durch die Netzwerkarbeit versuche das Team aufzuzeigen, dass die Unterstützung zuziehender Gruppen eine Form der gemeinwohlorientierten Regionalentwicklung sei: Die Gruppen sorgten für Zuzug in strukturschwache Regionen – auch von Fachkräften –, mehr Nachfrage nach Dienstleistungen und gründeten selbst neue Unternehmen. Oftmals würden die Gruppen die gesellschaftliche Vielfalt in den ländlichen Kommunen bereichern. Paaß: „Es braucht einen Kultur- und Haltungswandel in der Verwaltung, man muss in den Dialog gehen.“

Paaß arbeitet parallel daran, eine Beratungsplattform aufzubauen, die sich an Kommunen und Gruppenprojekte richtet. So möchte das Netzwerk die passenden Fachleute vermitteln und gleichzeitig Einnahmen für die Netzwerkarbeit generieren. Momentan finanziert sich die Gruppe vor allem über Förderungen des Landes Brandenburg und aus dem Programm „Region gestalten“ des Wohnungsbauministeriums. ■

KONTAKT

Julia Paaß
Netzwerk Zukunftsorte e. V.
julia@zukunftsorte.land
www.zukunftsorte.land
www.starke-orte.land



Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Streckenreaktivierung!

Ein Gastkommentar von Prof. Axel Priebes zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „Mobilität auf dem Land“



Prof. Axel Priebes ist Präsident der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. www.arl-net.de Die Akademie hat ein Positionspapier zur Streckenreaktivierung veröffentlicht: www.arl-net.de/de/content/publikationen > Positionspapier Nr. 146

„Neue Bahnstationen bieten große Chancen.“

Endlich scheint das Netz der deutschen Eisenbahnen wieder dichter zu werden. Die Kahlschläge der 1960er- und 1970er-Jahre oder im Ostdeutschland der 1990er-Jahre werden zumindest teilweise revidiert. Moderne Züge verkehren auf reaktivierten Gleisen und finden hohen Zuspruch, etwa bei der Bentheimer Eisenbahn an der niederländischen Grenze oder der baden-württembergischen Schönbuchbahn. Und es scheint weiterzugehen: Bundesweit wächst die Zahl der Machbarkeitsstudien mit positivem Abschluss.

Soweit die guten Nachrichten. Die Reaktivierung von Bahnstrecken stößt aber in manchen Regionen auf Widerstände. Nicht alle Projekte schaffen die Hürde der vom Verkehrsministerium vorgegebenen Prüfung auf Wirtschaftlichkeit, der „Standardisierten Bewertung“; nicht alle Kommunen unterstützen die Projekte und mancherorts gibt es Proteste der Anwohnerschaft. Weil häufig die Reaktivierung viel zu wenig als Chance gesehen wird, haben wir in der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft ein Positionspapier veröffentlicht. Die wesentliche Kritik lautet, dass Streckenreaktivierungen immer noch vorrangig als verkehrspolitische Projekte mit einem starken betriebswirtschaftlichen Fokus verstanden werden.

Stattdessen sollten Bahnstrecken im Sinne der ländlichen Räume primär als öffentliche Daseinsvorsorge und Streckenreaktivierungen als Instrument der Orts- und Regionalentwicklung verstanden werden. Nur im Zusammenwirken von Verkehrs- und Raumentwicklungspolitik kann die Qualität der Standorte an reaktivierten Strecken für Wohnen, Gewerbe und Tourismus erhöht werden. Kaum zu glauben, dass bundesweit 123 Mittelzentren, also kleine und mittlere Städte, die ihr Umland versorgen sollen, nicht an den Schienen-Personenverkehr angebunden sind. Darunter leidet die Kraft zur Stabilisierung und Entwicklung ihrer jeweiligen Region. Ein fehlender Bahnanschluss ist auch bei unternehmerischen Entscheidungen oder für die Eignung als Behördenstandort ein entscheidender Nachteil. Gleiches gilt im weiteren Umfeld der Großstädte, wo kleinere Städte besonders attraktiv für Menschen sein

können, die nur noch an einzelnen Tagen in die Großstadt fahren müssen und ansonsten mit ihrer Familie ein eher ländliches Umfeld bevorzugen.

Busverbindungen bleiben zwar wichtig für die Anbindung kleiner Orte abseits der Stationen, sie können hinsichtlich Zuverlässigkeit, Bedienungskomfort und Wirkung auf das Stadtimage aber nicht mit einem guten Taktangebot auf der Schiene mithalten. Und der Pkw ist im ländlichen Raum zwar das Hauptverkehrsmittel, aber keine nachhaltige Lösung für die Mobilität der Zukunft. Denn davon abhängig zu sein, kann auch einschränken, und gerade jüngere Menschen bevorzugen schon heute Zug und Fahrrad als die klimafreundlichsten Verkehrsmittel.

Auch für die innerörtliche Entwicklung bieten neue Bahnstationen große Chancen, weil damit wichtige Begegnungsorte und in ihrem Umfeld neue Angebote und Aufenthaltsqualität entstehen können. Deswegen ist es höchste Zeit für ganzheitliche Förderprogramme für Strecken, Stationen und Stationsumfeld. Damit können die Potenziale von Streckenreaktivierungen insbesondere in ländlichen Räumen genutzt werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und so dem in manchen Regionen vorherrschenden Gefühl, „abgehängt“ zu sein, wirksam entgegenwirken. ■

Stimmen Sie dem zu? Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen

Neue Ideen für leerstehende Gebäude



Netzwerk Zukunftsorte et. al. (Hrsg.): Zukunft satt Leerstand. Gebäude nach Konzept veräußern. Ein Leitfaden für kleinere Kommunen, 2023, 57 Seiten. Download und Bestellung: <https://zukunftsorte.land/projekte/publikationen>

Ob alte Schul-, Kindergarten- oder Verwaltungsgebäude – viele kleine Kommunen sind Eigentümer von leerstehenden Immobilien oder von Brachflächen. Eine herkömmliche Veräußerung nach Markt- oder Höchstpreis scheint oft die einfachste Lösung. Doch mit dem sogenannten Konzeptverfahren gibt es für Kommunen einen gemeinwohlorientierten alternativen Planungsansatz, mit dem sie Bestandsrevitalisierungen so mitentwickeln können, dass die Dorf- oder Kleinstadtgesellschaft davon profitiert. So können beispielsweise bezahlbarer Wohnraum, Mehrgenerationenwohnen oder informelle Begegnungsorte für Kultur, Bildung und Soziales entstehen. Auch über das klimaangepasste Bauen und Sanieren kann die Kommune dann mitbestimmen.

Der Leitfaden „Zukunft satt Leerstand“ zeigt Varianten, wie das geht. Dabei richtet er sich gezielt an kommunale Akteure. Er informiert über die verschiedenen Verkaufsverfahren für Immobilien und Beispiele für die Formulierung der öffentlichen Ausschreibung mit Vergabekriterien. Thematisiert wird der Bewerbungsprozess, die Auswahl des Konzepts und die Begleitung des „Gewinnerteams“, das das Konzept umsetzt. Vier Praxisbeispiele, bei denen das Konzeptverfahren unterschiedlich angewendet wurde, werden ausführlich vorgestellt. Dabei geht das Autorenteam auch auf Herausforderungen ein und formuliert Empfehlungen. Am Ende gibt es eine Fülle von Tipps zu weiteren Leitfäden sowie beratenden Stiftungen und Institutionen.

Fazit: Der Leitfaden schafft es, verständlich die Schritte aufzuzeigen, die Kommunen beim Konzeptverfahren gehen müssen. Und er zeigt, wo Kommunalpolitik und -verwaltung Unterstützung finden. Das könnte sie motivieren, den Verkauf von Immobilien anders anzugehen als bisher. Denn das Konzeptverfahren bietet große Chancen für eine lebendige Dorfentwicklung. **IMA**

Landkarte für Kreislaufwirtschaft



BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Kreislaufwirtschaft im ländlichen Raum. Dimensionen und Einflussfaktoren, 2024, 36 Seiten, ISSN 1868-0097, Download: www.bbsr.bund.de > Veröffentlichungen > Suche: Kreislaufwirtschaft

Kreislaufwirtschaft ist in aller Munde. Von ihr erhofft man sich sowohl Umwelt- und Ressourcenschonung als auch wirtschaftliche Innovation und neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sieht darin auch Chancen für ländliche Regionen. Welche Faktoren beeinflussen die Etablierung einer regionalen Kreislaufwirtschaft? Wie kann man zirkuläres Wirtschaften in der eigenen Region fördern? Diesen Fragen geht das BBSR in der Publikation „Kreislaufwirtschaft im ländlichen Raum“ auf den Grund. Sie ist die zweite Veröffentlichung, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Potenzial der Kreislaufwirtschaft im ländlichen Raum in Deutschland und Europa“ vom Institut für Ländliche Strukturforchung e. V. und der Prognos AG erarbeitet wurde.

Die aktuelle Veröffentlichung nimmt die spezifischen Einflussfaktoren in den Blick. Genauer betrachtet werden sechs Dimensionen, angefangen von „kulturellen Werten und Bewusstsein“ der beteiligten Akteure über Fragen der „Planung, Organisation und Zusammenarbeit“ bis hin zur „regionalen Wirtschaftsstruktur“. Es ergibt sich ein komplexes Wechselgefüge: Eine aus der Forschung entwickelte, sehr umfangreiche Grafik – eine Art Landkarte – kann mit ihrer Fülle an Informationen leichten Schwindel erregen. Zusammen mit den Erläuterungen bietet sie jedoch einen Überblick über die vielen materiellen und immateriellen Stell-schrauben, die die erfolgreiche Etablierung zirkulären Wirtschaftens beeinflussen. Das Autorenteam macht deutlich, dass die vorgestellten Forschungsergebnisse keine universal anwendbare Blaupause dafür sind, welche Ressourcen oder Infrastrukturen gebraucht werden. Zwölf Fallbeispiele aus Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen, dass zirkuläres Wirtschaften unter unterschiedlichen Bedingungen wachsen und gedeihen kann. Ein Blick auf die „Landkarte“ hilft jedoch, die eigene Region in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft gründlich zu analysieren. **MHA**

angekündigt


Zusammenhalt durch Teilhabe

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (Z:T) des Bundesinnenministeriums hat das Ziel, die Demokratie in ländlichen, strukturschwachen Räumen zu stärken. Es soll dazu beitragen, demokratische Strukturen sichtbar zu machen und das Miteinander vor Ort zu stärken. Damit soll Diskriminierung und Extremismus entgegengewirkt werden. Mitte Juni beginnt die Antragsphase für Förderungen ab Sommer 2025. Vereine und Verbände sowie Bildungsträger können sich mit ihren Ideen für die Demokratiestärkung bewerben. Die Förderung wird durch Coaching-, Supervisions- und Vernetzungsmaßnahmen ergänzt.

ABB 


www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

Über die Strukturpolitik Europas diskutieren

Welche Vorschläge haben Akteure aus Kommunen und Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Kohäsionspolitik der EU? Das ist eine der Fragen, die am 9. Juli in Berlin bei einem Workshop diskutiert werden. Er beschäftigt sich damit, wie sich die EU-Mitgliedstaaten im Bereich Nachhaltigkeit sinnvoll unterstützen können. Das Umweltbundesamt und das Beratungsunternehmen Taurus Eco Consulting laden Interessierte aus der Zivilgesellschaft, aus Kommunen, dem Programm-Management, Bundes- und Landesministerien sowie der EU-Kommission ein. Der Workshop mit dem Titel „Die zukünftige Nachhaltigkeits-Ausrichtung der Kohäsionspolitik aus der Sicht kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure“ gibt ihnen Gelegenheit zum Austausch. ABB 

https://eveeno.com/workshop3_taurus

Bio-Wertschöpfungsketten managen

Der Bundesverband der Regionalbewegung e. V. hat in Kooperation mit dem Forschungsinstitut für biologischen Landbau e. V. ein berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm entwickelt, das eine Lücke bei Ausbildung und Studium schließen soll: Der Pilotkurs richtet sich an alle, die regionale Bio-Wertschöpfungsketten initiieren, gestalten und koordinieren – etwa in Öko-Modellregionen, Bio-Musterregionen oder LEADER-Projekten. Die Teilnehmenden beschäftigen sich mit Projektmanagement, Veranstaltungsplanung und -durchführung sowie Kommunikation von Nachhaltigkeitsthemen; sie dürfen Fragen aus ihrem Arbeitsalltag mitbringen. Bis Ende Juli sind Anmeldungen möglich. ABB 

www.regionalbewegung.de/qcregiobio

LandInForm abonnieren!

Sie können LandInForm bequem online über www.land-inform.de oder den QR-Code bestellen – oder die Postkarte dafür nutzen.

Den DVS-Newsletter landaktuell können Sie über www.landaktuell.de abonnieren.



Ab sofort möchte ich kostenlos LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplar/e.

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail oder über www.land-inform.de kündigen.

Bitte freimachen

Name

Institution (ggf. plus LAG-Name)

Postanschrift

Telefon

E-Mail

Funktion des Abonnenten

Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

**Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung
Referat 421, DVS
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn**

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Mobilität auf dem Land



Termine

26. Juni	Junges Wohnen im ländlichen Raum: Chancen für Kommunen und Bestandsgebäude Online-Veranstaltung	www.schweinfurter-mainbogen.de/termin Flächensparmanagements der Regierung von Unterfranken und des Regionalmanagements Landkreis Main Spessart
27. Juni	Artenschutz & Monitoring Online-Veranstaltung	https://kommbio.de/termin/ webinar-artenschutz-monitoring Kommunen für biologische Vielfalt e. V.
11., 18. und 25. September	Frauen, in die Parlamente! Wie wir mehr Frauen für Kommunalpolitik begeistern und aufbauen Online-Seminar	https://fes.de/veranstaltungen/ veranstaltungsdetail/272308 Friederich-Ebert-Stiftung
17. bis 19. September	Landscape 2024: Agroecosystems in Transformation: Visions, Technologies and Actors Konferenz in Berlin	https://landscape2024.org Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung
8. bis 11. Oktober	Handwerkszeug für LEADER-Regionalmanagements ✨ Workshop in Darmstadt siehe Seite 8	www.dvs-gap-netzwerk.de/schulungen3 DVS

Die DVS-Termine
finden Sie unter
[www.dvs-gap-netzwerk.de/
veranstaltungen](http://www.dvs-gap-netzwerk.de/veranstaltungen)



Weitere Termine in
unserem Kalender unter
[www.dvs-gap-netzwerk.de/
service/termine](http://www.dvs-gap-netzwerk.de/service/termine)

